

ROTfUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Flugblätter in Frankfurt

Die Diskussion zu dem Vorschlag aus der DKP-Gruppe Berlin Nordost, die Regierenden dieses Landes mit einem Katalog drängen der Forderungen zur Herstellung der Würde und Gleichheit aller Bürger im halbkolonialen Osten zu konfrontieren, ist landesweit eröffnet worden. Vor allem aus der früheren DDR erreichten uns Sympathiebekundungen und - was noch weit wichtiger ist - eine Fülle von Bemerkungen und Ergänzungen. Mehrere DKP-Gruppen - so in Rostock, Potsdam, Teterow-Neubrandenburg und Halle-Merseburg - stellten sich hinter das Diskussionsangebot aus Nordost und traten dafür ein, die Aussprache in Offenheit und Solidarität zu führen. In Frankfurt-Oder wurden, um nur ein Beispiel solcher Aktivitäten zu nennen, die beiden ersten Seiten des November-„RotFuchs“ in Flugblätter verwandelt. Hier zeigt sich, daß unsere Zeitung im Leninschen Sinne ein kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator ist. In vielen Gesprächen wurde geäußert, die Vorschläge aus Nordost trafen den Kern der Dinge und füllten ein lange bestehendes Vakuum. Erstmals würden die brennenden Fragen in solcher Form zusammengefaßt, stelle sich die DKP in dieser Weise an die Seite der Diskriminierten im Osten, greife sie deren Anliegen auf.

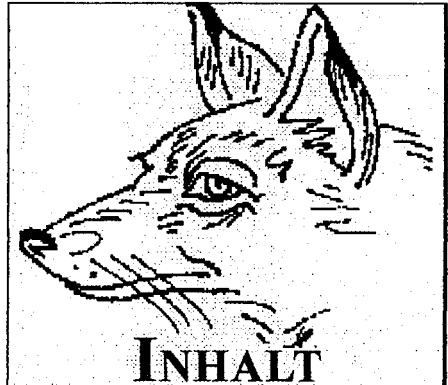
Bei den 11 Forderungen handelt es sich um eine Initiative, die der Gesamtpartei - übernimmt sie den Gedanken - großes Ansehen verschaffen wird. Gerade auch in Anbetracht des Anpassungskurses der PDS-Führung. Niemand hat indes die Absicht, die Menschen in Ost und West einander gegenüberzustellen oder die Sorgen der Westdeutschen zu vernachlässigen. Umgekehrt. Das, was heute im Osten geschieht, ist ein „Laborversuch“, um zu testen, wie weit man den Lebensstandard auch der Bevölkerung der alten BRD herunterdrücken kann. Die Herstellung der Würde der Bürger im Osten stellt eine wichtige Voraussetzung für den Schutz der verfassungsmäßigen Rechte der Werktätigen auch im Westen dar.

Während unser Vorschlag überwiegend Zustimmung findet, suchen einige Genossen nach Argumenten, um ihn zurückzuweisen oder durch einen völlig anders gearteten Forderungskatalog zu ersetzen. So behauptete ein Funktionär, selbst nicht im Osten ansässig, gegenüber dem Vorsitzenden der Gruppe NO, „man“ sei sich „weitgehend einig, daß dieses Papier für die DKP keine Grundlage für eine Diskussion sein kann“. Der Entwurf bleibe „in einigen Fragen weit hinter dem Diskussionstand in der Partei zurück“. Der „Alleingang“ der Gruppe

Nordost sei ein Fehler. Die „meisten Genossen und Genossen“ verstünden die 11 Forderungen „als einen illusionären Versuch, die alte DDR wiederzuerlangen“. Mit diesen Vorschlägen mache sich die DKP „auch im Osten lächerlich“, da sie „nicht von den wirklichen Sorgen der Menschen ausgehen“. Unser „politischer Ansatz“ sei „nicht nachvollziehbar“. Bis heute gibt es leider kein DKP-Dokument, das sich mit der besonderen Lage in Ostdeutschland beschäftigt. Auf dem 15. Parteitag in Duisburg brachte Heinz Stehr deshalb seine Besorgnis zum Ausdruck. „Wir sind bisher wenig als konstruktive Kraft in den neuen Bundesländern erkennbar. Wir haben die spezifischen politischen Herausforderungen weder gründlich analysiert noch daraus Forderungen entwickelt.“ Bei einer Beratung des Sekretariats des PV mit den Bezirksvorsitzenden forderte er im September 2000 konkrete „Politikangebote“ von den DKP-Genossen im Osten. Diesem Appell sind wir gefolgt. Die Annahme, daß unsere Forderungen die DKP im Osten „lächerlich“ machten, stellt aus meiner Sicht eine grobe Fehleinschätzung dar. Nur für Genossen, die die Empfindungen vieler früherer DDR-Bürger nicht kennen, ist unser Vorgehen nicht nachvollziehbar. Auch das Argument, unser Angebot sei unrealistisch, da im Augenblick nicht durchsetzbar, geht fehl. Wir halten uns an Friedrich Engels, der den Standpunkt vertrat, an die Bourgeoisie und deren Staat gerichtete Forderungen müßten zwar real und praktisch, zugleich aber so geartet sein, daß die Herrschenden sie nicht freiwillig verwirklichen wollen und können. Unsere sich im Rahmen des Grundgesetzes bewegend Vorschläge aber als „illusionären Versuch“ zu klassifizieren, „die alte DDR wiederzuerlangen“, ist völlig abwegig. Ginge es uns darum, dann müßten wir - und jeder Marxist weiß das - die Wiederherstellung des Arbeiter-und-Bauernstaates sowie des Volkseigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln fordern. Die Macht- und Eigentumsfrage aber wird durch uns - da in der Tat illusionär und revolutionaristisch - natürlich nicht gestellt. Das bleibt der Zukunft vorbehalten.

Das Dokument sollte nach Ansicht der Gruppe Nordost von den DKP-Mitgliedern im Osten wie im Westen gründlich erörtert werden, damit dem Parteivorstand am Ende ein handhabbarer Vorschlag zur Beschlußfassung unterbreitet werden kann. Wir bitten, uns Eure Ideen zukommen zu lassen.

Bruni Steiniger



Flugblätter in Frankfurt	S. 1
Ungleichbehandlung entmündigt	S. 2
Nur ein Traditionsverein?	S. 3
„Heilige Kuh“ hat BSE	S. 4
Ein Köcher voller vergifteter Pfeile	S. 5
An wessen Drähten die Puppen tanzen	S. 6
Nicht der Arbeiter dreht an der Spirale...	S. 7
Ein eindringlicher Abend mit Katja Holst	S. 8
Von Generation zu Generation	S. 9
Abschied vom Klassikerbegriff?	S. 9
Anleihen beim Denktank der PDS?	S. 10
Auf der Suche nach „Schnittmengen“	S. 11
Noch bedenklicher	S. 12
Partei des Klassenkampfes	S. 12
Modenschau mit abgewetzten Kleidern	S. 13
Fragen eines Gutgläubigen	S. 13
Marx, Engels und die Dritte Welt (II)	S. 14
Gefahr für Belorussland	S. 15
Amerikas „Helden“	S. 15
Die Pestflöhe des Generals Ridgeway	S. 16
Ruck nach rechts	S. 17
Streiflichter aus China	S. 17
Das Chefredakteursprinzip * Reporterskizzen (29)	S. 18
Am Rande bemerkt	S. 19
Leserbriefe	S. 20
Münu im Kolonialstil * Buchempfehlung	S. 23
Anzeigen & Infos	S. 24

Plädoyer für Punkt 2 der 11 Forderungen der DKP Nordost

Ungleichbehandlung entmündigt

Als die „Helden“ von Leipzig ihre Losung „Wir sind das Volk“ in „Wir sind ein Volk“ änderten, haben viele nicht daran gedacht, daß sie nur den ersten Teil eines faschistischen Schlachtrufes skandierten. („Ein Volk - Ein Reich - Ein Führer“ hatten die Nazis einst in Nürnberg verkündet.) Der „Einheits“-Kanzler ergänzte dann: „Ein Reich“. („Ein Führer“ wird zur Zeit noch nicht gebraucht.)

Ein einiges Volk haben die Herrscher über Deutschland allerdings nie gewollt. Davor hatte Adenauer so viel Angst, daß er sogar einen Teil des „Reiches“ opferte. Kohl enteignete das Volk im Osten, die Spaltung wurde perfekt. Schröder befestigt sie. Und das nicht nur mit Agitation, Propaganda und Massenmanipulation. Wirksamer sind handfeste materielle Mittel. Zu ihnen gehört die langfristige Verhinderung eines Lebensniveaus in Deutschland, das sich auf einem annähernd gleichen Stand befindet - es sei denn durch Absenkung im Westen auf das östliche Niveau.

Die Löhne im Osten könnten nicht schneller steigen, wird behauptet, weil die Produktivität dort niedriger sei. Dazu nehmen die Kolporteure dieser These das sogenannte Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Erwerbstätigen als Maßstab. Aber ein territorialer Vergleich des BIP stellt eine bewußte Irreführung dar, da seine jeweilige Höhe von der sehr unterschiedlichen Wirtschafts- und Produktionsstruktur in den einzelnen Gebieten abhängig ist. Wenn bei einem Anteil von 18,4 % an der Gesamtbevölkerung der BRD auf früherem DDR-Gebiet nur noch 9,3 % der Ostbewohner im produzierendem Gewerbe tätig sind, so muß natürlich das BIP insgesamt erheblich niedriger sein als in der alten BRD, wo die Zahlen dieses Sektors weit darüber liegen. Da kann die Produktivität in diesem Wirtschaftsbereich noch so hoch sein! Oder wenn in Mecklenburg-Vorpommern der Anteil der Landwirtschaft mehr als das Dreifache des bayerischen beträgt, so wird das BIP jeder inhaltlichen Aussage im Vergleich der Länder entleert. Wenn schließlich das BIP pro Erwerbstätigen im Saarland nur 70,6 % dessen von Hamburg erreicht, dann ermöglicht auch das keinerlei Bewertung, sondern ist lediglich Ausdruck einer unterschiedlichen Struktur. Niemand kommt deshalb auf den Gedanken, im Saarland müßten die Löhne um 30 % unter denen von Hamburg liegen.

Im Übrigen enthält das BIP auch alle „Leistungen“ des nichtmateriellen Bereiches, also sämtlicher Verwaltungsangestellten, Steuerberater, Rechtsanwälte, Werbeleute, des riesigen Dienstleistungssektors usw. So ist es kein Wunder, daß Hamburg in der BRD das höchste BIP pro Kopf ausweist. Die Verfälscher der Wahrheit unterschlagen eine einfache Tatsache: Je niedriger die Löhne und Gehälter, um so niedriger ist auch das erwirtschaftete BIP.

Ein konkretes Beispiel beweist, daß kein Zusammenhang zwischen Produktivität und Lohn besteht. In den östlichen Bundesländern erarbeiten 13,9 % aller im Bergbau der BRD Beschäftigten 18,5 % des Umsatzes, erhalten aber nur 11,8 % der Gesamt-Lohnsumme dieses Bereichs der BRD-Wirtschaft. Anders ausgedrückt: Bei einer

um 39,2 % höheren Produktivität als im Westen bekommt jeder Beschäftigte im Bergbau des Ostens nur 82,4 % des Lohnes. Im Verarbeitenden Gewerbe bleibt der Lohn um 7 % hinter der Produktivität zurück. Bei Opel in Eisenach wird eine höhere Produktivität erreicht als im Stammwerk Rüsselsheim, aber der Lohn beträgt nur 82 %. Wenn Staatsminister Schwanzitz demagogisch feststellt, die Rheinland-Pfälzer fühlten sich ja auch nicht als Bürger zweiter Klasse, weil sie nur 70 % des hessischen Niveaus des BIP erreichen, so verschweigt er aber, daß sie deswegen nicht weniger Lohn erhalten; daß deswegen ihr Lebensstandard nicht niedriger ist. Anders im halbkolonialen Osten: Da wird die Lebenshaltung gewaltsam gedrückt - genau mit diesem zweifelhaften Argument.

Nun können wir von den Apologeten des kapitalistischen Systems keine marxistische Begründung der Lohnhöhe erwarten. Sie ist im Wesentlichen von den Reproduktionsbedingungen der Arbeiter, d. h. vom Aufwand für den Lebensunterhalt, für Ausbildung, Qualifizierung usw. sowie von der Kampfkraft ihrer Klasse abhängig. Der Lohn ist also eher eine historisch-gesellschaftliche, politische Kategorie. Ökonomisch begründet wird er von dem Aufwand für das erkämpfte oder vom Kapital zugestandene Lebensniveau. Hier liegt der Rückstand gegenüber dem Westen begründet.

Die Erklärung für die niedrigeren Renten ist genauso verlogen. Da wird den Bayern z. B. eingeredet, „die im Osten“ erhielten schon mehr Rente als sie selbst. Dabei werden die hohen Pensionen, Ruhegehälter, Zusatzrenten, privaten Altersversorgungen und Kapitaleinkünfte einfach unterschlagen. Das sind ja keine Renten! Man vergleicht also zwei völlig verschiedene „statistische Massen“ (wie die Statistiker sagen): im Osten sind alle Bürger im Rentenalter, darunter auch Generäle, Minister, Generaldirektoren, Professoren, alle Lehrer, Ärzte, Künstler in der gesetzlichen Rentenversicherung; im Westen dagegen sind nur zwei Drittel der Bezugsberechtigten in dieser, alle mit einer extra hohen Alters-

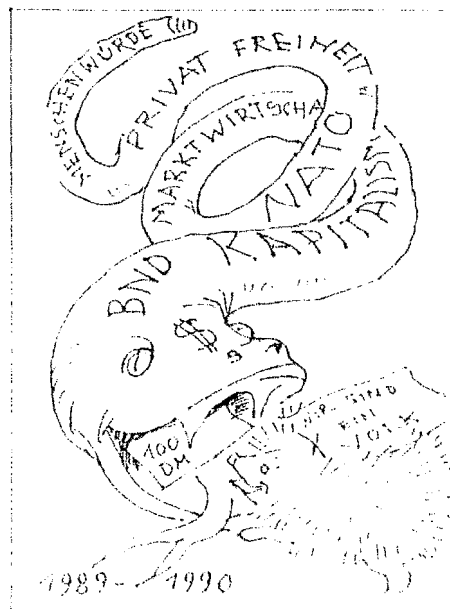
vergütung - sie beträgt z. T. das Dreifache des Normalen - werden bei diesem Vergleich einfach weggelassen.

Bei allem Gerede über angeblich oder tatsächlich hohe Zahlungsbeträge bleibt die Tatsache bestehen, daß vergleichbare Renten im Osten nur 70 bis 80 % des Westniveaus erreichen. So erhält z. B. eine Lehrerin mit 45 Dienstjahren und drei Kindern gerademal 71 % der Altersversorgung eines Lehrers mit 40 Dienstjahren im Westen.

Die gegenwärtige und auf lange Sicht geplante Begrenzung der Lebenshaltung im Osten durch niedrigere Löhne, Gehälter und Renten hat also auf jeden Fall andere als sachliche oder ökonomisch begründete Ursachen. Sie ist in erster Linie eine politische Waffe zur Spaltung des Volkes, eine wesentliche Grundlage für die Sicherung der Macht der Banken und des Großkapitals. Die Absichten sind klar: Es geht um die Herabsetzung der Würde der Menschen im Osten mit dem Ziel, ihnen eine minderwertige Leistungsfähigkeit und -moral zu unterstellen; es geht um die Verhinderung gemeinsamen Handelns der Werktätigen der BRD gegen den Sozialabbau im Osten wie im Westen, wobei dem Osten hier eine Pilotfunktion zufällt; es geht um die Erzielung von Extraprofiten durch Einkommensschmälerung und Untervergütung; es geht um das Anheizen von Scheinkonflikten zwischen den Arbeitenden beider Landesteile, um von Kriegsvorbereitung und Faschisierung abzulenken.

Derechte Konflikt besteht nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Kapital und Arbeit. Deswegen trifft Punkt 2 der 11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland, wie er im Diskussionsangebot der Gruppe Berlin Nordost formuliert wurde, den Kern der Sache: Schluß mit der entwürdigenden Unterbezahlung der ostdeutschen Arbeiter und Angestellten! Schluß mit den ungleichen Renten und dem Rentenstrafrecht! Gleichstellung jetzt! Das Grundgesetz, in dessen Rahmen sich alle Forderungen des Vorschlags bewegen, muß auch für ostdeutsche Bürger gelten.

Norbert Pauligk



Unverdaulich

Über den Umgang mit der Geschichte

Nur ein Traditionsverein?

Seit Jahren treffen sich unweit Jena in gewissen Abständen auf das Soldatenspiel alten Stils fixierte Männer, ziehen historische Uniformen an und schlagen immer mal wieder jene Schlacht, in der die napoleonischen Truppen am 14. Oktober 1806 bei Jena und Auerstädt den Preußen gegenüberstanden. Eine Gaststätte hat ein entsprechendes Traditionszimmer eingerichtet; der Wirt tritt gelegentlich - im Interesse des Umsatzes - als Napoleon Bonaparte auf. Hier ist ein Traditionsverein am Wirken, wie es andere vielerorts gibt.

An solche Vereine wurde ich im Zusammenhang mit der Programmdiskussion in der DKP erinnert. (s. zu deren Fortführung auch den Beitrag in der UZ vom 17. 11. 2000, S. 11 „Start zu einem neuen DKP-Programm“, worin übrigens 40 Jahre Sozialismus in der DDR nur indirekt unter dem Gesichtspunkt seines Zusammenbruchs und seiner Zerschlagung beiläufig erwähnt werden.) In dieser Debatte argumentieren bestimmte Genossen mit Einfluß etwa so: Es gehe um die Gestaltung einer neuen Etappe. Dazu müßten wir uns in andere hineinversetzen, die wir erreichen wollten. Wir sollten deshalb weder ideologielastig noch rein praktizistisch vorgehen. Wir müßten die reale Bewußtseinslage zum Ausgangspunkt nehmen und die Lesegewohnheiten der Menschen in Betracht ziehen, die sich künftig mit dem Programm beschäftigten. Es gehe nicht um unsere Befindlichkeiten, sondern um unsere Wirkung auf andere. Wie Umfragen zeigten, spielten die Vorgänge bis und um 1989/91 im Denken der heute 20-25-Jährigen kaum noch eine Rolle. Die sozialistische Gesellschaft der DDR liege für viele bereits soweit zurück wie für die übrigen der Große Deutsche Bauernkrieg. Würde sich unter diesen Gegebenheiten eine kommunistische Partei immer wieder an die DDR erinnern wollen, liefe sie ernsthaft Gefahr, zu einem bloßen Traditionsverein zu verkümmern. Soweit in Kürze zu dieser Art von Argumentation, die zunächst einmal „griffig“ zu sein scheint.

Doch gemacht. Es gibt auch etwas anderes zu bedenken, geht man nämlich vom marxistischen Standpunkt aus. Das ist der Umgang von Kommunisten mit der Geschichte. Die Ausbeuterklassen in Deutschland und die von ihnen existentiell abhängigen Ideologen - von der Schule über die Hochschulen und den Büchermarkt bis zu den elektronischen und gedruckten Medien - haben auf ihre Weise hervorragend begriffen, daß die Interpretation der Geschichte ein wichtiges Feld ist, um die eigene Herrschaft zu stabilisieren. Nach der Niederwerfung der Pariser

Commune 1871 setzte sofort eine breitgefächerte ideologische Kampagne von Philosophen, Soziologen, Ökonomen, Historikern, Juristen, Staatsdienern und Kirchenbeamten nicht nur gegen das Marxsche „Kapital“, sondern sogar gegen die fortschrittlichen Leistungen des aufstrebenden Bürgertums seit dem 15. Jahrhundert ein. Martin Luther (1483-1546) wurde vorgeworfen, er habe mit seiner unsäglichen Reformation den Stein ins Rollen gebracht und die jahrhundertlangen festgefügtten Zustände zu untergraben begonnen. Der Philosoph Descartes (1596-1650) wurde für seine Annahme verdammt, alle Erscheinungen hätten nicht nur einen geistigen, sondern auch einen materiellen Daseinsgrund. Den Philosophen Spinoza (1632-1677) attackierte man, weil er Gott aus seiner „Höhe“ herabholte und der Natur bzw. Materie gleichsetzte. Die Vertreter des englischen und französischen Materialismus aus dem 17. und 18. Jahrhundert sowie die deutschen Philosophen von Kant bis Hegel und Feuerbach wurden beschuldigt, geistige Vorbereiter des Sturzes oder der Machteinschränkung der Feudalen in ihren Ländern gewesen zu sein. Wohlgemerkt: Die Kritik ging von Ideologen der Bourgeoisie aus, die inzwischen im Deutschen Kaiserreich „angekommen“ waren, sich ökonomisch und politisch eingerichtet hatten; es waren Angriffe gegen Vertreter ihrer eigenen Klasse - aber eben vor den Revolutionen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts.

Und wie verhält es sich heute? Man sehe sich nur die Buchproduktionen, die Programme der parteinahen Stiftungen oder der Institutionen für politische Bildung, die Lehrprogramme, Ausstellungen, Filme, Fernsehproduktionen oder selbst die Beilagen zur Wochenzeitung des Bundestages „Das Parlament“ an. Es ist frappierend, mit welchem „Einfühlungsvermögen“ und „Verständnis“ die Schlachten der Wehrmacht, der Panzerdivisionen, der Kriegsmarine und der Luftwaffe bis 1945 erneut auf Hochglanzpapier geschlagen werden und mit welcher Verbiegung der Tatsachen die DDR, die angeblich nicht einmal eine Fußnote der Geschichte verdiene, als verbrecherischer Vorgang denunziert wird.

„Beobachtet“, verurteilt oder diskriminiert man uns deshalb, weil wir einer Art Traditionsverein angehören oder Dinge weitertransportieren, die für künftige Generationen nicht mehr relevant sind? Wenn sich Geistesschaffende, die in der DDR Rang und Namen hatten, darüber wundern, daß sie noch immer von den westdeutschen „Fachkollegen“, die jetzt ihre Lehrstühle okkupieren und das Profil von Verlagen und wissenschaftlichen Zeitschrif-

ten mitbestimmen, ausgegrenzt oder mißachtet werden, dann zeugt das von einer gewissen Naivität. Ist es denn so schwer zu begreifen, daß man nicht wegen bestimmter fachlicher Standpunkte als Germanist, Historiker, Philosoph oder Soziologe so behandelt wird, sondern weil man zur Intelligenz einer auf deutschem Boden qualitativ neuen Gesellschaftsordnung gehörte, die keine auf privatkapitalistisches Eigentum und Profit orientierte soziale Klasse oder Schicht mehr kannte!

Nach der Niederschlagung der Pariser Commune und dem Inkrafttreten des im Oktober 1878 vom Deutschen Reichstag beschlossenen „Sozialistengesetzes“ schrieb sich Marx eine Erkenntnis von Seneca (gestorben im Jahr 65) in sein Exzerptheft: „Wenn du nach der Natur lebst, wirst du niemals arm sein, wenn nach Wunschvorstellungen, wirst du niemals reich sein.“ Warum scheint Marx diese Erkenntnis beeindruckt zu haben? Man verstehe unter Natur hier die objektiv realen Zusammenhänge, und die Frage löst sich einleuchtend. Eine politische Bewegung kann nicht fortschrittlich und damit „auf der Höhe der Zeit“ sein, wenn sie nicht zuerst - und ganz besonders nach Niederlagen - so sachlich wie möglich, also wissenschaftlich fundiert, die tatsächliche Situation, deren Ursachen und Triebkräfte sowie die denkbaren Entwicklungswege analysiert. Wer auf die Geschichte pfeift, deren Lehren nicht beherzigt und ihre Schätze nicht hebt, statt dessen aber auf „Modernes“, auf Bäume ohne Wurzeln, setzt, wird den neuen Generationen die Antwort schuldig bleiben. Wer aber die zu solidem Wissen geronnene Erfahrung aller, die für einen neuen Gesellschaftszustand gekämpft haben, in seine Überlegungen einbezieht, steht auf einem starken Fundament.

Hilfreich dafür ist jede festgehaltene und sichergestellte Erinnerung derer, die den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden mitgestalteten und ihn vier Jahrzehnte lang am Leben erhielten. Deshalb sei den Lesern der gerade erschienene Band „Spurensicherung III. Leben in der DDR“ (GNN Verlag, Schkeuditz 2000, 449 Seiten, 29,80 DM, ISBN 3-89819-053-6) empfohlen. Er wurde von der Unabhängigen Autorengemeinschaft „So habe ich das erlebt“ besorgt. 75 frühere DDR-Bürger legen dort Zeugnis ab - eine wahre Fundgrube für alle, die an Sozialismus-Programmen arbeiten.

Eike Kopf

**Diese Zeitung wird durch
Spenden finanziert.**

„Heilige Kuh“ hat BSE

Tatsachen seien für ihn uninteressant. Das bekannte der Vater des Präsidentschaftspräsidenten George W. Bush, als er selbst noch Präsident der USA war. Damals hatte der sogenannte Weltgerichtshof in Den Haag die USA-Regierung des mehrfachen Völkerrechtsbruchs beschuldigt: Ein iranischer Airbus mit 290 zivilen Luftpassagieren war von amerikanischen Kriegsschiffen abgeschossen worden. Bush senior gab die hanebüchene Erklärung ab: „Ich werde mich niemals für die Vereinigten Staaten entschuldigen. Es interessiert mich nicht, wie die Fakten sind.“

Was Gott und die USA tun, das ist wohlgeplant. Als der mittelmäßige Hollywood-Star und zweifellos geeignete Präsidenten-Darsteller Ronald Reagan in sein Amt eingeführt wurde, verkündete er, die Vereinigten Staaten seien „ein leuchtender Stern auf dem Hügel, auf den Gott seine Gnade gießt, der auf uns blickte und uns als das Land führte, das das Land der Verheißung ist, die letzte große Hoffnung des Erdenmenschen.“ USA-Historiker Commager von der New Yorker Columbia University beschrieb das Selbstverständnis der amerikanischen Gründergeneration als „das neue Jerusalem, sie war Zion, und ihre Menschen waren das auserwählte Volk; es ist völlig eindeutig, daß der Mythos der Einzigartigkeit den Mythos der Überlegenheit mit sich führte.“

„Unser großes Land ist kein Tierschutzgebiet für schmutzige Wilde.“ ... „Jedenfalls hat der böseste Cowboy mehr moralische Prinzipien als der durchschnittliche Indianer.“ Das stammt nicht von Hitler, sondern von USA-Präsident Theodore Roosevelt. „Werden wir uns in der Blüte unserer vitalen Jugend und am Beginn unserer gloriosen Männlichkeit zu den ausgelagerten Völkern gesellen und einen Platz bei den Schwachen und Feigen einnehmen? Tausendmal Nein!“ Diesem Theodore Roosevelt fehlte nicht viel zum ersten Faschisten der Welt. Für die Nachfolger Reagan und Bush senior aber war er der liebste und vorbildlichste Präsident der amerikanischen Geschichte.

Und sie folgten ihm. Nixon proklamierte, seine „Nation unter Gott“ könne „der Welt mehr geben als andere Völker... Wir können der Welt geistige Führung geben.“ Kennedy sah in seinem Land „das helle Leuchtfeuer der Hoffnung für die ganze Welt“ und leitete daraus „das Recht auf die moralische Führung des Planeten“ ab; dann gab er sein Ja zur Schweinebucht-Invasion gegen Cuba und weitete den Krieg gegen Vietnam gefährlich aus. Schon Amerikas zweiter Präsident, John Adams, nannte die Gründung der Vereinigten Staaten „zweifelsfrei den herrlichen Plan der Vorsehung, den Rest der Welt ... zu erleuchten und eines Tages zum 'American way of life', also zur menschlichen Vervollständigung, zu bekehren“. Das versuchten die

USA in Nordkorea, Vietnam, Laos und Kambodscha, gegen Guatemala, die Dominikanische Republik, Grenada, Libanon, Libyen und Jugoslawien, mit Morden in Sabra und Shatyla, mit Luftterror gegen Tunis und der Aufstellung von Banditenarmeen in Angola und Mocambique. Was Cubas Batista und Haitis Duvalier unter amerikanischem Befehl trieben, Duarte in El Salvador, Savimbi in Angola oder die sogenannten Contras in Nicaragua - war und ist purer Terrorismus. Den Höhepunkt dieser Verbrechenserie bildete der bisher einzige Abwurf zweier Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Die CIA-Morde oder Mordversuche an Lumumba, Castro, Arafat und anderen sind (im Sinne der Deutschen Bank) nur Peanuts ... „Interessiert mich nicht, wie die Fakten sind ...“ Gibt es eine „Aufarbeitung“ der Geschichte? Eine Entschuldigung gar? Keines der imperialistischen Medien sieht einen Widerspruch zur politischen Moral. Nicht nur Kritik ist unerwünscht, schon wertfreie Berichterstattung über amerikanische Mißstände gilt als „Beweis subversiver Geisteshaltung“, ist strafenswert.

Aber nicht nur das. Schon Konrad Adenauer forderte, „Gleichschritt mit unseren amerikanischen Freunden“ - wohin auch immer. Oder Willy Brandts selbstmörderischer Treueschwur, den er in Westberlin vor John F. Kennedy ablegte: „In dieser Stadt schlägt das Herz des deutschen Volkes - auch für Sie!“ Kohl durfte in dieser Reihe nicht fehlen, er beschwor eine „unverbrüchliche deutsch-amerikanische Wertegemeinschaft“. Eine konkrete und kontinuierliche Schilderung der amerikanischen Wirklichkeit findet in Blättern und Sendern, in Reden der NATO-Politiker nicht statt. Es dominiert Bonns und Berlins Verherrlichung eines Amerikabildes, das der Wahrheit Hohn spricht.

Sie suchen einen Mörder? In Washington - der Hauptstadt der „freien Welt“ - können Sie ihn für wenige hundert Dollar kaufen! In Los Angeles werden im Jahr mehr Menschen ermordet als in ganz Westeuropa. Zehntausende Geistesranke irren in den Vereinigten Staaten obdachlos umher. Die USA sind ein Land der Kinderarbeit, der Kinder-

prostitution, des Verkaufs von Ungeborenen, Säuglingen und Kleinkindern hoffnungsloser Eltern an Reiche, aber unfruchtbare Besitzbürger. Ein großer Teil der Ernten wird im Südwesten von spanischsprachigen Wanderarbeitern eingebracht - zu Hungerlöhnen, ohne Recht auf medizinische Betreuung, ohne Schulen für ihre Kinder. Staatliche Sozialversicherung für Amerikaner gibt es nicht. Fast 40 Millionen USA-Bürger sind überhaupt nicht versichert.

„Es interessiert mich nicht, wie die Fakten sind“. Das ist nicht nur das unverfälschte Bekenntnis eines rüden Präsidenten, des Schirmherrn der „deutsch-amerikanischen Wertegemeinschaft“. Es ist auch die Devise des Medienimperialismus - eine belanglos-unverbindliche Darstellung „unsozialer Ausnahmefälle“ - ja, aber keine wirkliche Beleuchtung der systemimmanenten sozialen Unsicherheit und Ungerechtigkeit auf dem Boden fundamentaler Klassenunterschiede. Deshalb rangieren in der Nachrichtenfolge Themen wie Ladenschlußzeiten, BSE und „deutsche Leitkultur“ oder Scheingefechte von Bundestagsparteien vor der Wahl des Präsidenten der „Welt-Wertegemeinschaft“. Diese USA wollen die Welt Mores lehren und ihre „Heilige Kuh“ heißt „freie Wahlen“, die sie ständig von anderen fordern. Doch die „Heilige Kuh“ hat BSE. Washington führt der Welt eine Spottgeburt von Wahlen vor. Sie demonstrieren, was sie und ihre Nachbeter unter „Demokratie“ verstehen: Wahlfälschung, Irreführung der Wähler, falsche Stimmzählung und Nach- und Nach- und Nachzählung. Schließlich wird Präsident der Weltmacht, wer die gerissensten Rechtsanwälte hat und die willigsten Richter. Und die mächtigsten Kapitalinteressen hinter sich.

Gore oder Bush? Am Imperialismus ändert das nichts, auch wenn die innenpolitischen Akzente zwischen beiden unterschiedlich sind. Die Welt lacht. Oder schweigt. Den Wählern in den USA ist es überwiegend egal. Und wer macht sich Gedanken, mit welcher moralischen Berechtigung sich diese „Führungsmacht“ ihren Führungsanspruch anmaßt?

Karl-Eduard von Schnitzler



Die Redaktion
wünscht allen
Lesern ein
harmonisches
Weihnachtsfest und
einen guten Beginn
des neuen
Jahrtausends

Grafiken: Picasso



Warum der Chauvinismus zu den „Rahmenbedingungen“ dieser Republik gehört

Ein Köcher voller vergifteter Pfeile

Das imperialistische Deutschland setzt seine strategische Konzeption für das 21. Jahrhundert zielstrebig um. Dazu bedarf es einer ideologischen Neuorientierung. „Besondere Verantwortung“ will die BRD global übernehmen. Als wirtschaftlicher Riese möchte man endlich auch politisch und militärisch ein Gigant sein. Vorerst im Rahmen einer (gerade auch von Prodi geforderten) „Großmacht Europa“, bei der man den Taktstock schwingt. Es zeigen sich immer mehr Symptome dafür, daß das mit der Schürung nationalistischer Emotionen verbunden ist. Es läßt aufhorchen, daß in Politiker-Reden und zwar aus ganz verschiedenen Lagern - immer häufiger vom Stolz der Deutschen fabuliert wird, als ob sich die Nation nicht in Klassen und deren Interessen unterteilen würde. Es handelt sich hier nicht, wie manche behaupten, um eine „Abwehrreaktion“, weil man „die Definitionshoheit darüber, was deutsch ist“, nicht der radikalen und chauvinistischen Rechten überlassen will. Solcherlei Wortwahl steht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem als „Globalisierung“ ausgegebenen weltweiten Machtanspruch vor allem auch deutscher Banken und Konzerne, mit der „Sicherung des Standortes Deutschland“. Das ist überhaupt das Schlüsselwort für den längst in Angriff genommenen Ausbau der Bundesrepublik Deutschland zur ökonomischen Macht- und Schaltzentrale Europas.

In diesem Zusammenhang ist etwas zu beobachten, was ich als Förderung einer Art „Wirtschafts- und Leistungschauvinismus“ bezeichnen möchte. Seit Mitte der 90er Jahre werden von Politikern und Medien gehäuft Begriffe und Argumentationsmuster verwendet, die Indizien dafür sind. Forschungsergebnisse und industriell-technische Entwicklungen auf den verschiedensten Gebieten erhalten bevorzugt das Etikett „europa- oder weltgrößt“. Bis dahin beispielsweise Fusionen, an denen deutsche Geldhäuser und Unternehmen beteiligt sind, kommentiert man wie Volkserlebnisse. Der Börsengang deutscher Firmen erscheint wie ein nationales Großereignis. Eine regelrechte Aktien-Euphorie wird hochgepeitscht. Bürger eines Landes zu sein, das „Exportweltmeister“ ist, soll „jeden Deutschen“ mit Genugtuung erfüllen. Leistung und Effizienz sind natürlich „traditionelle nationale Werte“. Als kritischer Konsument solcher „Informationen“ - es handelt sich um einen Köcher voller vergifteter Pfeile - weiß man, daß die Manipulierung der BRD-Bevölkerung eine wichtige Voraussetzung ungestörter Realisierung von Maximalprofiten ist. Neoliberalismus nennt die Bourgeoisie diesen restlos entfesselten Kapitalismus-Imperialismus. Der Auftakt hierzu wurde 1994 mit ganze Seiten füllenden und von der Deutschen Bank finanzierten Großanzeigen

in allen führenden Tageszeitungen gegeben. Ihr Motto lautete: „Wir fördern die Zukunft“. Parallel dazu profilierte sich mit gleichem Duktus die Sprache der Politiker und Wirtschaftskapitäne. Die Medien taten das Ihre. „Globalisierung“ und „Standortpolitik“ seien unausweichliche Notwendigkeiten, hieß es. Sie erforderten „Opfer von allen Schichten des Volkes“. Damit war die neue Etappe des systematischen Sozialabbaus eingeläutet. Fast gleichzeitig trat Ex-BDI-Chef Henkel auf den Plan. Er unterbreitete seine Version vom Herzogschen „Ruck, der durch die Gesellschaft gehen“ solle. „Schluß mit dem Konsumgesülze“, „nach amerikanischem Vorbild die Gesellschaft kapitalistischer machen“, der „schlankere Staat“ müsse „die Rahmenbedingungen dafür schaffen“. Und dann der interessanteste Gedanke: „Alles soll so geschehen, daß die Menschen (diese Vorgaben - D. I.) grundsätzlich akzeptieren oder besser noch selbst wollen“. Das ist der Traum der Bourgeoisie vom total angepaßten Untertanen.

Damit war die taktische Linie vorgegeben. Sie wurde von der CDU/FDP-Regierung befolgt und wird nun von der SPD-geführten Koalition noch massenwirksamer umgesetzt. Schröder faßt das Ganze in die Formel „Reformstau auflösen“. Man gibt dem Unterfangen eine ideologische Begründung und sucht die Strategie des Kapitals mit minimalen Reibungsverlusten durchzusetzen. Dafür wird die „rot-grüne“ Koalition von den Unternehmensverbänden gestreichelt, zugleich aber auch angetrieben, „noch weiter zu gehen“. Was man als „Reformen“ deklariert, könnte auch in die Worte gefaßt werden: Sukzessive Demontage aller Hindernisse auf dem Weg zum Profit. Die SPD nannte das, was weg soll, irreführenderweise „Sozialstaat“.

Doch „das Volk“ braucht eine „Zukunfts-vision“. Nach Franz Mehring ist dazu „eine Unmasse ideologischen Aufputzes“ erforderlich. Während rechte PDS-Führer wie Peter Porsch sich für „ideologiefrei“ erklären, setzt das Kapital seine ideologischen Waffen geschickt ein. Die hier als „Wirtschafts- und Leistungschauvinismus“ bezeichnete Offensive gehört dazu. Ein Rauchvorhang aus schönen Parolen und sozial verbrämten Phrasen hüllt das wahre Geschehen in Nebel. „Zukunft annehmen“, „neuer Optimismus“, „die Ärmel hochkrempeln“ heißt es da. „Aufgeklärte Eigeninitiative“ wird gepriesen. Man teilt die Menschen in „Leistungsträger“ und „Versager“ ein. Jeder ist seines Glückes Schmied. Werscheitert, ist selber Schuld. „Wir sitzen alle in einem Boot“, verkündet der Steuermann auch jenen, die längst über Bord gegangen sind oder damit rechnen müssen, als nächste hinausgeschleudert zu werden. „Wir alle sind auf den Erfolg des Unternehmens angewie-

sen“, „wenn es unserer Wirtschaft gut geht, geht es uns allen gut“, tönt der Sirenen- gesang. „Wir machen alles sozial verträglich und abgefedert“, lenkt man von den Folgen der Brüche ab.

Die deutschen Bosse und ihre SPD-Verwalter sind im demagogischen Umgang mit der Arbeiterklasse und „dem Volk“ sehr erfahren. Sie beherrschen das Handwerk sozialer Demagogie und sozialer Korruption. Raffiniert wird an dumpfe Gefühle angeknüpft, die viele Deutsche für Nationalstolz halten, während es sich in Wahrheit um pseudopatriotischen bürgerlichen Nationalismus handelt. Ist nicht die Grenze zwischen berechtigter Wahrnehmung nationaler Interessen und aggressivem Chauvinismus in kapitalistischen Nationen oft fließend?

Verschüttetes Klassenbewußtsein, zunehmende Entpolitisierung und das Fehlen einer einflußreichen, konsequenten, klassenkämpferischen Linken - das Ganze auf dem Hintergrund der Niederlage des Sozialismus in Europa - erleichtern dem Gegner das Geschäft. Es formiert sich kein schlagkräftiger, breiter Widerstand gegen die Politik der Herrschenden. Noch wirken Illusionen weiter und der Blick für die Realitäten ist getrübt. Nichtwissen, Nichterkennen erweisen sich einmal mehr als die Quelle der Ohnmacht der Massen. Wir Marxisten haben vor der Geschichte die Pflicht, den Dunstschleier zu zerreißen und gegen Verdummung und geistige Versklavung anzutreten. Wer außer uns könnte das leisten?

„Man muß durch die propagandistische Aufrüstung, durch das Dickicht der Desinformation eine Schneise schlagen“, fordert Daniela Dahn. Das verlangt, auch jeder Form einer imperialistisch instrumentalisierten Deutschtümelei, die mit echtem Patriotismus, wie wir ihn in der DDR lebten und erlebten, nichts gemein hat, eine Abfuhr zu erteilen. Denn die Frage, ob man sich zu Deutschland bekennen soll oder nicht, hat vor allem mit dem Klassencharakter des jeweiligen deutschen Staates zu tun: Wir waren stolz, Bürger der sozialistischen DDR zu sein und sind heute wider Willen Bürger eines imperialistischen Staates, der sich erst unlängst als Aggressor erwiesen hat.

Wie vor mehr als hundert Jahren ist eine wichtige gedankliche Leistung zu vollbringen. Wurde den deutschen Arbeitern in der großen Zeit der alten Sozialdemokratie Bebel und Liebknechts nicht gerade auch „Sinn für theoretisches Denken“ bescheinigt? Solche positiven Eigenschaften sind vielleicht verschüttet, aber nicht für immer verloren. Es gilt, sie wieder zum Leben zu erwecken und jener wachsenden Zahl von Menschen zur Seite zu stehen, die sich trotz aller Schläge und Rückschläge auf eine sozialistische Perspektive orientieren.

Dieter Itzerott

Kommt die neue Nazipest nur aus „verwirrten Kahlköpfen“?

An wessen Drähten die Puppen tanzen

In welcher politischen Verkleidung sie auch auftraten, Schwarzhunderter des Zaren, Schwarzhemden Mussolinis, Braunhemden Hitlers, Todesschwadronen lateinamerikanischer Diktatoren: Die Pogromhelden, Mörderbanden und Terrorkommandos zur Aufstachelung von nationalem Chauvinismus, zur Spaltung und Niederhaltung revolutionärer Bewegungen, zur Verfolgung und Ermordung von Kommunisten waren immer durch die Ausbeuterklasse bezahlt und tanzten an deren Drähten. Als die NATO 1949 zur Zentrale des verdeckten Krieges gegen die „Sowjets“ und deren volksdemokratische „Vasallen“ wurde, waren faschistische Kader und Terroristen sehr gefragt. Brutalster Antikommunismus, aggressivster Antisowjetismus als Kern des Faschismus - das machte Himmlers und Kaltenbrunners Gestapoleute, Gehlens „Fremde Heere Ost“-Diversanten, ungarische Pfeilkreuzler und Banderas westukrainische OUN-Banditen für die Pläne der „freien Welt“ so geeignet. Aus Italien wurde vieles über die Verzahnung dortiger Faschisten mit Militär- und Staatsapparat bekannt - bis zu den blutigen Attentaten der „Spannungsstrategie“, die einen NATO-Putsch auslösen sollten. General Spínolas Geheimarmee ELP und faschistische Rollkommandos agierten 1975/76 im Rahmen der portugiesischen Konterrevolution. In der Türkei sind die „Grauen Wölfe“ seit langem fester Bestandteil eines mafiaartigen staatsterroristischen Unterdrückungssystems.

Und was ist mit der BRD? blieb der europäische Kernstaat der NATO, diese Speerspitze gegen den Sozialismus, etwa ohne eine solche Verstrickung? Sind die braunen Banden hier nur „hirnlose Glatzen“, Fälle für Sozialarbeiter und Psychiater? Und wenn junge Antifas rufen „Nazis morden, der Staat schiebt ab - das ist das gleiche Rassistenpack!“, dann bleibt auch das noch ohne soziale Konkretisierung. Offenbar fehlen heutzutage Informationen und Analysen wie sie bis zur Konterrevolution 1989 von Organen der DDR, vor allem dem MfS, erarbeitet wurden! Daß die Hand mit dem Geldbündel hinter dem Nazi-Gruß verschwunden ist und daß sich die nadelgestreiften Auftraggeber samt beamteten Provokateuren „zur Ruhe gesetzt“ haben, kann doch wohl nicht ernsthaft angenommen werden.

Die ganze Entwicklung faschistischer Aktivitäten in der BRD seit deren Gründung hat das Gegenteil bewiesen: Schon unmittelbar nach 1945 organisierten die Bosse der wiederentstehenden Konzerne in sogenannten Werkschutz-Verbänden einen tausende alte Kämpfer umfassenden Kader erprobter Gestapoleute, SS-Männer und anderer Nazis als ihre antikommunistische Sicherheitstruppe. Auch jene Terrororganisationen, die - wie die „Kampfgruppe gegen Unmensch-

lichkeit“ (KgU) - die DDR heimtückisch angriffen, wurden zu einem großen Teil aus überzeugten Faschisten rekrutiert. Nicht anders verhielt es sich mit dem Geheimdienst des Nazigenerals Gehlen. Eng mit dem BRD Staats- und Sicherheitsapparat liiert war von Anfang an auch die berüchtigte „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“. Diese ist wiederum mit der „Antibolschewistischen Weltliga“ verflochten - einer von der CIA und USA-Kapitalkreisen finanzierten Gruppierung, in der Faschisten aus vielen Ländern ihre Pläne und Aktionen abstimmen. All diese Strukturen wirkten bereits während der 50er und 60er Jahre politisch-ideologisch in die westdeutsche Naziszene. Nach den zahlreichen Niederlagen der auf die DDR angesetzten Diversanten, der Sicherung der DDR-Staatsgrenze am 13. August 1961 und dem gleichzeitigen Anwachsen einer wirksamen BRD-Opposition gegen Notstandsgesetze und Vietnamkrieg wurden offene Faschisten im Westen Deutschlands selbstwagener. Durch eine an den „Stürmer“-erinnernde Hetze der Springer-Presse gegen die Außerparlamentarische Opposition (APO) wollte man jene binden, denen die Koalition der CDU/CSU mit der SPD „zu liberal“ erschien: Von Polizei und Justiz wohlwollend toleriert, begann der Aufstieg der NPD in mehrere Landesparlamente. Gefördert wurde er mit Millionen des Kapitals, u. a. vom Getränkekonzern Eckes. Als die CDU/CSU in ihrem Widerstand gegen die „neue Ostpolitik“ Brandts dann selbst auf Positionen der NPD und anderer Ostlandreiter übergang, trat die braune Partei vorerst wieder in den Hintergrund.

Parallel zum Streben nach parlamentarischem Einfluß wuchs in den 70er und 80er Jahren eine Vielzahl aggressiver und konspirativ geführter Faschistenbanden heran. Am berüchtigtsten war die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die Morde und Attentate verübte; dazu gab es eine „Europäische Befreiungsfront“, eine NSDAP-Neugründung und dergleichen mehr. Gemeinsam war all diesen Kräften der extremen Rechten die Unterwanderung, Kontrolle und Lenkung durch den Verfassungsschutz oder andere Dienste. Indizien deuten darauf hin, daß der BRD-Staatsschutz in seinem Kampf gegen den militanten linken Untergrund (RAF, 2. Juni) eine abgeschwächte Variante der „Strategie der Spannung“ verfolgte und dazu faschistische Terroristen aus „Gladio-Strukturen“ einbezog. So wurden in der ersten Hälfte der 70er Jahre Bombenattentate mit zahlreichen Verletzten auf die Hauptbahnhöfe von Bremen und Hamburg verübt, die Staatsschutz und Medien - ungeachtet deren eindeutiger Dementis - sofort der RAF anlasteten. Von einer intensiven Fahndung nach den Tätern wie bei wirklichen RAF-Aktionen war indes keine Rede. Genau nach diesem Muster

erfolgte vor kurzem jenes blutige Attentat an der Düsseldorfer Bahnstation Wehrhahn, das Politik und Wirtschaft als Initialzündung für ihren demagogischen Pseudokampf „gegen rechts“ diente.

Die Einbindung von Faschisten in die geheime „Gladio-Armee“ der NATO, die mit dem verdeckten Krieg gegen die DDR begann, wurde nach dessen Abschwächung ohne Zweifel fortgesetzt. Das wurde 1981 offenbar, als man in der Lüneburger Heide zufällig ein umfangreiches Depot mit Waffen, Sprengmitteln und anderer Ausrüstung aus NATO-Beständen entdeckte. Sein „Verwalter“, ein Forstmeister Lembke, der intensive Beziehungen zu Nazibanden pflegte, wurde kurz nach der Verhaftung in der Zelle erhängt gefunden.

Aufschlußreich ist auch der Weg des neuen „intellektuellen Führers“ der deutschen Faschisten Horst Mahler. Er wurde Anfang der 70er Jahre aus der RAF ausgeschlossen. Noch in der Haft machte er offenbar seinen Handel mit dem Staat, um nach der Freilassung Manager-Seminare über „Marxismus“ und „Terrorabwehr“ anzubieten. So knüpfte er Verbindungen in diese Kreise. Und nun ... ist Mahler, der die NPD im Verbotssprozeß vertreten soll, Wortführer des sozialdemagogischen Neo-Strasser-Flügels der faschistischen Bewegung. Als besonders gefährliche Entwicklung ist nicht zuletzt die Herausbildung von Nazistrukturen in der Bundeswehr sowie - besonders in Großstädten - in Polizei- und BGS-Einheiten zu sehen. Sie sind häufig mit Werkschützern und „privaten Sicherheitsdiensten“ eng verbunden. Bei den Mordanschlägen in Solingen und Mölln zogen VS-Agenten im Hintergrund der Täter die Strippen. In ostdeutschen Bundesländern verurteilte faschistische Verbrecher wurden - sogar mit PDS-Segen - als V-Männer angeworben.

Nach den vorliegenden Erkenntnissen, Beweisen und Hinweisen aus 50 Jahren BRD ist zu schließen: Einflußreiche Kapitalisten finanzieren, Behörden, Geheimdienste und Polizeiapparat aber decken und nutzen die faschistische Bewegung. Nach dem Wegfall der Stoßrichtung gegen die DDR dienen die Banden nun zur Diskreditierung des Sozialismus durch Verbreitung der Mär, sie seien auf seinem Boden gewachsen, zur Gleichsetzung von Links und Rechts, zur antidemokratischen und autoritären Formierung der Gesellschaft. Wer an Aggressionen aktiv teilnimmt, braucht im Innern eine terroristische Reserve. Angesichts der jüngsten Rauchschleier eines vermeintlichen Kampfes der Macht gegen den Rechtsradikalismus sollten wir nicht vergessen: Wann immer die herrschende Klasse seit 1918 etwas „gegen die Rechte“ beschloß, hatte sie die Linke im Visier.

Werner Hoppe

Warum die Inflation mit Lohnforderungen beantwortet werden muß

Nicht der Arbeiter dreht an der Spirale ...

Inflation ist nicht nur Inflation, wenn es um drei und mehr Prozent Preiserhöhung geht. Selbst die kleinste Rate der nominalen Preissteigerung, sagen wir 0,1 %, ist eine Inflation. Sie führt zur Senkung der realen Kaufkraft und müßte, um dies zu verhindern, mit einer Einkommenserhöhung kompensiert werden. 0,1 % scheint wie nix, sind bei einem monatlichen Haushaltseinkommen von

4 000 Netto „mal gerade“ vier Mark, aber multipliziert mit 10 Millionen Haushalten schon 40 Millionen Mark Einkommensenkung, oder auf das Jahr gerechnet fast eine halbe Milliarde Mark. Und die in jüngerer Zeit geringste Inflationsrate hatten wir 1999 mit 0,6 %, das sind also 24 Mark auf den einzelnen Haushalt oder 240 Millionen auf alle Haushalte per Monat, und auf das Jahr gerechnet fast 2,9 Milliarden Kaufkraftverlust gewesen. In diesem Jahr treibt die Inflationsrate aber aller Wahrscheinlichkeit nach über 2,5 %, also vier mal so hoch wie '99. Die diesjährige Inflation raubt den Einkommen gut 10 Milliarden an Kaufkraft! Und da sprechen die bürgerlichen Ökonomen bei einer Rate der Inflation bis zu 2 % noch von einem stabilen Geldwert! Wem sind 10 Milliarden wohl ein Klacks?

Und nun sagt man, die sogenannte Lohn-Preis-Spirale werde in Gang gesetzt, verlangten die Arbeitenden mehr Lohn als Kompensation für den Ausfall. Eine solche Forderung würde, so heißt es, die Inflation überhaupt erst ins Leben rufen! Fragt sich natürlich, wie man jene Preissteigerung nennt, die stattfindet, ohne daß von einer Erhöhung der Löhne - wir sagen natürlich Kompensation - die Rede ist. Wenn erst höhere Löhne die Inflation, sogar deren Spirale, also ihre Unaufhaltsamkeit, in Gang setzen würden, dann müßten ja die Preise an sich „stille stehen“. Tun sie aber nicht, was soll also der unsinnige Vorwurf.

Steigen die Preise der Waren, aber nicht die Löhne, dann sinkt natürlich ein Preis. Und zwar der des Arbeitenden, der mit festem Einkommen leben muß. Die „allgemeine Preiserhöhung“ ist, wie man sieht, keineswegs allgemein. Man behauptet das zwar, aber nur, weil man einen sehr entscheidenden Preis außer Betracht läßt: den der Ware Arbeitskraft. Die Inflation wäre erst allgemein, würde mit den Preisen der Waren auch der Preis des Arbeiters steigen. Daß aber Löhne angesichts einer reinen Niveauanhebung der Preise nicht ebenfalls ihr Niveau erhöhen, sondern unverändert bleiben, heißt, daß sie real sinken. Es sind die selben Löhne, aber ihre Kaufkraft sinkt, wenn die Warenpreise steigen. Ergo sind es unter der Hand andere, niedrigere Löhne geworden.

Daß Löhne, die steigen, erst die Inflation auslösen, ist schon in dem Sinne beantwortet worden, daß ja dann, d. h. ohne Lohnforderung der Arbeiter, die Inflation eine unbekannte Erscheinung in der Gesellschaft geblieben wäre. Was Lohnforderung wirklich bewirkt, beantwortete bereits Marx: Absolute Lohnerhöhung (und um eine solche müßte es sich handeln, wenn keine Preise steigen) brächte nur den Mehrwert resp. Profitteil im Preis zum Sinken. Eine absolute Form der Lohnerhöhung unter den Bedingungen der Inflation ist erst eine solche, die stärker steigt als die Rate der Inflation. Wirkliche Lohnerhöhungen verteilen nur Profit in Lohn um, höherer Lohn schmälerte den Profit. Er führt zu einer Form der inneren Umverteilung im Verhältnis von Lohn und Profit, erreicht aber die äußere Ebene, den Preis, der sich gegen den Preis anderer Waren zu realisieren hätte, nicht. Erst wenn die Lohnerhöhung den gesamten Profit in Lohn aufgelöst hätte, erreichte der Lohn die Ebene des Preises - aber vorher hätte der Kapitalist wohl die Arbeit eingestellt.

Viele, auch viele Arbeiter weichen vor dem Argument zurück, höhere Löhne würden die inflationäre Preisspirale auslösen. Sie scheuen sich, die Inflation mit der Forderung nach einer Lohnerhöhung zu beantworten, Rate dort mit Rate hier. Aber die relative Lohnerhöhung als die permanente Form der Lohnerhöhung unter den Bedingungen der Inflation ist ohne jede Auswirkung auf den Preis. Sie erhöht ihn weder noch setzt sie die Preis-Geld-Spirale in Gang. Noch nie haben Lohnerhöhungen die Deutsche Bundesbank in Zugzwang gebracht, die umlaufende Geldmenge zu erhöhen. Steigen aber Preise, so liegt die Erklärung für dieses Phänomen außerhalb der Lohnfrage, d. h. die Inflation ist ein Verhältnis zwischen Kapitalisten oder ein Verhältnis von Preis zu Preis. Lohn ist nur ein Delegat des Kapitalisten an den Arbeiter, das aus dem realisierten

Preis, also der realisierten Geldform, aus schon vorhandenem Geldbesitz der Unternehmen abgezweigt wird. Der Lohn ist Moment des Preises, bildet ihn aber nicht! Auf der Nichtbestimmung dessen, worum es überhaupt geht, nämlich Wertbildung, beruht die Vorstellung, der Arbeiter, der seinen Lohn erhöhe, raube dem Kapitalisten den Profit. Darauf basiert auch die Illusion, der Arbeiter, der mit seinem Lohn eine Aktie vom Kapitalist kauft, erhalte dadurch einen Anteil des Profits des Kapitalisten; er durchbreche seine Klassen-schranke, werde auch Kapitalist. Unter dem Gesichtspunkt der Wertbildung erzeugt der Arbeiter Lohn und Profit, und zwar den gesamten.

Was bedeutet es, angesichts einer Inflation keine ausgleichende Lohnerhöhung zu fordern? Man sicherte dem Kapital einen durch Preiserhöhung mitbestimmten oder sagen wir in der bürgerlichen Klasse allgemein umverteilten Maximalprofit zu. Es handelt sich deshalb um maximalen Profit, weil zum produzierten ein durch Preiserhöhung erzielter Profit hinzukommt und Inflation die Form ist, durch die das permanent durchgesetzt wird.

Hermann Jacobs



Aus dem Leben unserer Gruppe

Ein eindringlicher Abend mit Katja Holst

Am Abend des 28. November hatten wir eine zweigeteilte Gruppenversammlung: Im ersten Teil sprach Katja Holst aus Osnabrück anlässlich des 100. Geburtstages von Anna Seghers, der zweite Teil blieb Informationen und der Aussprache über das im „RotFuchs“ Nr. 34 veröffentlichte Diskussionsangebot „11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland“ vorbehalten.

Einleitend meinte Katja, davon ausgehen zu können, daß Genossen aus dem Osten durchaus schon etwas von Anna Seghers gehört hätten, was mit freundlichem Lachen quittiert wurde. In der Alt-BRD seien Name und Werk der Schriftstellerin hingegen weithin unbekannt. Zwar habe es diesmal Fernseh-, Rundfunk- und Pressebeiträge gegeben. Doch Vieles sei darauf hinausgelaufen, sie nachträglich zur DDR-Dissidentin zu erklären. „Bei einer Gesprächsrunde des sogenannten Literaturpapstes Reich-Ranicki ist mir speiübel geworden.“ Im Übrigen gebe es in ganz Westdeutschland keine einzige Einrichtung oder Straße, die ihren Namen trage – nur ein Uferstück in der Geburtsstadt Mainz, die ihr 1981 nach jahrelangen Querelen und erst auf Druck die Ehrenbürgerschaft verliehen hat. Verdienstvoll seien indes die Initiativen der Berliner Anna-Seghers-Gesellschaft und des Aufbau-Verlages bei der Neuherausgabe ihrer Werke.

Im Weiteren beschrieb die Rednerin des Abends anhand liebevoll ausgewählter Episoden Stationen aus dem Leben der Schriftstellerin, mit denen sie uns eine Frau näher brachte, wie wir sie bis dahin nicht oder kaum gekannt hatten. „Anna Seghers hat sehr viel Schweres durchgemacht und viel Bitteres erlebt, jedoch ganz selten darüber gesprochen.“ Dann zeichnete Katja den Weg nach, den die geborene Netty Reiling aus wohlhabendem Elternhaus in die materielle Ungewißheit an der Seite ihres kommunistischen Ehepartners László Radványi ging. Katja zitierte Anna Seghers zu dieser Lebensentscheidung: „Ich muß fort, ich muß wahr leben, sonst geht alles zugrund. Niemals ist das Rechte leicht.“ Schon 1928 trat sie der KPD bei und wurde Mitglied des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. Mit dem Schreiben hatte sie bereits während des Studiums begonnen; ein erster Durchbruch gelang ihr 1928, als sie den hochdotierten Kleist-Preis erhielt. Dies sei in Anbetracht ihres Alters eine außergewöhnliche Ehrung gewesen, die vor allem im bürgerlichen Lager viel Staub aufgewirbelt habe. Katja zitierte aus einer damaligen Zeitung der Schwerindustrie: „Nichts rechtfertigt die Tatsache, wegen zweier guter Novellen den Kleist-Preis zu verschleudern.“

1933 begann ihr schwerer und entbehrungsreicher Weg in die Emigration, dessen Tiefpunkt man im Roman „Transit“ nachlesen kann. Aus einem Brief dieser Zeit an den Freund Wieland Herzfelde: „Es geht mir furchtbar schlecht. Jede Arbeit ist mit einem solchen Verlust an Lebenssubstanz verbun-

den, daß ich immer fürchte, meine ganze Arbeit ist gefährdet. Wenn Du irgend jemand finden könntest, der mir hilft.“ Katja: „Das ist ein Aufschrei, wie es eigentlich überhaupt nicht ihre Art war.“ Mit Hilfe einer Schriftstellervereinigung in den USA und des mexikanischen Generalkonsulats wurde es Anna Seghers schließlich möglich, Europa mit ihren Kindern zu verlassen und in Mexiko eine Heimstatt für mehrere Jahre zu finden. 1942 erschien in den Vereinigten Staaten ihr schon in der französischen Emigration geschriebenes Werk „Das siebte Kreuz“, das auch dort verfilmt wurde. Damit war sie auf einen Schlag weltberühmt und nun auch materiell abgesichert. 1947 kehrte sie nach Berlin zurück; die Eindrücke aus dieser ersten Zeit sind in ihrem Briefwechsel nachlesbar, der jetzt unter dem bezeichnenden Titel „Hier im Volk der kalten Herzen“ erschienen ist. Bis zum Lebensende blieb sie der DDR, deren Schriftstellerverband sie viele Jahre leitete, echt verbunden. Für Entwicklung und Ansehen ihres Staates und der Weltfriedensbewegung hat sie Großes geleistet.

Katja Holst war im „RotFuchs“ als Kunstkritikerin vorgestellt worden. Bescheiden wehrte sie jetzt ab: „Ich war in der DDR Deutschlehrerin mit 25 Dienstjahren“. Was hatten wir doch für Deutschlehrer!

Der zweite Teil des Abends wurde mit der Bekanntgabe eines Briefes von Reiner Vollrath an Klaus Steiniger eingeleitet. Der Bezirksvorsitzende sprach sich darin gegen Inhalt und Veröffentlichung unseres Diskussionsangebotes aus, das „für die DKP keine Grundlage für eine Diskussion“ sein könne. Dem schloß sich die Verlesung einer Stellungnahme des Gruppenvorstandes an. Darin wurden der konstruktive Charakter der 11 Forderungen betont und Unterstellungen zurückgewiesen. Die Gruppe nahm einen Bericht von Frank Mühlefeldt über die Ergebnisse des in der Oktober-Versammlung ergangenen Appells, Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zum ersten Entwurf einzureichen, entgegen. Es hätten sich bereits 17 Genossen mit 76 Einzelvorschlägen gemeldet, von denen 37 in die veröffentlichte Fassung eingearbeitet worden seien. Das habe deren Qualität deutlich erhöht. Annemarie Mühlefeldt informierte über die zu dieser Thematik auf der jüngsten Tagung des Parteivorstandes geführte Diskussion, an der sie teilzunehmen Gelegenheit hatte. „Die gute Nachricht: Im Schlußwort hat Heinz Stehr festgestellt, unsere 11 Forderungen lägen auf dem Tisch, wir müßten sie als Herausforderung begreifen und an die Arbeit gehen. Die schlechte Nachricht: Unser Angebot wurde als dafür untauglich bezeichnet, weil es angeblich 'nicht dem Bewußtseinsstand der neuen Bundesbürger entspricht'“.

An der Diskussion beteiligten sich 14 Genossen. Die Debatte drehte sich – das konnte nicht anders sein – fast ausschließlich um die 11 Forderungen. Nachdem der DKP-Sym-

pathisant **Ronny Wolf** auch die älteren Genossen eindringlich darum gebeten hatte, sich mehr an Straßenaktionen zu beteiligen, informierte **Peter Wegner** über den mißglückten Versuch des Bezirksvorsitzenden, die Gruppe Mitte zu einer Stellungnahme gegen unser Diskussionsangebot zu bewegen. **Walter Florath** verwies auf Pressebeiträge, die eindrucksvoll die Funktion Ostdeutschlands als Experimentierfeld für den weiteren Sozialabbau auch im Westen bestätigten. **Hartwig Strohschein**: „Ich habe Heinz Stehr schon vor einem Jahr gesagt, er müsse endlich begreifen, daß sein Verantwortungsbereich nicht mehr an der Elbe, sondern an der Oder endet.“ **Günther Szalkiewicz** konzentrierte sich auf Verfahrensfragen: Es gehe nicht an, der Gesamtpartei per „RotFuchs“ mitzuteilen, welches Konzept wir verfolgten; wir hätten den Weg der Parteistrukturen wählen müssen. **Jürgen Thiele**: „Die Veröffentlichung erfolgte auf Beschluß des Gruppenvorstandes.“ Uns gehe es um die Stärkung der DKP und um nichts anderes. **Ulrich Huar**: „Mit aller Entschiedenheit weise ich den Vorwurf zurück, daß hier undemokratisch vorgegangen worden sei.“ **Bruni Steiniger**: Der entscheidende Punkt sei die Veröffentlichung des Diskussionsangebots gewesen; schließlich habe es bereits Format angenommen, was auch das ganz überwiegend positive Echo auf den Inhalt und auf die Art des Vorgehens beweise. **Iris Rudolph**: „Ohne Veröffentlichung wären die 11 Forderungen vielleicht gar nicht erst zur Kenntnis genommen worden; sie brauchen sich doch überhaupt nicht zu verstecken.“ **Klaus Steiniger** antwortete auf den Beitrag von **Michael Czech**, daß die Beratung zunächst in der Bezirksorganisation hätte stattfinden müssen: „Natürlich werden wir noch weiter diskutieren. Aber der Weg durch die Instanzen hätte mit absoluter Sicherheit zum Abwürgen unseres Vorschlags geführt.“ **Hans Fischer**: „Als Militär sage ich: Wir haben uns für den Frontalangriff entschieden. Wenn wir was Falsches aufgeschrieben haben, kann man das doch ohne weiteres korrigieren.“ **Kurt Andrä**: „Jede Gruppe hat das Recht, der Partei eigenständige Vorschläge zu unterbreiten. Wir müssen unser Angebot doch nicht erst bei der oberen Leitung anmelden und absegnen lassen.“ Er zitierte aus einem Brief der Parteigruppe Halle/Merseburg: „Erstmals erhält unser Parteivorstand damit eine politische Ausganggröße, wie man im kolonialisierten Osten Deutschlands die Gefühlswelt nicht weniger Menschen ansprechen und diese für den Kampf um ein menschenwürdiges Deutschland gewinnen kann.“ Als letzter Redner zog **Martin Dressel** das Fazit: „Wir haben nur das gemacht, was uns der Parteivorstand seit zehn Jahren schuldig ist.“ Abschließend bevollmächtigte die Gruppe einstimmig fünf Genossinnen und Genossen mit der weiteren redaktionellen Bearbeitung aller eingehenden Vorschläge. **Frank Mühlefeldt**

Ein unvergeßlicher Nachmittag bei Irmgard Jendretzky

Von Generation zu Generation

Unlängst besuchten wir - das Jugendkollektiv in der GRH - die 83jährige Genossin Irmgard Jendretzky. Schon lange war diese Begegnung geplant, doch der angegriffene Gesundheitszustand unserer Gastgeberin verhinderte dies stets. Das Gespräch verlief sehr herzlich und berührte viele aktuelle Themen. Natürlich ging es um den aggressiver werdenden Rechtsradikalismus, die politische Strafverfolgung in der BRD und besonders ihren eigenen Prozeß, in dem Irmgard Jendretzky zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Welcher Mut, welche Standhaftigkeit sind erforderlich, um diesen Demütigungen und ungerechtfertigten Angriffen zu widerstehen!

Die Anklage lautete auf Rechtsbeugung und Mord. Die Staatsanwaltschaft gab eine Freiheitsstrafe im Rahmen von zehn Jahren bis lebenslänglich vor. Eindringlich schilderte uns Genossin Jendretzky, was diese Drohung für ein Schock gewesen sei. Dabei hatte sie sich nach der Konterrevolution von 1989/90 keinen Illusionen hingegeben, daß die BRD-Justiz nicht auch ihrer habhaft werden wollte. Die verfolgte DDR-Richterin stammt aus einer antifaschistischen Familie. Unter der Nazi-Diktatur wurden ihr Vater und ihre beiden Brüder wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Ihr ältester Bruder befand sich einschließlich der

im Konzentrationslager verbrachten Zeit siebenhalb Jahre in Haft.

Nach der Annexion stellte sich Genossin Jendretzky der Justiz, um den Sachverhalt aufklären zu helfen. Es ging ihr nicht nur um die eigene Ehre, sondern auch darum, die antifaschistische Umwälzung und den antifaschistischen Charakter der Deutschen Demokratischen Republik vor dem importierten Westrichter zu verteidigen. Dabei stand ihr ein kämpferischer und selbstloser Anwalt, der bekannte DDR-Strafrechtler Prof. Dr. Erich Buchholz, mutig zur Seite. Unsere Gesprächspartnerin wurde trotz ihres hohen Alters verurteilt, weil sie die alliierte Forderung nach Aburteilung der Nazi- und Kriegsverbrecher mit in die Tat umsetzte, auf der Basis des Potsdamer Abkommens. Es ist pure Heuchelei, wenn hierzulande beschlossen wird, ein Mahnmal für sechs Millionen ermordete Juden zu errichten, der Staat aber gleichzeitig Menschen wie Irmgard Jendretzky, die deren Mörder ihrer gerechten Strafe zuführten, ins Gefängnis werfen möchte. Unter humanistisch geprägten Menschen besteht wohl kein Zweifel daran, daß diese faschistischen Verbrecher, die damals in Waldheim vor Gericht standen, aus gutem Grund zur Verantwortung gezogen worden sind.

Daß Irmgard Jendretzky schließlich begnadigt

wurde - allerdings nur ihres Alters und ihres untergrabenen Gesundheitszustandes wegen -, ist nicht zuletzt den zahlreichen Protesten aus dem In- und Ausland sowie einer beeindruckenden Solidarität zu verdanken. Doch hat die über sechs Jahre währende Tortur bei ihr tiefe Spuren hinterlassen. Einen so langen Zeitraum der Anspannung und Angst übersteht kein Mensch ohne körperliche und seelische Beschädigungen.

Auf diesem Wege möchten wir uns bei Genossin Jendretzky für die schönen und aufschlußreichen Stunden bedanken und ihr versichern, daß wir auch weiterhin zu ihr und allen politisch verfolgten Antifaschisten in diesem Lande stehen werden. Der Besuch hat uns als junge Menschen noch mehr darin bestärkt, den Kampf so lange fortzuführen, bis auch der letzte unrechtmäßig Verurteilte oder Verfolgte rehabilitiert ist. Für dieses Ziel wirken die GRH und das Solidaritätskomitee.

Matthias Bublitz

Der „RotFuchs“ grüßt alle noch in politischer Haft befindlichen Antifaschisten und Antiimperialisten sowie alle anderen von der Klassenjustiz Verfolgten und wünscht ihnen für das neue Jahr weiterhin Standhaftigkeit, Kraft und Mut.

Man merkt die Absicht und ist verstimmt

Abschied vom Klassikerbegriff?

Vor einiger Zeit erschien auf der Seite für Marxistische Theorie und Geschichte der UZ ein Beitrag, in dem es darum ging, den Lesern die Gründe dafür nahezubringen, warum die DKP den Begriff Marxismus-Leninismus nicht benutzt. Während alle möglichen Argumente ins Feld geführt wurden, kam im Grunde die Ablehnung dieses in der kommunistischen Weltbewegung (sieht man von revisionistisch orientierten Parteien ab) üblichen Terminus heraus.

Jetzt ist ein zweiter Vorstoß auf dieser Linie erfolgt. Sein Ziel und einziger Zweck besteht offensichtlich darin, nicht nur die Wortverbindung Marxismus-Leninismus zu eliminieren, sondern auch den ganzen Klassikerbegriff loszuwerden. Robert Steigerwald hat - wiederum auf der Seite Marxistische Theorie und Geschichte - einen „Denkanstoß“ zu dem Thema „Marx, Engels, Lenin und andere Marxisten ...“ veröffentlicht. Er wirkt auf den ersten Blick recht plausibel. „In einigen Dokumenten oder Materialien der DKP“ finde man diese Formulierung, was die Frage aufwerfe: „Wen meint man damit?“ Aus unserer Sicht ist allerdings weit wichtiger: Was meint

man damit? Worauf will man hinaus und wovon will man weg?

Steigerwald bemüht Lenin, der das gründliche Studium der Werke Plechanows und Rosa Luxemburgs empfohlen habe. Dann werden andere Kandidaten für das marxistische Präsidium vorgestellt, die der Autor gewissermaßen in einer Reihe mit Marx, Engels und Lenin sehen möchte. Bebel, Mehring, die Italiener Gramsci und Labriola, Kautsky, wenn auch mit erheblichen Einschränkungen, Hilferding, ja selbst Stalin und Mao Tse-tung. Verbotstafeln seien „kein Zeichen von ideologischer Souveränität“ und Stalin habe „durchaus einige gute Texte“ geschrieben.

Wir wollen hier gegen keinen der vorgeschlagenen Anwärter auf den Olymp polemisieren, wenngleich wir der Meinung sind, daß da noch etliche Dutzend Koryphäen der marxistischen Theorie zu erwähnen wären, nicht zuletzt Lateinamerikaner. Niemand hat ja je in Abrede gestellt, daß es außer den Klassikern (übrigens rechnete sich Stalin selbst ausdrücklich nicht dazu) auch eine Vielzahl hochbegabter Schüler, Propagandisten und Ideologen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung gegeben hat. Diese Tatsache zu leugnen wäre gera-

dezu lächerlich. Und es besteht auch kein Zweifel daran, daß neue große Geister des Kommunismus aus kommenden Generationen die Bühne betreten werden.

Doch was soll diese Nivellierung, der Versuch, die „Denkmäler“ jener gewissermaßen einzuebnen, die das Fundament gelegt haben? Man merkt die Absicht und ist verstimmt. Steigerwalds „Denkanstoß“ ist nicht deshalb anstößig, weil darin alles falsch wäre, sondern weil es ihm offenkundig darum geht - und zwar in Fortsetzung des Polikeit-Artikels gegen den Begriff Marxismus-Leninismus - das Herausragende der Leistung von Marx, Engels und Lenin in einen normalen Kontext „einzuordnen“.

Was uns betrifft, so holen wir auch weiterhin das Wasser von der Quelle, wobei wir natürlich das Werk aller unsere Wissenschaft bereichernden Geister einbeziehen. Die Auflösung des Klassikerbegriffs und die Demontage des M/L erfolgen nicht getrennt von der Absicht, das Ganze in einem großen Pulk „anderer Marxisten“, in deren Kreis man noch so manchen hineinschleppen könnte, enden zu lassen.

M. L.

Ein Fragen aufwerfender Artikel von Heinz Stehr

Anleihen beim Denktank der PDS?

Wer sich an die DKP wendet, fragt meist zuerst nach ihrem Programm. Alle Parteien - nicht nur kommunistische - besitzen solche Grundsatzdokumente, die über Politikinhalte, Weg und Ziel Auskunft geben. Sie werden in bestimmten Abständen aktualisiert und stellen die Visitenkarte der jeweiligen Partei dar.

Bei der DKP hat man keine besondere Eile, die Dinge auf den letzten Stand zu bringen. Man betrachtet die Ausarbeitung eines neuen Programms offenbar als eine Art „Zwei-Jahrhundert-Werk“ - im 20. Jahrhundert begonnen und im 21. Jahrhundert abgeschlossen. Wer uns um ein Exemplar des gültigen Parteiprogramms bittet, den verweisen wir auf das Mannheimer Programm der DKP, in dem viel nach wie vor Wichtiges und Richtiges steht. Es entstand aber 1978, also zu Zeiten der gesicherten Existenz des Sozialismus in Europa. Und natürlich berufen wir uns zurecht auch auf die im Januar 1993 vom 12. Parteitag (ebenfalls in Mannheim) angenommenen „Thesen zur Programmatischen Orientierung“ - ein grundsolides Material, das dem provisorischen Erkenntnisstand nach der schweren Niederlage der deutschen Kommunisten in Ost und West entsprach.

Seitdem sind nur sogenannte Programm-„Bausteine“ wie die äußerst umstrittenen Sozialismus-Vorstellungen produziert worden - für den Bau selbst hat man noch nicht einmal die Grube ausgehoben. Das wertvolle Baumaterial, das die Erfahrungen aus 40 Jahren sozialistischen Aufbaus in der DDR bilden, wurde bislang fast gänzlich außer Acht gelassen. Dafür wird an so manches erinnert, das unter kapitalistischen Vorzeichen zur Schatztruhe der bürgerlichen Demokratie gehört. Wer Gewaltenteilung und Oppositionsparteien in den Sozialismus übernehmen will, verläßt indes sichere Klassenpositionen und begibt sich auf schwankenden Boden. Wen wundert es da, wenn eine auf Platz 1 der UZ-Leserbriefseite vom 10. November 2000 gerückte Zuschrift von Wolfgang Nicklassen aus Hamburg die Frage aufwirft, „ob nicht auch schon unter monopolkapitalistischen Bedingungen die Entwicklung einer vollständigen 'bürgerlichen' Demokratie möglich“ und „die monopolistische Demokratie (!) als zeitweilige Übergangsform denkbar“ ist. Mit der Programmdebatte sind wir arg in Verzug. Dabei hatte der 14. Parteitag (1998) doch beschlossen, daß der darauf folgende 15. Parteitag (2000) das neben dem Statut wichtigste Dokument der Partei verabschieden sollte. Doch die Programmkommission wollte offenbar nichts überstürzen - und vielleicht hat sie uns so vor Unausgereiftem und nicht Konsensfähigem bewahrt. Jetzt teilte deren Vorsitzender Heinz Stehr in der UZ (17. Novem-

ber 2000, S. 11) unter der Überschrift „Start zu einem neuen DKP-Programm“ plötzlich mit, das Gremium habe „erste inhaltliche Aufgaben und Arbeitsschritte“ beschlossen. Auf dem 16. Parteitag (2002) wolle es „den Diskussionsstand zur Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms den Delegierten übergeben“. Es werde sich zeigen, „ob es möglich ist, einen ersten Entwurf eines neuen DKP-Programms zur Diskussion (also nicht zur Beschlußfassung! - d. A.) und zur weiteren Überarbeitung vorzulegen oder ob zunächst ein Zwischenbericht zu den Arbeitsergebnissen vorgelegt werden kann.“ Offensichtlich denkt die Programmkommission in größeren Zeitbegriffen. Als ob man das Fahrrad völlig neu erfinden müßte - in der kommunistischen Bewegung des In- und Auslands fehlt es - angefangen mit dem Manifest - doch nicht an Vorbildern, bei denen man, ohne das Neue und Spezifische aus dem Auge zu verlieren, getrost die eine oder andere geistige Anleihe aufnehmen könnte. Und wie wäre es, wenn man das Potential erfahrener Wissenschaftler und Spezialisten aus DDR und SED zu Rate zöge, statt in verkleinerten Arbeitsausschüssen fast nur auf Kommissionsmitglieder aus dem Westen zurückzugreifen?

Die Diskussion sei „auch deswegen nötig, weil gesellschaftspolitische Herausforderungen heute alle Parteien zwingen, das eigene Selbstverständnis auf den Prüfstand zu stellen“, konstatierte Heinz Stehr. Er führt indes nicht etwa andere kommunistische Parteien, sondern - man höre und staune - SPD, PDS, CDU/CSU, FDP und Grüne als Beispiele für programmatisches Neuerertum an. Gut, auch solche Vergleiche mehr wertneutraler Art sind natürlich möglich, obwohl man sie als etwas gewagt bezeichnen könnte.

Ernstere Fragen wirft der viertletzte Ab-

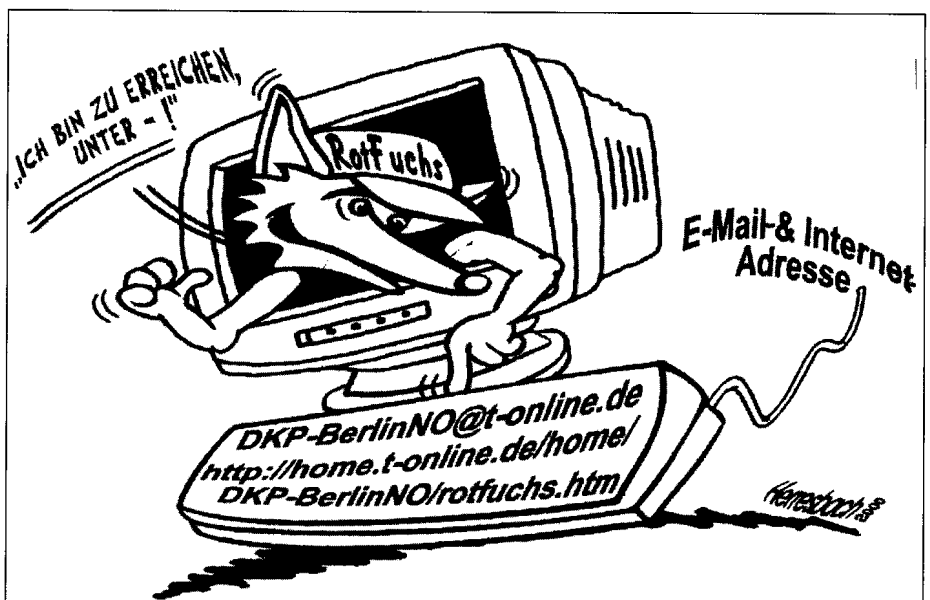
satz des vor allem organisatorischen Problemen vorbehaltenen Artikels - Inhaltliches über das künftige Programm erfährt man eigentlich nicht - auf. „Über die innerparteilichen und öffentlichen Diskussionen hinaus“ - bleibt hier die Öffentlichkeit ausgeschlossen? - plane die DKP-Programmkommission ... „Foren mit der PDS-Programmkommission“, in der bekanntlich die Creme der Revisionisten aus der Kleinen Alexanderstraße Oberwasser hat, und „Genossen ausländischer Parteien, die ihrerseits an neuen programmatischen Dokumenten arbeiten“. Meint man tatsächlich Konsultationen mit Brie & Co? Sicher kann und muß man mit der PDS in manchen Fragen einen gemeinsamen Nenner suchen - aber ausgerechnet in der Ideologie? Kann man sich Anleihen beim Denktank einer Partei vorstellen, die offen und unverhohlen auf die Sozialdemokratie zusteuert? Und: Weiß man schon, welche „ausländischen Parteien“ konkret ins Auge gefaßt werden sollen?

Fragen über Fragen. Mit der Programmatik der DKP ist das offenbar so eine Sache. Sie will - wie man sieht - nicht nur Weile haben, sondern sucht auch nach fremden Paten, wo doch die eigenen Mütter und Väter so nahe sind.

S. R.

Eine Korrektur

In dem Bericht von Annemarie Mühlfeldt über die Imperialismus-Konferenz von „offensiv“ und „RotFuchs“ war der Gegenstand des Referats von Dr. Gerhard Niebling (Groß Dölln) nicht korrekt angegeben. Sein Thema lautete: „Der Erfolg der indirekten Strategie des Imperialismus gegen das sozialistische Lager und die Anwendung dieser Strategie des Imperialismus heute“.



Zu den Ergebnissen der PDS-„Selbstfindung“ (II)

Auf der Suche nach „Schnittmengen“

In ihrer vom 7. Parteitag angenommenen Plattform zu den Bundestagswahlen 2002 hat die PDS zwar erklärt, weder auf ihren Landeslisten noch in den Wahlkreisen Parteienbündnisse einzugehen. Doch ebenso eindeutig wurde signalisiert, was mit der angestrebten „Mitte-Links-Option“ gemeint ist: Koalitionen mit der SPD zum Zwecke des Mitregierens. Gysis Nachfolger im Amt des PDS-Fraktionsvorsitzenden, Roland Claus, sprach unverblümt aus, was als Meinung der ganzen Parteiführung gelten darf: Ohne oder gegen die Sozialdemokraten seien Veränderungen im Sinne demokratischer und sozialer Verbesserungen nicht zu erreichen. Also müsse man, ob man das nun gern oder weniger gern täte ...

Indes vermochten weder zehn Jahre reformistischer „Erneuerungskurs“ noch die in Mecklenburg-Vorpommern „mitregierend“ und in Sachsen-Anhalt „tolerierend“ gesammelten Erfahrungen mit der tatsächlich am Ruder befindlichen SPD die in großen Teilen der PDS-Mitgliedschaft vorhandenen Bedenken auszuräumen. Nach wie vor besteht Furcht davor, daß die Partei bei solcher Partnerschaft auf jene schiefe Bahn fauler Kompromisse geraten werde, auf der schon die Grünen abgerutscht und ihrer Identität verlustig gegangen sind. Eine sozialistische Partei aber, die sich mit der herrschenden Macht einläßt, gebe sich selber auf, meinen auch viele PDS-Genossen.

Gabriele Zimmer räumte in ihrer Antrittsrede ein, daß sie solche Befürchtungen ernst nehme. Sie und andere Vorstandsredner suchten dem entgegenzuwirken. An markigen Worten fehlte es nicht: „Wir kooperieren oder koalieren nur dort, wo dies zum Nutzen der Menschen ist“ (G. Zimmer). „Die PDS macht ihre Zusammenarbeit mit der SPD grundsätzlich von den Inhalten abhängig“ (L. Bisky). Es sei wichtig, daß es „in Form der PDS ein deutliches soziales Korrektiv gibt und Druck auf die SPD - auch über die Zusammenarbeit auf allen Ebenen - ausgeübt wird“ (G. Zimmer).

Soweit der deklamatorische Teil. Der paßt allerdings nicht so recht zur geübten Praxis. Um festzustellen, ob ausreichend „Inhalte“ gegeben sind, die eine Zusammenarbeit gestatten, wird - wie das im neudeutschen Politkauderwelsch heißt - nach den jeweiligen „Schnittmengen“ Ausschau gehalten, bei denen man übereinstimmt oder sich nahe ist.

Nun gibt es in der SPD ganz zweifellos noch linke Kräfte, mit denen sich gar nicht wenig an solchen Schnittmengen finden ließe. Nur haben diese auf die „große“ Politik der Schröder-Partei fast keinen Einfluß. Wer sich mit der SPD arrangieren will, muß sich mit den tatsächlichen Machern einlassen. Und da stellt sich sofort eine Reihe von Fragen. Wenn die PDS, wie im Beschluß ihres Cottbusser Parteitages bekräftigt, „unzweideutig Nein sagt zu Krieg, zu allen internationalen Bundeswehr-

einsätzen und zum Völkerrechtsbruch“ und „keine Regierung will, die sich aktiv an einem Angriffskrieg beteiligt“, dann ist sie bei der SPD an der falschen Adresse. Denn bekanntlich stellt deren derzeitiges Bundeskabinett die erste deutsche Nachkriegsregierung dar, die sich vom Prinzip „Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus“ losgesagt und bei der Aggression gegen Jugoslawien kräftig mitgemischt hat. Die PDS-Spitze ist dennoch darauf erpicht, spätestens nach der Bundestagswahl 2006 als Juniorpartner in eine SPD-Regierung einzutreten. Deren Sieg setzt sie offenbar voraus.

Man sollte auch das nicht vergessen: Als während des Aggressionskrieges (vor allem aus der PDS-Mitgliedschaft selbst) Forderungen laut wurden, die darin verstrickte SPD-Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns zu verlassen, wurde das mit einem Pseudoargument abgelehnt. Die Entscheidung über eine Kriegsteilnahme falle allein in die Kompetenz der Bundesregierung. Selbst als sich der Schweriner Ministerpräsident ungeniert als Kriegsbefürworter outete, blieben sein PDS-Vize und die PDS-Minister fest an seiner Seite. Daß solches Verhalten den Ruf als konsequente Antikriegspartei beschädigen muß, liegt auf der Hand. Er nahm inzwischen weiter Schaden durch die Haltung führender PDS-„Realos“, die - dem ND zufolge - den in Münster gefaßten Ablehnungsbeschluß zu UN-Militäreinsätzen „als eine Mischung aus Betriebsunfall, mangelnder Weitsicht und Profilierungssucht“ abzutun suchten. Am Vorabend des Cottbusser Parteitages erklärte Gabriele Zimmer im schroffen Gegensatz zur Beschlußlage ihrer eigenen Partei, man werde sich zu internationalen Militäreinsätzen mit deutscher Beteiligung pragmatisch verhalten. Es könne „Situationen geben, in denen bedrohte Völker um Hilfe rufen“, sodaß ihnen „im Rahmen der UNO geholfen werden“ müsse. Kosovo läßt grüßen und den Münsteraner Parteitag hat es nie gegeben ... Innenpolitisch führen die zur Partnerschaft mit der SPD drängenden Kräfte gerne die Schweriner „rot-rote-Regierungskoalition“ als Vorzeigemodell ins Feld. Im Beschluß des 7. Parteitages heißt es sogar vollmundig, dank ihres Bestehens könne M-V „als einziges ostdeutsches Bundesland auf Ansätze einer neuen Politik verweisen“.

Lassen wir die Tatsachen sprechen. Der PDS-Landesvorsitzende und Vizepremier Holter, als Arbeitsminister für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuständig, spart nicht mit Eigenlob. Stolz verweist er auf den von ihm favorisierten „öffentlichen Beschäftigungssektor“. Der habe, so sein Erfinder, 500 Arbeitsplätzen in Rostock inzwischen weitere 250 hinzugefügt. „Das muß man erst mal schaffen“, sagt Holter, ohne sich an der Arbeitslosenzahl des Landes zu stoßen, die bei 156 000 liegt! Noch weniger nachvollziehbar wird die von ihm zur Schau getragene Euphorie über „neue Politikansätze“ angesichts

der Tatsache, daß im September 2000 mit der Zahl von 16 312 arbeitslosen Jugendlichen zwischen 20 und 25 Jahren das Land trotz „erfolgreichen SPD/PDS-Regierens“ auf Rekordstand kletterte. Auch das von Holter kreierte Arbeitsbeschaffungsprogramm „Jugend baut“ blieb bislang eher ein Flop. Nicht anders erging es seiner Veranstaltungsreihe „Idee sucht Kapital - Kapital sucht Arbeit“, die junge Leute zu „Existenzgründungen“ animieren soll. Die Banken zeigten sich recht kreditunwillig. Wem außerdem - wie den Regierenden in M-V - jährlich 3 500 bis 4 000 junge Fachleute wegen mangelnder Berufsperspektiven davonlaufen, hat wenig Grund, mit „neuen Politikansätzen“ zu prahlen. Dem von der hiesigen bürgerlichen Presse bespöttelten „Unternehmer-Genossen“ Holter blieb es überdies vorbehalten, ein besonderes Beispiel von PDS-reformerischer Anpassungsfähigkeit zu liefern, indem er die Schröder-Eichelsche Steuerreform in den sicheren Hafen zu manövrieren half. Aber Bundestagsfraktionschef Claus verkündete in Cottbus forsch: „Die PDS ist nicht die Westentaschenreserve des Kanzlers, die er bei Belieben ziehen kann“.

Vom 7. PDS-Parteitag bekam Holter - der entschiedenste Vorkämpfer für eine Regierungsbeteiligung ohne Wenn und Aber - immerhin eine Quittung. Diesem Mann, der als verständnisvoller Förderer kapitalistischer Betriebsführer das „DDR-Klischee vom Mann mit der dicken Zigarre“ dümmlich attackierte und die „Rückkehr“ adliger Großagrarien in die vom Volkseigentum „befreite“ alte Heimat als einen „Schritt zur Rettung der Kulturlandschaft im Nordosten“ feierte - verhalfen nur 60,4 % der Delegierten zu einem Sitz im Bundesvorstand der PDS.

Über die Wahl Holters dürfte sich indes nicht nur Ministerpräsident Ringstorff gefreut haben, der schon vor Jahren entdeckte, daß sein heutiger Stellvertreter ein „lupenreiner Sozialdemokrat“ sei. Auch andere SPD-Prominenz signalisierten Wohlgefallen über Verlauf und Ergebnisse des 7. Parteitages. Die ehemalige Juso-Chefin Andrea Nahles, die im Vorstand der SPD den „linken Parteiflügel“ vertritt, ließ sich sogar zu der Erklärung hinreißen: „Da die PDS fundamental-ideologische Unterschiede zur SPD kaum noch begründen kann, sehe ich keine grundsätzlichen Argumente, die gegen einen Zusammenschluß sprechen“. PDS-Presse Sprecher Hanno Harnisch kommentierte, man wolle nichts überstürzen. In zehn oder zwanzig Jahren könne eine solche Fusion durchaus Thema sein. Wie man sieht, ist die Sozialdemokratisierung der PDS keine Erfindung der Kommunisten. Vielen PDS-Genossen ist der Gedanke sicher ein Alptraum, daß es eines Tages heißen könnte: Vorwärts zur Sozialdemokratischen Einheitspartei Deutschlands!

Wolfgang Clausner

Vor 80 Jahren wurde die KP Australiens gegründet

Partei des Klassenkampfes

In diesen Wochen begingen die Marxisten-Leninisten des 5. Kontinents den 80. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Australiens. Die Erfahrungen des 1. Weltkrieges, vor allem aber die Oktoberrevolution lagen der Formierung dieser ersten australischen Partei, die sich auf den Marxismus stützte, zugrunde. Die moderne Arbeiterklasse des Landes war zu diesem Zeitpunkt noch sehr jung. Sie bildete sich erst mit dem Entstehen einer eigenständigen Stahlindustrie im Jahre 1912 heraus. Vorläufer der KPA waren Organisationen, die sich von Vorstellungen des Utopischen Sozialismus leiten ließen und keine weitergehenden programmatischen Konzepte anzubieten hatten, auch wenn sie dazu beitrugen, den Klassencharakter der australischen Gesellschaft zu verdeutlichen. Um 1920 fanden die Schriften von Marx, Engels und Lenin, die den Wissenschaftlichen Sozialismus transportierten, erstmals auch auf dem Kontinent Verbreitung. Sie ermöglichten es, den reformistischen und kompromißlerischen Charakter der Politik der sozialdemokratischen Labor Party zu durchleuchten. Zugleich halfen sie, revolutionaristische und ultralinke Ideen, wie sie damals von den Industrial Workers of the World (IWW) vertreten wurden, zurückzuweisen. Diese durchaus fortschrittliche Organisation hatte ihren Schwerpunkt vor allem in den USA, besaß aber auch in Australien Einfluß. Die KPA erlebte in ihrer wechselvollen Geschichte Aufstieg und Niedergang. Sie überstand Krisen und Spaltungen. Sie war Haß und Verfolgung ausgesetzt. Sie erlangte hohes Ansehen in der Gewerkschaftsbewegung und trug zum Erfolg großer Streiks bei. Sie erwies sich als eine klassenkämpferische revolutionäre Partei, die letztlich alle Versuche abwehrte, den Marxismus-Leninismus zu diskreditieren und aus ihren Reihen zu verbannen. Sie überstand auch die schwere Belastungsprobe, die mit der Niederlage des Sozialismus in Europa und dem Ende der Sowjetunion verbunden war.

In einem Leitartikel schrieb der in Sidney erscheinende „The Guardian“ am 8. November 2000:

„... Marxistische und leninistische Ideen bleiben wahr. Sie sind der einzige verlässliche Wegweiser zu einer besseren Gesellschaftsordnung... Wir bekräftigen die Feststellung des Manifests an die Arbeiter Australiens, das kurz nach der Gründung der KPA am 30. Oktober 1920 veröffentlicht wurde: {Das kapitalistische System der Produktion und Verteilung hat sich überlebt, es ist unbrauchbar, reaktionär und zerstörerisch ...}“

R. F.

Wie ein PDS-Genosse die Lage nach dem Cottbusser Parteitag beurteilt

Noch bedenklicher

Gegenwärtig wird in unseren PDS-Versammlungen vor allem der Cottbusser Parteitag besprochen. Viele Genossen heben die Unterschiede zu Münster hervor. Ja, diesmal konnte nicht passieren, was den Vorstand damals so arg verdroß; daß nämlich die Delegierten in einer prinzipiellen Frage etwas anderes beschlossen, als er wollte. Dazu waren sie für Cottbus zu „verantwortungsbewußt ausgewählt“ worden. 60 % von ihnen hatten - folgt man dem Bericht der Mandatsprüfungskommission - in Münster noch nicht teilgenommen. Auch die Regie stimmte: In der auf gut zwei Stunden begrenzten Generaldebatte kamen vor allem Befürworter des Leitantrags zu Wort. Eine Abstimmung über die etwa 60 Einzelanträge gab es nicht, sie wurden in 6 „Blöcken“ behandelt.

Kommen wir zum Inhalt. Kern des Beschlusses, wie ich ihn verstehe, ist das angestrebte „Mitte-Links-Bündnis“ und dessen Quintessenz: die ersehnte Koalition mit der SPD auf Bundesebene, die jedoch (leider?) 2002 noch nicht möglich sein dürfte. Nun kann ein Kommunist nicht reinen Herzens gegen ein Bündnis mit sozialdemokratischen Genossen sein. Die Frage ist nur: Wäre es denn ein Bündnis mit ihnen, ehrlichen SPD-Mitgliedern und deren Sympathisanten? Und: Herauskommen muß doch aus einem Zusammengehen mehr, als daß sich PDS-Genossen für die Politik der gegenwärtigen SPD-Führung verschleißen!

Was hat denn z. B. das Koalieren in Mecklenburg-Vorpommern bisher gebracht? Die Arbeitsgruppe, die zum Landesparteitag Ende November in Greifswald die Halbzeit-Bilanz des „Mitregierens“ vorlegte, urteilte, einen Politik-Wechsel habe es nicht gegeben. Der Trend steigender Arbeitslosigkeit konnte nicht umgekehrt werden. Zurecht wies Sahra Wagenknecht darauf hin, daß 1 000 neugeschaffenen Arbeitsplätzen im „staatlichen Beschäftigungssektor“ Mecklenburg-Vorpommerns 45 000 in den nächsten Jahren zur Vernichtung vorgesehene Stellen im öffentlichen Dienst gegenüberstehen. Ist es ein Zufall, daß gerade der Schweriner PDS-Minister Holter fordert, den Begriff „Systemopposition“ aufzugeben? Zynisch meint er: „Es reicht nicht mehr zu behaupten, daß die Armen reicher werden, wenn die Reichen ärmer sind“.

Auch der Steuerreform der BRD-Regierung hat die PDS von M-V zugestimmt, obwohl sich allein durch die Senkung des Spitzensteuersatzes und die Minderbesteuerung von Veräußerungsgewinnen und Dividenden die Staatsverschuldung und damit die Zinsleistung des Staates an die Banken enorm erhöhen wird. Wieso erfolgt eigentlich keine Besteuerung der Börsenspekulationen, wenn man Geld braucht? Und: Warum schant man, wenn die Gläubiger des Staates zu-

gleich seine Steuerflüchtigen sind, den Banken und großen Konzernen noch mehr Geld zu? Wieso werden aus Steuergeldern Fördermittel und aus Fördermitteln Unternehmensprofite, nur keine Arbeitsplätze? Was sagt PDS-Vorstandsmitglied Holter dazu?

Oder: Ist etwa der Angriff auf das gesetzliche Rentensystem gestoppt, das die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie dem Staat schon unter Bismarck abgetrotzt hatte? Etwa mit der Losung des neuen PDS-Fraktionsvorsitzenden Roland Claus „Internet muß auch Altersnetz werden - alle Altersheime ans Netz“, mit seiner „Lust auf Veränderung“ und, wie er es zärtlich nannte, der „Erotik des Erfolges“?

Ernsthaft: Wieso ist es möglich, daß unter der SPD-geführten Regierung Unsummen für die Umrüstung der Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionstruppe ausgegeben und damit den Waffenlieferanten noch größere Extraprofite zugeschanzt werden? Und: Kann all das etwa durch Koalieren, durch Eintritt der PDS in eine SPD-Regierung gestoppt werden?

Der Preis für jegliche Beteiligung an einem solchen Kabinett wäre im Vorhinein die bedingungslose Zustimmung zur NATO und zur europäischen Vorreiterrolle der BRD in ihr sowie der totale Verzicht auf jedes Infragestellen des als „Freiheitlich-Demokratische Grundordnung“ deklarierten imperialistischen Systems. Nur so kommt man in den „Geschäftsführenden Ausschuß“ des BRD-Monopolkapitals, denn etwas anderes ist diese Regierung nicht, auch wenn sie sich als „Rot (!)-Grün“ bezeichnen läßt.

Aber muß man nicht Kompromisse eingehen, wenn man in der Politik etwas erreichen will? Sicher. Nur muß man vorher wissen, was man will. Man muß den eigenen Standpunkt abstecken, damit man selbst Klarheit gewinnt, und damit auch der potentielle Bündnispartner erfährt, wie weit man zu gehen bereit ist. Sonst landet man, wie die geschichtliche Erfahrung mit dem „kleineren Übel“ zeigt, dort, wohin man selbst (vielleicht?) nicht wollte. Kompromisse um den Preis der Selbstaufgabe sind keine Kompromisse, sondern politischer Selbstmord.

Abermals wurde in Cottbus ein neues PDS-Parteiprogramm gefordert, ohne zu erklären, welche Passagen aus dem seit 1993 geltenden aufgrund welcher realen Entwicklungen veränderungsbedürftig wären. Soliegt der Verdacht nahe, daß es nur darum geht, unter dem Vorwand der Aktualisierung eine Richtungsänderung zu vollziehen - weiter nach rechts. Das entspräche den von der Programmkommission Ende 1999 veröffentlichten Thesen. Die beschlossenen „Grundlinien der Politik der PDS“ sind also nach Cottbus noch bedenklicher geworden.

Ernst Heinz

„Sowjetskaja Rossija“:

Fragen eines Gutgläubigen

Die meisten Rußländer sind doch ehemalige Sowjetmenschen, stimmt das? Warum gibt es dann so große Unterschiede zwischen den Rußländern und den Menschen der SU? Von welcher Ecke aus man die Dinge auch betrachtet, nichts ist gleich. Wie zwei Seiten einer Medaille: Die Sowjetischen sind eins, die Russischen etwas ganz anderes. Schauen Sie selber:

Die sowjetischen Menschen waren Genossen - die Rußländer sind Herren.

Die sowjetischen Menschen haben Werk-tätige zu Deputierten gewählt - die Rußländer stimmen für die Kapitalisten.

Die sowjetischen Menschen haben Probleme bewältigt - die Rußländer lösen Kreuz-worträtsel.

Die sowjetischen Menschen haben angeschraubt - die Rußländer schrauben ab.

Die sowjetischen Menschen wurden nicht müde, Wunder zu vollbringen - die Rußländer beginnen, an Wunder zu glauben.

Die sowjetischen Menschen bezahlten ihre Fahrt, selbst ohne Schaffner - die Rußländer fahren „schwarz“, auch wenn ein Schaffner dabei ist.

Die sowjetischen Menschen machten Touristenreisen - die Rußländer führen Shop-Tours durch.

Die sowjetischen Menschen halfen der ganzen Welt - die Rußländer betteln in der ganzen Welt.

Die sowjetischen Menschen haben Verräter gehaßt - die Rußländer stehen vor der Wlassow-Fahne stramm.

Und so sitze ich und überlege: Vielleicht sind Sowjetmenschen und Rußländer doch ganz unterschiedliche Menschen. Wo aber blieben dann die früheren Sowjetmenschen? Warum ist von ihnen nichts zu sehen oder zu hören? ...

Bemerkung: Früher gebräuchlich „Ruskije“ = die „Russen“; im heutigen „demokratischen“ Sprachgebrauch verwendet man das Wort „Rossijane“ = wörtlich: die „Rußländer“.

Übersetzung: Dr.-Ing. Peter Tichauer

Großes Interesse für Imperialismus-Konferenz

Die Zeitungen „Haló noviny“ (Tschechische Republik), „LALKA“ (Großbritannien) und „Proletären“ (Schweden) haben ausführlich über die gemeinsame Berliner Imperialismus-Konferenz von „offensiv“ und „RotFuchs“ berichtet.

PDS spekuliert auf eine Regierung der „linken Mitte“

Modenschau mit abgewetzten Kleidern

Der jüngste PDS-Parteitag hat für die Demokratischen Sozialisten einen neuen strategischen Slogan kreiert: Man will bei künftigen Wahlen mit dem Ziel antreten, sich an einer Regierung der „linken Mitte“ zu beteiligen. Was ist darunter zu verstehen?

Zunächst, es ist kein neuer, sondern ein uralter Hut, allenfalls mit neuer Krempe, auf den sich der nach Regierungsbeteiligung lechzende rechte PDS-Flügel da versteift hat. Die Modenschau findet mit abgewetzten Kleidern statt. Werfen wir zur Illustration einen Blick nach Italien. Zum einen, weil dort Regierungen der linken Mitte - als linkes Zentrum bezeichnet - in der Nachkriegsgeschichte am häufigsten praktiziert worden sind, zum anderen, weil die italienischen Exkommunisten und heutigen Linksdemokraten (DS) seit ihrer Umwandlung die privilegierte Schwesterpartei der PDS darstellen, in der diese ein besonders nachahmenswertes Vorbild erblickt.

Seit 1963 in Rom das erste linke Zentrums-kabinet (Centro sinistra) entstand, bildete die Sozialistische Partei (SP) den linken Koalitionspartner der Democrazia Cristiana (DC), der führenden Partei des italienischen Kapitals, und anderer kleinerer bürgerlicher Parteien, die sich als Zentrum bzw. Mitte ausgaben. Auch die Sozialdemokraten, die sich 1947 unter Saragat von der SP abgespalten hatten und schon zu dieser Zeit als eine rein bürgerliche Partei galten, gehörten den Koalitionskabinetten zeitweilig an. Ihrer Zusammensetzung nach waren diese Mitte-Links-Regierungen bis Anfang der 90er Jahre de facto große Koalitionen, in denen die Sozialisten mit Stimmenanteilen zwischen 9 und 14 und die Sozialdemokraten mit 3 bis 4 % immer in der Minderheit blieben. Sie dienten den Christdemokraten, die mit ihrer Politik einen Bankrott nach dem anderen erlitten, lediglich als Mehrheitsbeschaffer. Mit gelegentlichen Unterbrechungen durch rechte Kabinette ist diese Form der Exekutive bis in die Gegenwart eine maßgebliche Kreise des italienischen Imperialismus zufriedenstellende Lösung gewesen. Damit wären bereits der grundsätzliche politische Charakter solcher Regierungen und die Teilnahme von Sozialisten an ihnen als Klassen-zusammenarbeit mit dem Kapital hinreichend bestimmt. Zu ergänzen ist, daß die italienischen Sozialisten mit ihrem Eintritt in die bürgerlichen Kabinette fast immer die regierende großbourgeoise DC aus politischen Krisensituationen retteten, das imperialistische System stabilisierten und bestimmten Möglichkeiten der Bildung einer linken Regierung mit den Kommunisten, die bis in die 60er Jahre hinein bestanden, den Weg versperrten. Anfang der 90er Jahre brach Italiens altes Parteiensystem in einem ungeheuerlichen Korruptionssumpf zusammen, zerfielen die DC, die SP und alle übrigen bürgerlichen Parteien. An die Stelle der Sozialisten und Sozialdemokraten traten die Linksdemokraten der DS, die im Januar 1991 mit Zweidrittel-

mehrheit den bereits Jahre vor der Niederlage des Sozialismus in Europa begonnenen Prozeß der Umwandlung der einstigen IKP in eine sozialdemokratische Partei abzuschließen vermochten. Hatte die DS-Führung bei dieser Transformation zur Irreführung der Parteibasis zunächst noch heuchlerisch die revolutionären Traditionen unter Gramsci beschworen, so begab sie sich schon bald ins Fahrwasser altbekannter sozialdemokratischer Politik, die eine Verweigerung der Zusammenarbeit mit der neugegründeten KP (Rifondazione Comunista/PRC) einschloß. Das begünstigte 1994 einen Wahlsieg der von dem Großkapitalisten Berlusconi geführten rechtsextremen Koalition und die darauffolgende Bildung eines Kabinetts aus seiner autoritären Forza-Partei, den AN-Faschisten und den Rassisten der Lega Nord.

Nach dem Sturz dieser Regierung gelang es 1996 mit aktiver Unterstützung der PRC (8,6 %), die profaschistische Rechte zu schlagen und wieder eine linke Zentrumsregierung zu installieren. Die Chance einer sozialen und demokratischen Wende, wie sie die PRC forderte, wurde von den Linksdemokraten jedoch gründlich vertan. Nach 4 Jahren steht die DS-Führung vor dem Scherbenhaufen dieser Neuauflage einer Mitte-Links-Regierung. Inzwischen verzichtet die DS als derzeit nach den Wahlergebnissen stärkste Partei des linken Zentrums darauf, den Premierskandidaten zu stellen. Sie läßt der Demokratischen Partei des EU-Kommissionspräsidenten Roman Prodi, die zu den bevorstehenden Parlamentswahlen den Exgrünen und gegenwärtigen Bürgermeister von Rom, Francesco Rutelli, nominierte, den Vortritt. Bleibt anzumerken, daß die jahrzehntelange Teilnahme der klassischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien als auch der in Gestalt der Linkspartei zur Sozialdemokratie mutierten Exkommunisten an bürgerlichen Regierungen der linken Mitte nichts, aber auch gar nichts am kapitalistischen System geändert hat. Die DS-Führung beteiligte sich am Sozial- und Demokratieabbau, stimmte für Maßnahmen zur Einführung eines Präsidialregimes, leistete der rechtsextremen Gefahr Vorschub, trug die Wiederaufnahme der alten Expansionsziele des italienischen Imperialismus mit und stieg durch ihre Teilnahme an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien zur Kriegspartei ab.

Das ist der Kurs, den die PDS mit ihrem Ziel, künftig in eine Regierung der „linken Mitte“ einzutreten, verfolgen will. Am Klassencharakter einer solchen Regierung änderte sich auch dadurch nichts, daß die SPD in einem solchen Kabinet als „Mitte“ den Platz einer klassischen bürgerlichen Partei einnehmen würde (den sie ohnehin bereits innehat), während sich die PDS mit dem Feigenblatt der „Linken“ schmücken könnte. Der Eintrittspreis steht in jedem Falle fest. Er heißt Bekenntnis zur NATO und rückhaltlose Bejahung des als freiheitlich-demokratische Grundordnung verkauften kapitalistischen Systems.

Gerhard Feldbauer

Marx, Engels und die Dritte Welt (II)

Für Marx und Engels war die Frage nach dem Menschheitsfortschritt ein grundlegendes Kriterium zur Beurteilung der Tätigkeit historischer Akteure. Sie untersuchten stets deren Beitrag dazu. Die Herausbildung der kapitalistischen Gesellschaftsformation im 18. und 19. Jahrhundert war die in dieser Zeit höchstmögliche Form des gesellschaftlichen Fortschritts. Er diene zunächst einer Klasse, der Bourgeoisie, verschiedenen Individuen dieser Klasse und einzelnen Nationen auf Kosten der Mehrheit der Weltbevölkerung. Die Völker Asiens und Lateinamerikas spielten in diesem internationalen Entwicklungsprozeß zwar eine konstituierende Rolle, waren aber von dessen Früchten ausgeschlossen. Einerseits voll integriert in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß, wurden sie andererseits Objekt barbarischer Kolonialpolitik, der Ausrottung, Stagnation und Zerstörung ihrer Lebensmittel- und Produktionsgrundlagen ausgeliefert. Vor allem die Vernichtung der Subsistenzwirtschaft - ein Vorgang, der auch heute noch in Teilen Afrikas und Ozeaniens stattfindet -, um freie Lohnarbeiter und Absatzmärkte zu erhalten, führte zum Verhungern ganzer Stämme. Marx meinte, daß diese Seite der Kolonialpolitik zur Gefährdung des Menschheitsfortschritts führe, auch in den Metropolen selbst. „Die Frage ist, ob die Menschheit ihre Bestimmung erfüllen kann ohne radikale Revolutionierung der sozialen Verhältnisse in Asien.“ (MEW 9/133) Dieser Satz bezog sich nicht nur auf Asien, sondern auch auf die von den Kolonialmächten beherrschten indigenen Völker. Unter radikaler Revolutionierung verstand er die kapitalistische Umgestaltung dieser Länder. In politischer Hinsicht nahmen Marx und Engels die „revolutionäre Demokratie“ als Kriterium für die Beurteilung sozialer Bewegungen jener Regionen. So betrachtet Engels denn auch die Lösung der „türkischen Frage“ - Mitte des 19. Jahrhunderts - als ein brisantes, den europäischen Frieden gefährdendes Problem. Er hatte dabei vor allem die Beseitigung der feudalen Gesellschaftsordnung in der Türkei im Auge. Sie bleibe „der europäischen Revolution“ vorbehalten, wobei die „Vorposten der nächsten Revolution ... Petersburg und Konstantinopel“ sein müßten. (MEW 9/33) Es ist interessant, daß Engels 1853 die „Vorposten“ der Revolution nicht in West- und Mitteleuropa, sondern außerhalb, in Rußland und in der Türkei vermutete. Bereits in ihren Frühschriften erkannten Marx und Engels die Herausbildung der wechselseitigen Abhängigkeit der Nationen. Die geografischen Entdeckungen führten zur Entstehung des Weltmarktes. Die große Industrie erzeugte erst die Weltgeschichte, „als sie jede zivilisierte Nation und jedes

Individuum darin in der Befriedigung seiner Bedürfnisse von der ganzen Welt abhängig machte und die bisherige naturwüchsige Ausschließlichkeit einzelner Nationen vernichtete.“ (MEW 3/60) Im Kommunistischen Manifest präzisieren sie diese Gedanken, fügten aber neue Akzente hinzu: „Mit der Entwicklung der Bourgeoisie und dem Weltmarkt verschwinden die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker mehr und mehr, die die Herrschaft des Proletariats noch mehr verschwinden machen wird.“ (MEW 4/479) Mit diesem Satz wurde erstmals programmatisch die Rolle der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei in der Emanzipation auch der Kolonialvölker angedeutet.

Wenn der Kapitalismus nur als Weltsystem entstehen konnte und die Kolonialvölker, deren Ausbeutung „Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation“ darstellten, als besonderen Teil darin integrierte, „dann mußten sich die großen bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts auch auf diese auswirken“. Und das war der Fall. So löste die Große Französische Revolution die Unabhängigkeitsrevolution auf Haiti aus.

Unter Führung des legendären Toussaint L' Ouverture gelang es den Aufständischen, 1804 die erste unabhängige Republik von Schwarzen in der Weltgeschichte zu errichten. Das wechselseitige Abhängigkeitsverhältnis zwischen Kolonialmacht und Kolonien/Halbkolonien demonstrierte Marx an den Auswirkungen der Taiping-Revolution in China (1851) auf die englische Industrie. Die gewaltsame Öffnung des chinesischen Marktes im Opiumkrieg (1840/42) brachte diese in Abhängigkeit von dessen Aufnahmefähigkeit. Die Revolution engte den Markt des fernöstlichen Reiches für den britischen Export drastisch ein, was Marx zu der Annahme veranlaßte, daß dadurch der Ausbruch einer Krise beschleunigt werden dürfte. Die chinesische Revolution könne „den Funken in das übervolle Pulverfaß des gegenwärtigen industriellen Systems schleudern und die seit langem heranreifende allgemeine Krise zum Ausbruch bringen ...“, der dann beim Übergreifen auf das Ausland politische Revolutionen auf dem Kontinent unmittelbar folgen werden. Es wäre ein merkwürdiges Schauspiel, wenn China Unruhe in die westliche Welt brächte, während die Westmächte auf englischen, französischen und amerikanischen Kriegsschiffen 'Ruhe und Ordnung' nach Schanghai, Nanking und den Mündungen des großen Kanals befördern.“ (MEW 9/100) Wenn der konkrete Geschichtsverlauf im Einzelnen auch anders war - die Rückwirkungen politischer Ereignisse in den Kolonien und Halbkolonien

auf die Metropolen hatte Marx durchaus richtig erkannt. Die internationalen ökonomischen Beziehungen, einschließlich derer zwischen Kolonien und Mutterländern wie auch zwischen den kolonialen und abhängigen Ländern selbst, Handel und Schifffahrt haben die Interdependenz bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts wesentlich verstärkt.

Bezüglich des Kolonialsystems in seiner Gesamtheit unterschieden Marx und Engels zwischen einer destruktiven und einer konstruktiven Funktion, die in den einzelnen Regionen unterschiedlich ausgeprägt waren. In Gebieten, in denen die Bevölkerung dezimiert und ausgerottet wurde, sahen sie nur das destruktive Element. Eine konstruktive Seite des Kolonialismus erkannte Marx z. B. in der Einführung des Schienenverkehrs in Indien. Eisenbahn - Maschinerie - moderne Großproduktion schufen auch den modernen Lohnarbeiter.

Allerdings zieht die Entwicklung neuer Produktivkräfte nicht automatisch die Befreiung eines Volkes vom Kolonialjoch nach sich. Für die Emanzipation der Inder sah Marx nur zwei Möglichkeiten: entweder Verdrängung der in Großbritannien herrschenden Klasse durch das Industrieproletariat von der Macht oder eine Situation, in der das indische Volk selbst stark genug wird, um die englische Knechtschaft zu brechen. (MEW 9/224) Ähnlich blickte auch Engels 30 Jahre später auf die Entwicklung in anderen Kolonien: entweder Befreiung durch proletarische Revolutionen in Europa oder eigene Revolutionen zur Selbstbefreiung, die er damals im Falle Indiens, Algeriens und Ägyptens für „sehr wahrscheinlich“ hielt. (MEW 35/357) Der Zusammenhang zwischen nationalen Befreiungsrevolutionen und dem Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse in den Metropolen war für die beiden Klassiker Mitte des 19. Jahrhunderts bereits klar, ohne daß sie ein Junktum zwischen beiden konstruierten.

-(Fortsetzung im Januar-„RotFuchs“)

Ulrich Huar



Wir trauern um unsere treue Leserin

Irma Gabel-Thälmann -

Kommunistin, Internationalistin und Patriotin der DDR, die das Vermächtnis ihres Vaters allzeit in Ehren hielt. Am 9. Dezember 2000 ist sie verstorben.

Imperialisten schleudern Blitz und Donner gegen Lukaschenko

Gefahr für Belorußland

Von der USA-Administration und dem Kongreß der Vereinigten Staaten werden Blitz und Donner gegen den Präsidenten Belorußlands geschleudert; man bezichtigt ihn aller Todsünden gegen die Demokratie.

A. G. Lukaschenko hat sein Parlament indes nicht aus Panzerkanonen zusammenschießen lassen, wie es Jelzin tat. Er hat keine Kriegsveteranen niederknüppeln lassen, wie Jelzin und der Moskauer Bürgermeister Lushkow am 23. Februar 1992. Er bewaffnete auch nicht einen gewissen Dudajew, damit dieser den Obersten Sowjet der Tschetschenischen Republik auseinanderjagen konnte. Und er, Lukaschenko, hat auch nicht Städte des eigenen Landes mit Bombenteppichen belegen lassen wie Jelzin und Co.

Was stört die USA und ihre Satelliten in Westeuropa also an Lukaschenko? Warum hassen ihn die internationalen Terroristen in den imperialistischen Metropolen so?

Erstens: Weil Belorußland (nach der Zerschlagung des freien Jugoslawien) der einzige vom Diktat der USA, der NATO und des IWF unabhängige Staat in Europa ist, der eine von diesen Monstern nicht bestimmte Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik durchsetzt.

Zweitens: Weil Belorußland im Unterschied zu anderen Staaten und ehemaligen Republiken der UdSSR nicht in eine sklavische Abhängigkeit zu USA und IWF geraten ist und weil der Präsident dieses Landes nicht wie Jelzin, Kutschma, Putin und andere vor dem Westen mit ausgestreckter Hand und auf Knien um Almosen bittet.

Drittens: Weil Belorußland seine Lebensmittellunabhängigkeit nicht wie Rußland eingeübt hat; das Land versorgt nicht nur sich selbst, sondern liefert auch noch Lebensmittel nach Rußland. Das kommt bekanntlich dadurch, daß Lukaschenko nicht erlaubte, die Kolchosen und Staatsgüter wie bei Jelzin und Gaidar zu verwüsten. Alle Äcker in Belorußland sind bestellt, die Ernte wird eingefahren, während auf Rußlands Feldern Unkraut und Gestrüpp wuchern.

Viertens: Weil Belorußland bereits im Jahre 2000 das Niveau des Bruttosozialprodukts von 1990 wieder erreichte; Rußland, kann, mit Gottes Hilfe, damit erst in rund 30 Jahren rechnen. Lukaschenko hat Typen wie Tschubais, die es in Belorußland auch gibt, nicht gestattet, die strategischen Objekte des Volkseigentums zu privatisieren. Was aber das Wichtigste ist: die Geburtenrate in Belorußland ist höher als die Sterberate; andererseits brachte Jelzin - das Lieblingskind des Westens - Rußland zum langsamen Aussterben.

Besonders der dritte und der vierte Grund sind ein ständiger Vorwurf an alle Fürstlein und Khane in der GUS.

Fünftens: Weil Lukaschenko im Unterschied zu Jelzin, Kutschma, Putin und anderen wirklich bestrebt ist, die Union mit Rußland zustande zu bringen. Er ist ein überzeugter Vorkämpfer der slawischen Völkervereinigung.

I. Rasgonow, „Sowjetskaja Rossija“

Übersetzung: Dr.-Ing. Peter Tichauer

Zum Clinton-Besuch in Vietnam

Amerikas „Helden“

USA-Präsident Clinton ist in Hanoi gewesen. Er ist der einzige Spitzenpolitiker der Vereinigten Staaten, der das moralische Recht zu einer solchen Reise besaß. In den Jahren der USA-Aggression hatte er sich dem Einberufungsbefehl durch ein Auslandsstudium zu entziehen gewußt. Dadurch wurde er zwar noch kein Friedensheld, zu dem ihn einige nachträglich ernannten, blieb aber persönlich unbelastet.

An Clintons Besuch in Vietnam zeigten sich beide Seiten - vor allem auch aus wirtschaftlichen Gründen - interessiert. Er stärkte das Prestige des sich rasch entwickelnden sozialistischen Staates in Südostasien und diente dem Ziel, die bilateralen Beziehungen auf ein höheres Niveau zu heben. Im Lager der USA nährte er nicht zuletzt auch die Hoffnung auf einen „Wandel durch Annäherung“, wie diese Spielart konterrevolutionärer Unterwanderung des Sozialismus seit Jahrzehnten genannt wird.

Während in Hanoi offiziell Zufriedenheit mit dem Verlauf der Visite bekundet wurde, hat Clinton den Vietnamesen viel zugemutet. Er verweigerte jegliche Kompensation für die Millionen Opfer und Erbgeschädigten des Entlaubungsgiftes „Agent Orange“, das die USA-Streitkräfte gegen die Befreiungsbewegung und Zivilisten im Süden gnadenlos einsetzten. In den Vereinigten Staaten haben durch die Chemikalie betroffene „Vietnam-Veteranen“ der U.S. Army hingegen eine Entschädigung erhalten.

Die Überführung der sterblichen Überreste zweier abgeschossener Bomberpiloten geriet zu einer pseudopatriotischen Glamour-Show. Die Hand auf dem Herzen, gelobte Clinton vor den Hangars des Hanoier Flughafens, Amerika werde nicht eher ruhen, bis auch der letzte seiner noch verschollenen

1 500 „Helden“ heimgeholt worden sei. Ja, er wagte es, die Killer in den Kanzeln ausgerechnet auf dem Boden des überfallenen und noch heute kraterübersäten Landes in den Rang heroischer Kämpfer für eine gute Sache zu erheben. Wie er es auch bei einer anderen befremdlichen Zeremonie auf einem Reisfeld unweit der Hauptstadt tat, wo einheimische Bauern derzeit nach dem Skelett eines in dieser Gegend vom Himmel geholten Air-Force-Terroristen suchen müssen. Solche Grabungsarbeiten gestattet zu haben, ist ein großzügiges Entgegenkommen der Regierung der SRV, auch wenn dafür in barer Münze gezahlt wird. Immerhin gilt es zu bedenken, daß die Todesorte von mehr als 200 000 der während des Befreiungskrieges ums Leben gekommenen 3 Millionen Vietnamesen bisher noch nicht aufgefunden worden sind.

Auf die überstürzte Hubschrauberflucht der letzten USA-Okkupanten, die Ende April 1975 vom Dach der amerikanischen Botschaft in Saigon ihren panischen Rückzug antraten, ist nun - ein Vierteljahrhundert später - der erste offizielle Besuch eines Präsidenten der Vereinigten Staaten in Hanoi gefolgt. Ein Schritt der Normalisierung. Allerdings - man hatte wenigstens mit einer Geste der Entschuldigung für all das Leid gerechnet, das Amerikas „Helden“ dem heldenhaften Volk Vietnams zugefügt haben.

R. F.

АМЕРИКАНСКИЙ АППЕТИТ

Amerikanischer Appetit



Aus „Sowjetskaja Rossija“

Плакаты Геннадия КОМОЛЬЦЕВА.

Truman wollte sogar Atomwaffen gegen Nordkorea einsetzen

Die Pestflöhe des Generals Ridgeway

Unlängst strahlte die Munhwa Broadcasting Corporation (MBC) - ein südkoreanischer Rundfunk- und Fernsehsender - erstmals einen Dokumentarfilm aus, der den amerikanischen Einsatz von biologischen Kampfmitteln gegen Nordkorea belegt. Die Entscheidung, mit diesem Material an die Öffentlichkeit zu gehen, zeugte - selbst unter den Bedingungen des eingetretenen „Tautwetters“ - von großem Mut der Redakteure und verantwortlichen Produzenten, verstieß doch der Streifen gegen Südkoreas „Nationales Sicherheitsgesetz“. Es stellt jede „Hilfe für den Feind“ unter strenge Strafen. Am 15. Juli 2000 schrieb der Journalist Lee Wha Rang einen bemerkenswerten Beitrag. Darin stellte er fest, daß der im Juni 1950 begonnene Aggressionskrieg der USA (er wurde unter der Flagge der UNO geführt) im Jahre 1951 in eine Sackgasse geraten sei. Dank der Hilfe Chinas und der Sowjetunion für Nordkorea hätten die USA ihre Luftüberlegenheit verloren. Zur gleichen Zeit sei von Senator McCarthy und anderen ein Szenario entworfen worden, demzufolge „gelbe mongolische Horden in Richtung auf das amerikanische Vaterland marschierten“. Die „gelben Roten“ müßten „um jeden Preis“ gestoppt werden. USA-Präsident Harry Truman habe das Pentagon autorisiert, gegen Nordkorea, dem Millionen chinesischer Volksfreiwilliger zu Hilfe geeilt waren, und die Volksrepublik China chemische, biologische und nukleare Waffen einzusetzen. Der Einspruch Großbritanniens und anderer „alliierten Nationen“, die eine entsprechende sowjetische Antwort befürchteten hätten, habe Truman jedoch dazu bewogen, auf einen Atombombeneinsatz zu verzichten. An seine Stelle sei der massive Rückgriff auf chemische Kampfstoffe getreten. Die U. S. Air Force habe Millionen Gallonen Napalm über Nordkorea versprüht. Durch die Verbrennung des Sauerstoffs sei der Erstickungstod aller Lebewesen im Einsatzgebiet herbeigeführt worden. In einer unlängst erschienenen Studie („Die Vereinigten Staaten und die Biologische Kriegsführung: Geheimnisse aus dem frühen Kalten Krieg und Korea“) haben zwei prominente amerikanische Historiker, Stephen Endicott und Edward Hagerman, den detaillierten Nachweis erbracht, daß Washington in Korea systematisch Bakterien eingesetzt hat. Die beiden Wissenschaftler antworteten damit auf eine neue Welle von Behauptungen, die Verwendung biologischer Kampfstoffe sei eine „plumpe Erfindung der Roten“. Endicott und Hagerman haben zwanzig Jahre lang einschlägige Dokumente aus Quellen der USA, Chinas und Nordkoreas gesichtet. Sie interviewten zahlreiche Betroffene und Beteiligte beider Seiten.

Für die Vereinigten Staaten ist der Bakterienkrieg keineswegs Neuland. Nachdem zunächst die britische Armee 1767 biologische Massenvernichtungsmittel gegen indianische Stämme, denen man pockenverseuchte Decken „schenkte“, eingesetzt hatten, dezimierte die U. S. Kavallerie Jahrzehnte später die Ureinwohner des Landes auf die gleiche Weise. In den 30er Jahren dieses Jahrhunderts wurde in Camp Detrick das erste Versuchslabor der USA für bakteriologische Kampfmittel eingerichtet. Ab 1945 nutzten die Amerikaner Japans entsprechende Erfahrungen. Unter der Führung von General Ishii hatte Tokios Armee 1937 in der Mandschurei ein unter der Code-Bezeichnung „731“ laufendes Ausrottungsprogramm gegen die chinesische Zivilbevölkerung verwirklicht. Unmittelbar nach der Kapitulation begaben sich von Oberst Sanders geleitete Offiziere nach Japan, um die „731“-Verantwortlichen ausfindig zu machen und gegen hohe Vergütung unter Vertrag zu nehmen. Im Rahmen von „731“ war vor allem das tödliche Anthrax entwickelt worden, mit dem Fliegen, Flöhe und andere Lebewesen als Überträger verseucht wurden. Man zielte besonders auf die Übertragung durch Ratten, indem man Getreide mit den Bakterien infizierte. Im Koreakrieg haben die Vereinigten Staaten das gesamte Programm der japanischen Sondereinheit „731“ nachvollzogen. Am Ende ihrer Kampfverbände flogen Maschinen, die Bakterienbomben über dem angegriffenen Gebiet abwarfen, um Retter und Überlebende zu treffen. Als Nordkorea im Dezember 1950 erstmals bekanntgab, der Gegner habe völkerrechtlich geächtete biologische Waffen eingesetzt, ordnete das Pentagon pro forma eine Untersuchung an, bei der die befragten Offiziere der U. S. Air Force jeglichen Einsatz von biologischen Kampfstoffen in Abrede stellten. So lieferte Oberst William G. Moore, Kommandeur des 3. Bombergeschwaders, z. B. eine eidesstattliche Erklärung, seine Maschinen hätten lediglich Flugblätter im Rahmen der psychologischen Kriegsführung abgeworfen. Diese „Flugblätter“ waren in Wirklichkeit Bakterienbomben, für die der Code # 8281 galt. Mindestens 36 in Gefangenschaft geratene USA-Piloten gaben den Abwurf von B-Bomben über Nordkorea und China zu. Unter ihnen befanden sich die Obersten Frank H. Schwable, Walker F. Mahurin und Andrew J. Evans. Diese Offiziere wurden 1953 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und widerriefen ihre Geständnisse, die detaillierte Angaben über die Kommandostruktur der B-Kriegsführung und verschiedene Typen eingesetzter B-Waffen enthalten hatten, nachdem ihnen ein Kriegsverfahren angedroht

worden war. Im Oktober 1951 übermittelte der Chef des amerikanischen Generalstabs einen geheimen Befehl an den kommandierenden General Ridgeway in Korea, ein begrenztes B-Kriegsprogramm zu experimentellen Zwecken zu beginnen. Eine andere Direktive des Generalstabs (# 1837/29) vom 25. Februar 1952 autorisierte die „Felderprobung in größerem Umfang“. Das Ganze lief unter der Bezeichnung „Take off“. Der Befehl wurde durch eine Gruppe von Offizieren nach Tokio überbracht und dort mündlich übermittelt, um jegliche Archivierung zu vermeiden. Die amerikanischen Piloten wies man auf den „Top-Secret“-Charakter ihrer Einsätze hin, wobei im Fall der Preisgabe des Geheimnisses die Todesstrafe durch das Kriegsgericht angedroht wurde.

All diese Verbrechen - laut „Washington Post“ vom 13. Juni 2000 waren 2,5 der 5 Millionen Opfer des dreijährigen Koreakrieges Zivilisten - werden jetzt von einer Korea Truth Commission untersucht. Ihr gehören Vertreter aus Nord- und Südkorea, den USA, Kanada, Japan, Westeuropa und China an. Sie wird am 23. Juni 2001 in New York ein Internationales Tribunal über die Untaten der USA-Imperialisten in Korea abhalten und weitere Schritte auf internationaler Ebene einleiten.

R. F.

(gestützt auf einen Bericht des südkoreanischen Journalisten Lee Wha Rang)

Große konstruktive Aussprache der „RotFuchs“-Leser mit ihrer Redaktion

Wir laden schon jetzt für Sonnabend, den 10. Februar 2001, 10.30 Uhr, zu einer

zentralen Leserkonferenz

in den Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Berliner Franz-Mehring-Platz ein.

Tagesordnung:

1. Bericht des Genossen **Kurt Andriä**: Drei Jahre „RotFuchs“ - eine Bilanz
 2. Referat des Genossen **Dr. Klaus Steiniger**: Was wir wollen
 3. Diskussion
- Voraussichtliches Ende: 16.30 Uhr
Kleiner Imbiß möglich

Zum 22. Parteitag der KP Japans in Atami

Ruck nach rechts

Vom 20.-24. November 2000 hat die KP Japans ihren 22. Parteitag abgehalten. Bei ihr handelte es sich um die größte und am strafftesten organisierte Linkspartei der entwickelten kapitalistischen Länder. Sie zählt 386 000 Mitglieder. Bei allgemeinen Wahlen erhält sie zwischen 11 und 15 % der Stimmen. Die Wochenendausgabe ihrer Zeitung, „Akahata“ (Rote Fahne) erreicht fast 2 Millionen Bezieher, die tägliche Ausgabe hat 350 000 Abonnenten. Der Vertrieb läuft ausschließlich über die Grundorganisationen der Partei.

An dem Kongreß hat für die DKP ihr Vorsitzender Heinz Stehr, der auch die Internationale Kommission der Partei leitet, teilgenommen. Er berichtete in der UZ unter der Überschrift „Neue Chancen nutzen!“ In der PDS-Zeitung, „Neues Deutschland“ informierte der Außenpolitiker Helmut Ettinger, der die Demokratischen Sozialisten in Atami vertreten hatte, „Kommunisten setzen neue Signale“ überschrieb er das aufschlußreiche Material. Die KP sehe, „die Mauern der Vorurteile gegen sich bröckeln“. Sie habe die Bildung einer Koalitionsregierung mit Sozialdemokraten und anderen Parteien der heutigen Opposition „ins Visier genommen“. Es gehe um einen „Weg tiefgreifender Reformen, ohne das politische und wirtschaftliche System grundlegend in Frage zu stellen“. Langfristiges Ziel der KPJ bleibe der Sozialismus als „emanzipatorische Gesellschaft“, die „die profitbestimmte Ordnung überwindet, deren wertvolle Errungenschaften aber bewahrt“.

Um ihre „Koalitionsefähigkeit“ zu demonstrieren,

habe die Partei auf dem 22. Kongreß „den wohl umstrittensten Positionswechsel im Hinblick auf die japanischen ‚Selbstverteidigungskräfte‘ vollzogen“, die bisher stets als verfassungswidrig abgelehnt worden seien. Jetzt könne sie sich „die Aktivierung der Truppen“, sollte „Japans Sicherheit von außen bedroht“ werden, durchaus vorstellen. „Um stärker in die Gesellschaft wirken zu können“, hat der Parteitag das Statut grundlegend verändert. Auf maßgebliche Initiative des bisherigen Vorsitzenden des Präsidiums des ZK Tetsuzo Fuwa, der jetzt die repräsentative Funktion des (Ehren-)Vorsitzenden des ZK ausübt, aber der entscheidende Ideologe der KPJ bleiben dürfte, wurde die strategische und andere prinzipielle Aussagen enthaltende Präambel des Statuts ersatzlos gestrichen. Damit ist nicht nur der Begriff Marxismus-Leninismus weggefallen, sondern auch die Betonung der Avantgarderolle der Partei. Man betrachtet den Wissenschaftlichen Sozialismus „von Marx und Engels“ vor allem als „Methode der Erkenntnis von Natur und Gesellschaft“. Die Aufnahmebedingungen der Partei wurden wesentlich vereinfacht. „Hindernisse für den raschen Aufstieg junger Aktivisten in Führungsfunktionen“ beseitigt.

Diese Informationen haben wir dem aufschlußreichen Bericht Helmut Ettingers entnommen. Sie deuten einen unmißverständlichen Rechtsruck und den Bruch der KPJ mit bestimmten Positionen sowie das Bestreben an, für eine Mitte-Links-Regierung salonfähig zu werden.

In dem Artikel von Heinz Stehr wird ähnliches mitgeteilt. Der Autor verweist auf die Absicht der Partei, „sich den neuen Chancen entsprechend gegenüber der Gesellschaft zu öffnen“. In der großbürgerlichen und liberalen Presse der BRD werde das als „überfälliges Abgehen vom kommunistischen Charakter der KPJ“ gewertet. „Meiner Wahrnehmung nach ist dieser Prozeß viel eher eine politische Antwort auf neue Herausforderungen“, meint Heinz Stehr.

Es ist bekannt, daß die KP Japans sich weitgehend von der internationalen kommunistischen Bewegung isoliert hatte. Sie nahm in manchen Fragen nationalistische Positionen ein und unterhielt lange Zeit weder Beziehungen zur KPdSU noch zur KP Chinas. Umso bemerkenswerter ist die Tatsache, daß beide Parteien im Rahmen einer Normalisierung diesmal eingeladen waren.

Doch zurück zum Bericht Heinz Stehrs. In einem speziellen Abschnitt zum Verhältnis DKP-KPJ verweist der Verfasser auf die „herzliche Offenheit“, die „nicht selbstverständlich“ sei. „Die KPJ hatte ein sehr kritisches Verhältnis zum real existierenden Sozialismus, nach ihrer Auffassung war dies kein Sozialismus. Die Partei war das Ziel heftiger Angriffe der KPdSU und anderer kommunistischer Parteien. Diese Auseinandersetzungen wurden auch mit dem Ziel der Einflußnahme auf die Politik der KPJ geführt“, stellt sich der DKP-Vorsitzende völlig unkritisch auf den Standpunkt seiner fernöstlichen Gesprächspartner. „Für die DKP können diese sich gut entwickelnden Beziehungen von Bedeutung sein für die weitere Erarbeitung ... programmatischer und politischer Positionen ... ihre politischen Konzeptionen sind anregend.“

Unschonbar, solcherlei Kongruenz sollte Kommunisten aufhorchen lassen. **Ger.**

Zwei Wochen bei einer Arbeiterfamilie in Wuhan

Streiflichter aus China

Als ich einer früheren chinesischen Arbeitskollegin von meinem Vorhaben erzählte, ihr Heimatland zu besuchen - und zwar fernab von Reisegruppen-Tourismus und Hotelleben -, schlug sie mir eine Exkursion in die Millionenstadt Wuhan vor. Dort habe ich jetzt zwei Wochen bei einer Arbeiterfamilie - der Mann ist Nachtwächter in einer Schule, die Frau dort Reinigungskraft - in deren 3-Zimmer-Wohnung mitgelebt. Meine schlaglichtartigen Eindrücke - nicht geprägt durch Sonderbedingungen irgendwelcher Art - habe ich im Folgenden festgehalten.

Als die Chinesische Revolution vier Jahre alt war, ist in Wuhan eine große Universität gebaut worden, mitsamt einer Siedlung für Studenten, Professoren und Angestellte. Als sie 15 war, weihte man hier die erste Brücke über den Yang Tze ein, gut zwei Kilometer breit, mit zwei Ebenen: unten für die Bahn, oben für den sonstigen Verkehr. Auf dem Weg von der Brücke zur Universität - kein kurzer Weg, da die Stadt zweimal so groß wie Berlin ist - sieht man ein Forschungsinstitut nach dem anderen: der Fischwirtschaft, der Agrikultur, für Nuklearwesen. Nicht ohne Ergebnisse für die Lebensmittelmärkte: die Radieschen so groß wie Tennisbälle, süße, bei uns unbekannte Grapefruits in Melonengröße, Fische aus den zahlreichen Teichen in den Vororten. Niemand hungert in China. Auch Strom und Trinkwasser sind 24 Stunden vorhanden - ein Traum für noch etwa die Hälfte der Menschheit.

Ich besuche diese blühenden Landschaften. Sogar ganze Städte sind hier in den letzten Jahren gebaut worden. Überall werden Glasfaserkabel verlegt, die Mobiltelefone piepsen, die Werbung glänzt, auf den Hügeln stehen Satellitenantennen und Funktürme. Sogar der Milchkasten im Flur eines Arbeiter-

wohnblocks hat seine Web-Adresse. Es wird gemauert und gepflügt, auch an Sonntagen. Alte Häuser werden abgerissen, an ihrer Stelle entstehen Wohnblocks mit Balkons und Kanalisation. Vier Autostunden von Wuhan entfernt errichten 25 000 Arbeiter Tag und Nacht den größten Staudamm der Welt; hier wird den Flutkatastrophen vorgebeugt, der erste Strom soll schon im Jahr 2003 fließen.

Noch mehr imponiert der öffentliche Dienst. BKA und FBI sollten sich in China auf die Schulbank setzen: die Kriminalität ist niedrig, die Straßen sind sicher wie der Prenzlauer Berg 1985, auch bei Nacht und auch für Ausländer. Drogendealer und korrupte Direktoren werden erschossen. Die Fahrräder tragen Nummernschilder und werden kaum gestohlen. Die Nutzung des Internets muß den Gesetzen des Landes entsprechen. Die Haltung von Hunden - keineswegs nur Kampfhunden - und Katzen ist in den Wohnblocks untersagt. Die Polizei arbeitet vorbildlich, aber die soziale Disziplin war zuerst da. Joghurt verkauft man in Pfandflaschen, das Pfandgeld aber wird nicht erhoben, da die Käufer die Flaschen freiwillig zurückbringen. Es funktioniert! Das Bevölkerungswachstum wird durch die bekannte „Ein Kind pro Familie“-Regelung unter Kontrolle gehalten, hier aber bröckelt manchmal die Disziplin unter dem Druck der Tradition. Das erste Mädchen wird nicht angemeldet, vielleicht kommt doch ein Junge beim zweiten Versuch? Die Folge: China hat 120 männliche auf 100 weibliche Einwohner. Die Stadtbusse kommen zur Freude der Fahrgäste alle drei Minuten - aber Achtung: Eine Tour kostet 1.20 RMB und du verdienst 15 am Tag. Es gibt keine Monatskarten. Wie überall, die ersten Eindrücke trügen gewaltig. 51 ist für die Revolution schon ein recht hohes Alter. Ihre Errungenschaften sind unbestreitbar, aber diffe-

renziert zu betrachten. An der Universität Wuhan, Baujahr 1953, kostet das jährliche Studium inzwischen 3 000 RMB, hinzu kommen noch ca. 1 000 für Unterkunft plus Bücher und Verpflegung. Die Arbeiter verdienen 300 bis 600 RMB monatlich, die Bauern weniger. Das hat der Große Vorsitzende nicht geplant. Er wußte, daß Revolutionen nur solange leben, wie die Ärmsten sich durch die sozialen Schichten nach oben bewegen können. Ohne Bildung gibt es keine Hoffnung, die Misere wird auf die nächste Generation übertragen. Die Sportgeschäfte bieten ein Hoola-Hop mit elektronischem Rotationszähler und Speicherschon für einen Wochenlohn an. Im Wuhan des Jahres 2000 lautet die Frage nicht „Was gibt es?“, sondern „Für wen?“ Auch im Gesundheitswesen. Die Uni-Zeitung - sieheißt, „21st Century“ (21. Jahrhundert) - führt, wie alle Zeitungen in der Welt, eine Rubrik „Briefe an die Redaktion“. Ihr Titel lautet: „Frag mal ...“ Sie wird - und das ist in der Welt nicht üblich - von einem US-Amerikaner namens Ralph Jennings redigiert: „Rat von einem Amerikaner in Peking“. Ihm klagte eine Bauerntochter (mit Hochschulabschluß), daß ihr Vater krank sei und die Familie kein Geld für die Operation besitze. Der Yankee antwortet detailliert:

* mehrere Kliniken und Ärzte besuchen, vielleicht ist jemand günstiger

* sich über billigere Behandlungsmethoden erkundigen

* um Ratenzahlung bitten

* am Wochenende jobben

* von wahren Freunden Geld leihen.

Schreibt Ralph Jennings im „21st Century“ etwa das Programm für die chinesische Regierung? Warum eigentlich nicht für unsere? Immerhin steuert Deutschland mit seiner Gesundheits- und Rentenreform doch zu neuen Ufern! Deshalb, liebe Leser, solltet ihr ähnliche Fragen haben, dann schreibt einfach an Mr. Jennings, Just Ask, 21st Century, 15 Huixin Dongjie, Chaoyang District, Beijing 100029.

Richard Urban

Reporterskizzen (29 und Schluß)

Das Chefredakteursprinzip

Als Marx im Frühsommer 1848 mit der Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung“ begann, klärte er zunächst die Frage der inneren Organisation des revolutionären Blattes. Eine Tageszeitung könne sich nicht den Luxus endloser Debatten leisten, sondern unterliege den rigorosen Zwängen des Redaktionsschlusses. Deshalb müsse die Entscheidung - im Falle unterschiedlicher Auffassungen - allein beim Leiter liegen. Ohne dieses „Chefredakteursprinzip“ sei eine effektive Pressearbeit nicht vorstellbar.

Natürlich folgte auch „Neues Deutschland“, bei dem ich ab Oktober 1967 fast 25 Jahre tätig gewesen bin, diesem Grundsatz. In Anbetracht der enormen innerredaktionellen Macht des Chefs spielten die charakterlichen, politischen und intellektuellen Eigenschaften und Fähigkeiten, das Persönlichkeitsformat derjenigen, die an der Spitze des in Millionenauflage erscheinenden ND standen, eine außergewöhnlich große Rolle. Als ich - aus dem DDR-Außenministerium kommend - meinen Dienst in jenem alten Bankhaus in der Mauerstraße antrat, in dem wir damals untergebracht waren, begegnete mir als erster der „Chefredakteur“. Jedenfalls hielt ich ihn aufgrund seines besonders forschenden und sicheren Auftretens dafür. Doch dann erfuhr ich, Claus Dümde studiere einstweilen noch in Leipzig und sei vorerst nur Praktikant.

Im Chefsessel hingegen saß der alte Kommunist Rudi Singer, ein Hamburger, den die Nazis schon 1933 ins KZ Fuhlsbüttel gesperrt hatten. Ich lernte ihn bald genauer kennen. Das ND heiße intern „Singerpur“, erzählten die Kollegen ohne Häme. Denn Rudi kümmerte sich um alles persönlich, sorgte dafür, daß niemand bei Gratulationen oder Kondolenzen übersehen, daß Wohnungsanträge gewissenhaft und der Reihe nach behandelt wurden. Er achtete auch auf Tugend und Moral. Er war kein Mann journalistischer Höhenflüge, sondern eher Befürworter streng irdischer Solidität, der seinen täglichen Weg von der Mollstraße zur Arbeitsstelle nicht per Luxuslimousine, sondern zu Fuß absolvierte. Kurzum, ein treuer Parteisoldat im besten Sinne dieses Wortes. Singer umgaben gestandene Leute und gute Schreiber wie der alte Georg Hansen, der als enttarnter sowjetischer Kundschafter neun Jahre in britischen Gefängnissen gesessen hatte, zwischen seinen Kommentaren Mathe-Lehrbücher schrieb und in Beiträgen das Auf-den-Busch-Klopfen nach der Methode „Soll'n sie's doch dementieren!“ beherrschte. Da waren „alte Füchse“ wie Willi Köhler, Hajo Herbell und Harri Czepuck. Und vor allem Günther Kertzsch, der wohl kühlsche Kopf und die heißeste Feder unter den Journalisten der DDR. Er hatte - kurz nach dem Überfall der Faschisten auf die Sowjetunion als Gefreiter von

der Roten Armee gefangen genommen und dann Mitglied des Nationalkomitees - bereits 1944/45 in „Freies Deutschland“ engagierte Leitartikel geschrieben, die dazu aufriefen, Hitler das Genick zu brechen. Das letzte Mal schickte mir der langjährige stellvertretende Chefredakteur des ND - schon über 80jährig - im Dezember 1994 eine handgezeichnete Jahreswechsel-Giraffe. „Übersicht behalten!“ stand darunter. Der Begleitbrief drückte Treue zur kommunistischen Sache aus. Drei Wochen später starb Günther Kertzsch bei einem tragischen Verkehrsunfall.

Doch zurück zu Rudi Singer. Auch er ist schon lange tot. Aber im politischen Sinne fand seine Beisetzung bereits einige Jahre vor seinem natürlichen Ende statt. Eines Tages im Frühjahr 1971 - kurz nach dem VIII. Parteitag, mit dem nach Auffassung einiger die „neue Zeitrechnung“ in der Geschichte der SED begann - wurden wir in den Versammlungssaal gerufen. Auf der Empore stand Singers „Sarg“, der mit soviel „Blumen“ bedeckt war, daß man ihn gar nicht sehen konnte. Werner Lamberz hielt den „Nekrolog“. Er schilderte den Chefredakteur als ein Bündel fast überirdischer Fähigkeiten. Alles wartete auf den einen Satz: „Und deshalb brauchen wir den Genossen Singer ab sofort im Politbüro!“ Doch Lamberz sagte statt dessen: „Ein solcher Mann ist der Richtige an der Spitze des Rundfunks!“ Das war nach DDR-Hierarchie-Begriffen kein Aufstieg. Doch Rudi trug's mit Fassung und legte sich tapfer ins Zeug. Wir hörten wenig von ihm. Als ich irgendwann irgendeinen Orden bekam, schickte er mir ein Glückwunschtelegramm. „...und behalte ein Herz für den Rundfunk!“ hieß es darin nicht ohne Wehmut.

Singers Nachfolger war Joachim Hermann. Die Pietät gegenüber einem Verstorbenen und Respekt davor, daß er in schwerer Zeit der Sache treu blieb, veranlassen mich zu einem zurückhaltenden Urteil. Doch diese Personalentscheidung des Großen Hauses war eine krasse Fehlbesetzung, die eher dem Peter-Prinzip (Überschreiten des Maßes der eigenen Kompetenz) entsprach und das Chefredakteursprinzip in arge Turbulenzen hineinsteuerte. Das ND durchlebte schwere Jahre. So gab es wohl ein allgemeines Aufatmen, als der zwar cholerische und skrupellose, aber journalistisch und rhetorisch befähigte Günter Schabowski, der sich in einem gnadenlosen Machtkampf steil nach oben geboxt hatte, die Zügel übernahm. Er war der Aufgabe zweifellos gewachsen. Daß er ein solcher Charakterlump sein würde, konnte man damals noch nicht ahnen, auch wenn man davon erfuhr, daß er sich ständig in Geldnöten befunden haben soll. Nach einer stürmischen Versammlung, in der ich die sofortige Abschaffung von 80 parteifinanzierten Selbstfahrerautos des ND ver-

langt hatte, rief mich Schabowski zu sich. „Du willst hier wohl polnische Verhältnisse einführen“, herrschte er mich an. Drei Monate später wurden sämtliche Selbstfahrerpools der Partei durch Politbürobeschuß aufgelöst ... Hatte er die Anregung dazu gegeben?

Übrigens lernte ich auch einige jener Chefredakteure des ND kennen, die Rudi Singer vorausgegangen waren.

Mit dem später aus der Partei ausgeschlossenen Rudolf Hernstadt, damals noch an der Spitze der „Berliner Zeitung“, befand ich mich 1948 (zu jener Zeit auch im Besitz der Staatsbürgerschaft der CSR) monatelang in einem Sanatorium in Tatranska Polianka. Der begnadete Artikelschreiber von „Über die Russen und über uns“, „Kollege Zschau und Kollege Brumme“ - diese Beiträge aus seiner Feder wurden im ND durch nichts übertroffen - machte kluge Bemerkungen zu Titos gerade öffentlich gerügtem Abdriften vom Marxismus-Leninismus.

Den rauhbeinigen und zugleich liebenswerten bayerischen Kommunisten Georg Stibi - er war nur kurze Zeit ND-Chefredakteur - lernte ich im DDR-Außenministerium kennen, wo er als stellvertretender Minister jenen Bereich leitete, zu dem auch „meine“ Abteilung USA/Kanada/Japan gehörte. Einmal kritisierte ich Stibi in einer Versammlung der Parteioorganisation, weil er seinen persönlichen Mitarbeiter vor aller Ohren grob heruntergemacht hatte. Verärgert weigerte sich daraufhin der Minister, eine mir bereits zugesprochene Prämie auszus zahlen. Ich beschwerte mich bei der Parteileitung wegen unzulässiger Unterdrückung der Kritik. Nach acht Monaten Tauziehens gab mir Stibi schließlich den Umschlag mit dem 100-Mark-Schein. Er goß uns einen Cognac ein, nahm mich an der Schulter und sagte: „Imponiert mir übrigens, daß Du Dir nichts gefallen läßt“. An den Rand einer von seinem Referenten vorbereiteten Rede, die er in Genf halten wollte, schrieb er: „Schwaches Argument, Stimme heben!“

Und natürlich habe ich auch Hermann Axen oft erlebt - Ich begleitete ihn u. a. auf Reisen nach Holland, Spanien, Portugal, Frankreich, Uruguay, Argentinien und in die USA, bei denen ich seine außenpolitische Kompetenz kennenlernte. „Alte Hasen“ des ND erzählten immer, der „kleine Hermann“, der bei Reden auf einen Schemel hinter dem Rednerpult stieg, sei der mit Abstand beste Chefredakteur gewesen, auch wenn er von der Technik des Zeitungsmachens keine Ahnung gehabt und eines Tages sogar verlangt habe, etwas bei nur fünf vorhandenen Spalten „sechsspaltig durchzusetzen“!

Wie man sieht, ist das mit dem „Chefredakteursprinzip“ so eine Sache. Ob es richtig funktioniert, hängt immer von den Leuten ganz oben ab. Wie so manches andere in der Welt.

Klaus Steiniger

AM RANDE BEMERKT

□ „Für diesmal verloren. Aber nicht für immer. Morgen wird unsere Sache, stark in Wissen und Zucht, neu erstehen.“

Jack London, in seinem Roman „Die eiserne Ferse“

□ Er war Matrose der Baltischen Flotte 1917, Kämpfer in Budjonns Erster Reiterarmee, Soldat, Publizist, Dramatiker: Am 21. Dezember wurde vor 100 Jahren in Petersburg **Wsewolod Wischnewski** geboren; er starb vor 50 Jahren (am 28. Februar 1951) in Moskau. Der russisch-sowjetische Dramatiker wurde bereits während der Revolution Mitglied der kommunistischen Partei und kämpfte als Soldat und Matrose an verschiedenen Fronten des Bürgerkrieges. Mit seinem Schauspiel „Die Erste Reiterarmee“ (1929) wurde Wischnewski in der Sowjetunion rasch bekannt. Er schlug mit diesem die Entwicklung eines russischen Soldaten und die Entstehung der Sowjetarmee gestaltenden Stück das Grundthema seines Schaffens an – die Revolution, die Entwicklung des neuen Menschen im Kampf.

Wischnewskis Bemühungen um ein romantisch-heroisches Drama gipfelten in dem Stück „Optimistische Tragödie“ (1932), das den Kampf der Partei um revolutionäre Disziplin und gegen Anarchismus in der Roten Flotte schildert; unter Führung einer Kommissarin formen wenige Kommunisten eine Abteilung der Roten Flotte zu einer bewußten Kampfeinheit um; die dabei entstehenden Konflikte zwischen individualistischer und sozialistischer Moral werden in ihrer ganzen Schärfe ausgetragen. Eine ähnliche Thematik behandelt das Filmszenarium „Die Matrosen von Kronstadt“ (1933; 1936 von Jefim Dsigan verfilmt). Revolution und Bürgerkrieg erfaßte Wischnewski auch in der Epopöe „Krieg“ (1929/1939) und in dem nicht realisierten Filmroman „Wir, das russische Volk“ (1937). Wischnewskis Dramatik zielt stets auf große historische Zusammenhänge, sie bemüht sich um eine Synthese des Allgemeinen mit dem Historischen und um maximale Aktivierung des Zuschauers. Von der überspitzten Forderung nach einem neuen Massendrama, die mit der Ablehnung der traditionellen dramatischen Form einherging, gelangte Wischnewski zu einem eigenwilligen, kraftvollen und lakonischen Dramenstil, für den eine sparsame, aber das Wesentliche treffende psychologische Charaktergestaltung typisch ist.

Während des Krieges war Wischnewski Offizier und Frontberichterstatter in Leningrad, wo auch sein Stück „Vor den Mauern Leningrads“ (1944) aufgeführt wurde. Durch die enge Freundschaft mit Friedrich Wolf, der auch die „Optimistische Tragödie“

die“ ins Deutsche übersetzt hatte, war Wischnewski mit der deutschen sozialistischen Literatur besonders eng verbunden. Die „Optimistische Tragödie“ ist sicher eines der bedeutendsten Werke der sowjetischen Revolutionsdramatik: Im scheinbaren Widerspruch der Wortgestalt des Titels ist Geist und Wesen einer Phase der proletarischen Revolution auf eine geniale Formel gebracht. Von echtem Optimismus und echter Tragik ist der Inhalt des Stückes geprägt: Aus anarchistischen Matrosen wird eine schlagkräftige Kampftruppe der Roten Armee geformt. Gegen tausend Widerstände muß die Kommissarin sich durchsetzen, zu den härtesten Maßnahmen muß sie greifen. Am Ende fällt sie im Kampf. Doch ihr Tod ist nicht umsonst. Sie stirbt in der Gewißheit, ihre revolutionäre Aufgabe erfüllt zu haben.



Illustration: Kurt Zimmermann (1958)

Wischnewskis auf den Bühnen der DDR (so vom Berliner Ensemble) oft gespieltes Stück – unvergessen ist auch die eindrucksvolle Inszenierung der Westberliner Schaubühne von 1971 – wurde 1963 in der Sowjetunion von Samson Samsonow verfilmt. Die Leidenschaft und das Pathos des Bühnenstücks prägen auch den Film. Lebendig wird das stürmische Jahr 1918, als es im Kampf gegen die Unzahl äußerer Feinde, im Kampf um die äußerste Disziplin in den eigenen Reihen um das Schicksal der Revolution, um ihren Sieg oder ihren Untergang ging. Lebendig werden große dramatische Gestalten: die junge Kommissarin, die im Kampf lernend zu einer Führerpersönlichkeit wird, der Anführer der Anarchisten, der an seinen Fehlern und Irrtümern tragisch zugrunde geht, der junge Matrose Alexej, der den Sinn revolutionärer Disziplin zu erfassen gelernt hat. Der Erfolg des Films ging über Ländergrenzen weit hinaus.

In der DDR verfilmten Manfred Wekwerth und Isot Kilian 1971 den Stoff fürs Fernsehen (u. a. mit Renate Richter, Günter Naumann, Hilmar Thate und Stefan Lisewski).

Hannelore Fischer schrieb 1977 im Sonntag: „Den größten Erfolg als Dramatiker errang Wischnewski mit der ‚Optimistischen Tragödie‘. Die Aufführung von 1933 am Moskauer Kammertheater gehört auch zu den Höhepunkten in der Regiearbeit von Alexander J. Tairow. Tairows Frau, die bedeutende Schauspielerin Alica Koonen, spielte damals die Rolle des Kommissars. Eine Rolle, die jeder Schauspieler ein hohes Maß an Können abverlangt. Denn diese Tragödie ist eines der dichtesten Revolutionsstücke in der sozialistischen Dramatik. Der Autor, der seine Kenntnisse und Erfahrungen hauptsächlich aus den gesellschaftlichen Umwälzungen des historischen Ereignisses der Oktoberrevolution bezog, hatte sich für dieses Stück mit antiker Dramatik beschäftigt. So nimmt es nicht wunder, daß die Kommissarin im Verlauf der Handlung, in den harten Auseinandersetzungen mit dem äußeren Feind, mit den Widersprüchen in den Reihen der Matrosen – Menschen, die in Mord und Totschlag verstrickt sind in dem Willen, zu überleben – klassisch tragische Größe hat. In der Vollendung der Tragödie, als am Schluß des Stücks die Heldin stirbt, formuliert sich auch das Neue in der Tragödie sozialistischer Dramatik. Der Untergang der Kommissarin hat nicht nur tragische Größe, er ist zugleich verbunden mit Optimismus für Künftiges. Der Feind ist geschlagen. Die Revolution hat gesiegt auch in den Reihen der Matrosen. Viele sind befähigt, die Ideen des Sozialismus zu verwirklichen. Das Zeitalter für eine neue Menschlichkeit ist angebrochen.“

Den Text der „Optimistischen Tragödie“ findet man in Revolutionsstücke, Nachwort von Helmut Baierl, Henschelverlag, Berlin 1967, oder in Wsewolod Wischnewski, Optimistische Tragödie (Schauspiel in 3 Akten sowie Aufsätze, Briefe, Tagebuchnotizen), Reclam-Verlag, Leipzig 1977.

□ Zu Karl-Eduard von Schnitzlers Beitrag „Hut ab vor Hochhuth“ im letzten RotFuchs (S. 5) eine kleine Ergänzung: Es gab und gibt in der ehemaligen West-BRD wie in der heutigen Gesamt-BRD auf Landesebene keine Kultur(!)minister. Der von der baden-württembergischen Kultus(!)-ministerin – ungeliebte Hochhuth-Text „Eine Liebe in Deutschland“ kam zwar auf keine Bühne, wurde aber 1983 von Andrzej Wajda sehenswert verfilmt. Vielleicht findet sich ja ein „anständiger“ TV-Verantwortlicher, der diesen Film wieder ins Programm nimmt – und möglichst nicht erst nach Mitternacht! Eine ausführliche Besprechung des Buches durch Oskar Neumann („Liebe auf Tod und Leben“) erschien im Kürbiskern 1/1980 (dort im Vergleich mit Max Walter Schulz’ „Der Soldat und die Frau“).

W. M.

Briefe an „RotFuchs“



Beste Grüße und herzliche Wünsche zum Neuen Jahr 2001 vom Bund Polnischer Kommunisten „Proletariat“ und der Redaktion seiner Zeitschrift „BRZASK“.

Dr. Zbigniew Wiktor,
Vorsitzender des ZKP „P“

Den 11 Forderungen, die von der DKP Berlin Nordost als Diskussionsangebot unterbreitet wurden, sollte noch eine weitere hinzugefügt werden: Ersatzlose Auflösung der inquisitorischen Gauck-Birthler-Behörde. Vernichtung aller Akten unter Aufsicht eines Komitees aus ehemaligen DDR-Bürgern, die durch die Tätigkeit dieser Institution zu Schaden gekommen sind. Untersuchung sämtlicher in der Gauck-Behörde jemals tätig Gewesener und heute noch Tätigeraufgeheimdienstliche Verstrickung. Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse in Tageszeitungen.

Bernhard Majorow, Berlin

Die 11 Forderungen der DKP sprechen jeden an. Mit der Landwirtschaft auch heute verbunden, begrüße ich den oftmals in Vergessenheit geratenen Kampf um das Überleben der Agrar Genossenschaften und anderer Gemeinschaftsunternehmen. (Pkt. 4 der Forderungen) Trotz politisch-ökonomischer Benachteiligungen haben sie sich einen festen Platz im Osten Deutschlands erkämpft. Die Belastungen dieser Betriebe mit sogenannten Altschulden, die heute die Banken der BRD in Höhe von 5 Milliarden DM einfordern, sind frühere Kredite, die in der DDR für Umlaufmittel und Investitionen ausgereicht wurden. Die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften verwendeten diese Kredite auch für Sozialbauten in den LPG, für Kinderkrippen und Straßenbau in den Gemeinden. Ihre Rückzahlung an einen völlig anderen Staat - die „Altschulden“ - machen mit den in den letzten zehn Jahren aufgelaufenen Zinsen enorme Summen aus - belasten die Betriebe auf unerträgliche Weise. Deshalb stimmen die Genossenschaftler der Forderung zu, sie von ihnen einschließlich Zinsen zu entlasten.

Immer wieder versuchen die 1945/49 enteigneten Großgrundbesitzer, Beschlüsse zur demokratischen Bodenreform zu unterlaufen. Durch juristische Winkelzüge und mit wohlwollender Unterstützung der Regierenden sind schon tausende Hektar Landwirtschaftlicher Nutzfläche sowie etliche Wälder wieder in den Besitz der Junker und ihrer Nachkommen gelangt. Die Gefahr besteht jetzt darin, daß Erben von Bodenreformland, die nicht in der Landwirtschaft tätig sind, ihre Flächen an das Land abtreten müssen, womit der Weg frei wird für Rückübertragungsansprüche ehemaliger Gutsherren und ihrer Nachkommen. Das muß verhindert werden!

Hans Kopistecki, Frankfurt/Oder

(...) Über den 5. Punkt der 11 Forderungen „Schaffung eines Sonderarbeitsprogramms für die zwangsweise aus dem Arbeitsprozeß gedrängten Frauen“ bin ich sehr gestolpert. Einerseits war ich erfreut, daß ein Aspekt der Situation von Frauen in den Forderungen aufgegriffen wurde, andererseits irritierte mich die eben zitierte Forderung. Denn die BRD-Regierung hat in weiser Voraussicht seit Anfang der 90er Jahre solche Programme für Frauen aus der früheren DDR geschaffen.

Ich selbst als im Westen ausgebildete, damals arbeitslose Erzieherin, sollte 1999 in den „Genuß“ eines solchen Programmes kommen. Diese nennen sich „Strukturanpassungsmaßnahmen“ (SAM), sind zunächst auf ein Jahr befristet und können im Höchstfall auf insgesamt drei Jahre verlängert werden. Der Lohn für diese Stellen beträgt 80 % vom Ostlohn. (Also von 80 % noch mal 80 %) Für mich hätte eine erfolgreiche Vermittlung des Arbeitsamtes in diese Maßnahme eine Herunterqualifizierung bedeutet, da ich vorher als Sozialpädagogin eingestellt war. Abgesehen von dem niedrigen Gehalt wäre meine Berufsperspektive damit auf Jahre verbaut gewesen. (...) Erstes Ziel dieser Maßnahmen ist es wohl, die Arbeitslosenstatistik herunterzudrücken und die realen Zustände zu beschönigen. (...) Für Frauen aus den ehemals realsozialistischen Staaten, die in solche Maßnahmen vermittelt wurden und nicht arbeitslos blieben, weil sie über 50 Jahre alt sind oder sich als zu unbeugsam erwiesen, heißt dies: Sie haben keine Chance auf Qualifizierung oder gar Anerkennung ihrer Ausbildung und Berufspraxis in der DDR. Gerade im sozialen erzieherischen Bereich ist der Druck besonders hoch, sich den kapitalistischen Werten anzupassen und diese weiterzugeben. Die Frauen haben lediglich eine Beschäftigungsmaßnahme auf begrenzte Zeit, unterbezahlt und unterqualifiziert. Angesichts dieser Zustände sollte man vorsichtig mit dem Begriff „Sonderarbeitsbeschaffungsprogramm“ umgehen, denn die Assoziation zu den bereits vom Kapitalismus eingeführten Maßnahmen lag zumindest bei mir nahe.

Als Feministin möchte ich - bei allem Respekt vor den Fortschritten und Rechten, die von und für Frauen gemacht wurden - noch anmerken, daß die Gleichheit der Berufschancen, was z. B. Frauen in Führungspositionen betraf, nicht erreicht war. Dies hätte wohl noch einige Jahre gebraucht. Durch die Rückschläge sind wir heute weit davon entfernt, auf den Errungenschaften der DDR aufbauen zu können.

K. W., Berlin

(Der volle Name ist der Redaktion bekannt)

Nochmals herzlichen Dank für die von Euch und „offensiv“ organisierte Imperialismus-Konferenz, welche ich großartig fand. Ein Hauch von proletarischem Internationalismus, eine kräftige Prise gutes Parteilehrjahr und das herrliche Gefühl, unter Genossen und Gleichgesinnten zu sein, machten diese Tages sicherlich für alle Teilnehmer zu einem unvergesslichen Erlebnis. Vermißt habe ich allerdings einen Vertreter oder eine Vertreterin der UZ-Redaktion. Denn das, was dort „über die Bühne ging“, wäre mehr als einen Zeitungsbericht wert gewesen.

Eure 11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland sind die beste Reaktion auf den 15. Parteitag. Hier und jetzt sollte und muß der Parteivorstand endlich eine klare Position beziehen. Daß dieses Diskussionsangebot auch noch von den Genossen und Genossen der DKP Berlin Nordost kommt, finde ich besonders herzerfrischend! Waren sie es doch, auf denen ständig herumgehakt wurde. Von Ignoranz will ich gar nicht erst reden. Frischer Wind ist unser Fall - und den braucht die DKP ständig! Die Stärkung unserer Reihen - besonders nach diesem halbseidenen PDS-Parteitag - ist das A und O auf dem Weg zu einer kampfstarken Partei der Arbeiterklasse, die wir werden wollen, und die dieses Land bitter nötig hat.

Rolf Weinhold, Hoyerswerda

Wir haben uns in der Rostocker Gruppe mit den „11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland“ beschäftigt. Richtig ist, daß wir gemeinsam über

die Gesamtforderung und jeden einzelnen Punkt weiter beraten müssen. So ist es von Euch sicherlich auch gedacht. Wir sind nach einiger Diskussion zu der Meinung gekommen, daß es politisch wohlthuend ist, mit inhaltreichen, konkreten Forderungen für den Osten Deutschlands an die Öffentlichkeit zu gehen. Es ist auch dringend notwendig, der PDS als Gesamtpartei und ihren Organisationen in den Ländern alternative Forderungen zur Politik der Anpassung und Abkehr von allen marxistisch-leninistischen Grundsätzen entgegenzustellen. Damit erfüllen wir zugleich eine moralische Pflicht gegenüber vielen PDS-Mitgliedern. Wir zeigen für alle deutlich: Es geht auch anders.

Wir haben die Hoffnung, mit der Diskussion dieser Forderungen wieder mehr Menschen bei uns ansprechen zu können.

Bernd Heitmann, DKP-Gruppe Rostock

Die Potsdamer Kommunistinnen und Kommunisten begrüßen die Initiative der DKP-Gruppe Berlin Nordost, Forderungen der Partei zur Situation in Ostdeutschland gegenüber der Regierung der BR Deutschland zu stellen und eine Diskussion darüber in den DKP-Gliederungen anzuregen. Wir werden auf unserer Mitgliederversammlung im Dezember über die 11 Forderungen beraten. Schon jetzt können wir sagen, daß wir sicher mit der Zielrichtung und den Inhalten im Wesentlichen übereinstimmen. Im Ergebnis der Beratung werden wir die Forderungen in unserer Potsdamer DKP-Zeitung „Trotz alledem!“ verbreiten. Es wurde höchste Zeit, daß ein geschlossener Forderungskatalog zu den Problemen Ostdeutschlands aus den Reihen der Partei in dieser Form entwickelt wurde.

**Vorstand der DKP-Gruppe
Potsdam-Umland**

Habe mit großem Interesse die 11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland gelesen. Sie finden meine volle Zustimmung, da sie eine gute Grundlage für eine breite Diskussion in den Parteiorganisationen bilden und der weiteren Stärkung der Partei dienen.

**Willi Krämer, Vorsitzender der
Partei Gruppe Teterow/Neubrandenburg**

Liebe Genossen der Partei Gruppe Berlin Nordost, mit Genugtuung hat unsere Partei Gruppe den durch Euch erarbeiteten Entwurf der 11 Forderungen der DKP für Ostdeutschland zur Kenntnis genommen. Endlich haben sich Genossen der DKP aus den neuen Bundesländern aufgerafft, um der Partei für den Osten Deutschlands ein klares, eigenständiges politisches Profil zu geben. Ein Profil, das hier bei uns unter unterschiedlichsten Personengruppen Wirkung erzielen könnte, auch wenn verschiedene Forderungen - aufgrund vorherrschender Stimmungen und in Anbetracht der Situation - noch verfrüht erscheinen mögen. Sie sind in ihrem Grundanliegen aber richtig und tragen den Gegebenheiten Rechnung. Erstmals erhält unser Parteivorstand damit eine politische Ausgangsgröße, wie man im kolonialisierten Osten Deutschlands die Gefühls- und Empfindungswelt nicht weniger Menschen ansprechen und diese für den Kampf um ein würdiges Leben ermutigen oder auch gewinnen kann. Unter diesen Gesichtspunkten unterstützen wir den Entwurf, werden an seiner Verbreitung mitwirken und die daraus resultierenden Wirkungen im Auge behalten.

**Die Mitglieder der DKP-Partei Gruppe
Halle-Merseburg**

Herzlichen Dank für den „RotFuchs“ Nr. 34. Er ist wie immer sehr informativ, natürlich von unse-

rem Klassenstandpunkt aus betrachtet. Das kann ja auch nicht anders sein. Was die 11 Forderungen betrifft, so werden sie sicher bei den DKP-Genossen im Osten eine breite Diskussion auslösen. Auf Gegenliebe beim PV dürfen wir sicher nicht hoffen. Wichtig für mich ist das, was M. F. auf S. 2 schreibt: „Auf Endgültigkeit wird kein Anspruch erhoben.“ Die Diskussion dürfte sicher weitere gute Vorschläge und Ergänzungen hervorbringen. Das Entscheidende aber ist, daß die Vorschläge - ob 11 oder mehr - am Ende Forderungen der Mehrheit der Ostgenossen werden und nicht nur der Gruppe Nordost. Vielleicht sollte man abschließend - nach gründlicher Diskussion - ein Treffen von „Ost-Genossen“ organisieren. Einlader: Genossen aus allen Ostländern und Berlin.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Noch mit der Auswertung der von „RotFuchs“ und „offensiv“ vorbereiteten und mit großem Erfolg durchgeführten Konferenz „Imperialismus und antiimperialistischer Kampf im 21. Jahrhundert“ befaßt, wird uns vom „RotFuchs“ eine weitere Initiative der DKP-Gruppe Berlin Nordost übermittelt: 11 Forderungen der Deutschen Kommunistischen Partei für Ostdeutschland. Zum wiederholten Male haben die Kommunisten aus Berlin Nordost einen bedeutsamen Beitrag geleistet, damit unsere Partei an Einfluß und Gewicht gewinnt.

Ich stimme dem Entwurf grundsätzlich zu und erkläre mich bereit, an der weiteren Präzisierung mitzuarbeiten. Ich bin mir zugleich der Unterstützung der Kommunistinnen und Kommunisten Ostdeutschlands, der Parteiorganisationen und ihrer Zeitungen sicher. Ich befürworte auch die im „RotFuchs“ dargestellte Vorgehensweise bis zur endgültigen Annahme der Forderungen.

Die Initiative der DKP-Gruppe Berlin Nordost basiert auf den Beschlüssen des 15. Parteitages und fügt sich in die von ihm beschlossene Kampagne „Die DKP - Partei der Arbeiterklasse - stärkt“ ein. Die Forderungen werden im Prozeß ihrer Diskussion und Annahme dazu führen, daß die DKP auch und gerade im Osten Deutschlands als handlungsfähige marxistisch-leninistische Partei weiterentwickelt und gefestigt wird. Deshalb bin ich davon überzeugt, daß der Parteivorstand führend an der Diskussion teilnehmen wird. Ich bin mir auch sicher, daß sich unsere UZ nicht nur schlechthin in die Diskussion einschaltet, sondern diese unter Nennung des Urhebers der Initiative aktiv fördert. (...)

Prof. Dr. sc. Willi Opitz, Potsdam

In der erweiterten Mitgliederversammlung der DKP-Gruppe Leipzig, die am 22. 11. zur Auswertung des 15. Parteitages der DKP stattfand, erläuterte Genosse Christian Koberg die vom Parteivorstand vorgegebenen Schwerpunkte für die politische Arbeit der nächsten Zeit. (...) Spontan verwiesen mehrere Versammlungsteilnehmer auf die erst zwei Tage zuvor bekanntgewordenen 11 Forderungen (RF Nr. 34). Beim Studium des Entwurfes erkennt man schnell, daß hier der vorgegebenen Taktik die erforderliche Zielstellung realistisch und konkret hinzugefügt wird. Es ist augenfällig, daß es sich bei den Forderungen nicht um eine Aufzählung schlechthin handelt, sondern daß ihre Grundkonzeption auf dem wissenschaftlichen Marxismus-Leninismus beruht. (...)

Eine gewisse Problematik liegt jedoch in der Überschrift „... für Ostdeutschland“. Jedoch ist bei einigem Nachdenken jeder der 11 Punkte direkt oder indirekt auch für die westdeutschen Bürger von substantieller Bedeutung. Somit fördert der Entwurf den Weg zur einheitlichen deutschen kommunistischen Partei, wie sie wohl von

allen kommunistischen Gruppierungen im Lande gefordert wird. Er ist von hohem politischen Verantwortungsbewußtsein getragen. Das wird Vorbild- und Breitenwirkung haben und die politische Aktionseinheit auch bei unterschiedlicher ideologischer Grundauffassung befördern. (...) Mit der notwendigen Ergänzung aus westdeutscher Sicht kann unsere Partei ein Dokument gewinnen, welches zwar die schon längst fällige marxistische Gesellschaftsanalyse und ein darauf aufgebautes Parteiprogramm nicht ersetzen darf, das aber entscheidend weiterhilft auf unserem Weg nach vorn.

Kurt Walther, Leipzig

Die im November-„RotFuchs“ veröffentlichten 11 Forderungen für Ostdeutschland finden meine vollste Unterstützung. Es sind Forderungen des täglichen Lebens. Für die Menschen in der DDR waren sie in ihrer Mehrheit Selbstverständlichkeiten in einem Alltag ohne Existenzangst, der soziale Sicherheit und menschliche Würde garantierte.

Lothar Hilbert, Langenbogen

Ihr habt mit dem Kommentar zu den 11 Forderungen völlig recht. „Die Stärkung der Partei, die Gewinnung neuer Kämpfer geht nur über die Propagierung attraktiver Politikinhalte.“ Eigentlich wäre es Aufgabe des PV der DKP gewesen, dieses Angebot zu unterbreiten. Die von Euch gewählte knappe Sprache verstehen die Werktätigen, hier erhalten sie Hinweise, wie der unwürdigen Lage entgegenzutreten ist. Ich hoffe, daß die 11 Forderungen recht bald von der UZ übernommen werden, damit eine noch breitere Diskussion möglich ist.

Gretel Neumann, Dresden

Heute erhielt ich den bereits mit Ungeduld erwarteten RF Nr. 34. Die erste Seite begeistert mich. Ich hätte nur gewünscht, daß mir - solange ich Leser der UZ war - solche Forderungen wie die 11 von Euch formulierten in der zentralen DKP-Zeitung aufgefallen wären, wenigstens im Ansatz. Weil das nicht der Fall war, ich mich mit unseren Problemen nicht verstanden und unterstützt erkennen konnte, habe ich mein Abo vor kurzem gekündigt. Ich konnte mich genau aus diesem Grunde bisher auch nicht durchringen, Mitglied der DKP zu werden.

Bei der 9. Forderung sollte man einfügen: „... Abbau kultureller und sozialer Einrichtungen“. Ich denke dabei besonders an drastische Etat-kürzungen bei Jugend- und Seniorenklubs - oft handelt es sich um sogenannte Freie Träger, die betroffen sind - sowie bei Einrichtungen der Vorschulerziehung. Es ist m. E. ein unmöglicher Zustand, daß heutzutage Kinder vom Säuglingsalter bis zur Einschulungszeit in einer Gruppe mit einer Betreuerin zusammengesteckt werden. Man kann unter solchen Bedingungen nur von Aufbewahrung sprechen.

Und noch ein Problem: Während viele Schulen geschlossen werden, steigert man andererseits die Klassenstärke oft ins Unerträgliche.

Ein Vorschlag: Könnte man mit den 11 Forderungen nicht ein Flugblatt für alle Haushalte machen? Ich wäre bei der Verteilung und Finanzierung mit dabei, trotz meiner 74 Jährchen. Anbei eine kleine Spende. (...)

Günter und Helga Buschow, Schwerin

Eure 11 Forderungen der Deutschen Kommunistischen Partei für Ostdeutschland und die dazu gehörigen Erläuterungen auf S. 2 finden meine uneingeschränkte Zustimmung und Unterstützung. Sie treffen ins Schwarze. Auf unserer Beratung der Parteigruppen Sach-sens am 22. 11. in Leipzig, die vom Genossen

Christian Koberg, Sekretär des PV, initiiert wurde, äußerten sich mehrere Genossen ebenfalls zustimmend zu den 11 Forderungen bzw. zur „Wortmeldung nach Duisburg“. Ich werde meiner Parteigruppe vorschlagen, das Diskussionsangebot in Form eines Flugblattes unter die Leute zu bringen.

Bernhard Paul, Leipzig

In meiner Post fand ich die Nr. 14 des „RotFuchs“. Mich haben besonders die 11 Forderungen der DKP beeindruckt. Meiner Meinung nach sind sie ein ausgezeichnetes Material. Ich stelle mir nur die Frage, wieviele Bürger Ostdeutschlands damit vertraut gemacht werden können. Es ist sehr wichtig, daß Wege gesucht werden, solche Forderungen noch stärker zu verbreiten. Wir haben in unserer Reisegruppe, mit der wir jetzt unterwegs waren, jeden Tag über solche und ähnliche Fragen diskutiert. Dabei konnten wir feststellen, daß ein nicht geringer Teil das Gespräch aufnimmt. Auch unter den älteren Bürgern herrscht eine große Unzufriedenheit. Sie machen sich Gedanken, wie es ihren Kindern und Enkeln künftig ergehen wird. Denn viele müssen auch heute mit ihrer Rente materielle Unterstützung leisten.

Manfred Hohe, Grimma

(...) Die 11 Forderungen für Ostdeutschland unterschreibe ich jederzeit. Die Frage lautet, wie diesem Minimalprogramm das nötige Gewicht zu verschaffen ist. Zunächst müßte diese Initiative vom DKP-Vorstand anerkannt und entsprechend als Beilage oder Flugblatt in der UZ propagiert, die Initiatoren vorgestellt werden. Nicht daß ich mir als Sympathisant der DKP anmaße, dem Parteivorstand Vorschriften zu machen, aber bekanntlich lebt der Sozialismus - wie Lenin sagte - durch das Beispiel. Es kommt also darauf an, die Idee gewissermaßen in den Köpfen zu materialisieren. Und wenn das Grundgesetz uns als DDR-Bürger schon aufgezwungen wurde, so soll es denn auch endlich zur Geltung kommen. Denn die Würde des Menschen in der vereinnahmten Kolonie ist millionenfach angetastet. (...) Es muß endlich begriffen werden, daß Ostdeutschland der Seismograph für das gesamte Geschehen ist. Dem entsprechen die Forderungen der Gruppe Berlin Nordost. Kämpfen wir darum, daß sie vervielfältigt in den Köpfen wirken, um das Grundgesetz organisiert zu verteidigen. (...)

Ernst Rasmus, Berlin

In „Staat und Revolution“ schreibt Lenin: „Und als die revolutionäre Massenbewegung des Proletariats ausgebrochen war, begann Marx, trotz des Mißerfolges dieser Bewegung, trotz ihren kurzen Dauer und augenfälligen Schwäche, zu forschen, welche Formen sie entdeckt hat“. Diese Aussage bezieht sich auf den Kampf der Pariser Commune und die Lehren, die sich aus ihr ergaben. Die DKP hat zehn Jahre nach dem Sieg der Konterrevolution in der DDR noch nicht einmal damit begonnen, klare Positionen zur historischen Bedeutung von SED und DDR einzunehmen, geschweige denn die gesellschaftliche Entwicklung gründlich zu analysieren und Schlußfolgerungen aus ihr zu ziehen. Vor allem auch deshalb ist sie bisher nicht als konstruktive Kraft in den „neuen Bundesländern“ erkennbar. Es wird höchste Zeit, sich eindeutig auf Positionen festzulegen, die den Interessen der Werktätigen entsprechen. Nur so ist die DKP qualitativ und quantitativ zu stärken. Ich bin der Meinung, daß wir mit den 11 Forderungen der Gruppe NO im Osten Flagge zeigen können. Hierbei geht es nicht um die sozialistische Revolution, sondern ausschließlich um Forderungen auf der Basis des Grundgesetzes der BRD. Behauptungen, es handle

sich um einen Versuch zur Wiederherstellung der DDR, sind absurd. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre zwingt uns Kommunisten gegen den täglich im Osten praktizierten Bruch des Grundgesetzes, das einst von der KPD Max Reimanns abgelehnt wurde, aufzutreten. Man sollte erkennen, daß auf dem Gebiet der früheren DDR ein Laborversuch stattfindet, wie weit der Abbau demokratischer und sozialer Rechte auch im Westen vorangetrieben werden kann.

Jürgen Thiele, Berlin

Liebe Genossen der Gruppe Berlin Nordost, ich beglückwünsche Euch zur für alle verständlichen Formulierung von 11 berechtigten (und minimalen) Forderungen für Ostdeutschland. Da sind sie zur Diskussion eingebracht - basta! Es ist zu hoffen, daß Euer Titelblatt in der „UZ“ abgedruckt wird. Gibt es einen besseren Anreiz für eine Zeitung, in Ostdeutschland bekannt zu werden? Kann die DKP besser bekunden, daß sie für Gerechtigkeit streitet und eine Politik gegen „die da oben“ macht? Es lebe der „RotFuchs“!

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen

(Weitere Leserbriefe zu dieser Thematik veröffentlichten wir in unserer nächsten Ausgabe.)

Der „RotFuchs“ wird immer unverzüglich gründlich durchgearbeitet - denn das ist er nach wie vor ohne Einschränkung wert- und dann auch einigen anderen interessierten Freunden und Bekannten zum Studium gegeben. Meine Frau Ingrid und ich sind nun seit mehr als 6 Monaten Mitglieder der DKP. Wir bemühen uns, aktiv in unserer Gruppe Schwedt-Uckermark und teilweise auch darüber hinaus tätig zu sein. Leider sind wir beide gegenwärtig aus gesundheitlichen Gründen etwas gehandikapt, hoffen aber, der Partei recht bald noch mehr Unterstützung geben zu können. Das Gefühl, in ihr „zu Hause“ zu sein, wird auch durch den „RotFuchs“ Monat für Monat weiter gefestigt. Ich füge einen kleinen Obolus bei, denn ich weiß sehr gut, daß Ihr unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen kaum von finanzkräftigen Sponsoren Unterstützung erwarten könnt.

Harri Below, Schwedt (Oder)

Hier kommt ein kleines Dankeschön für Eure unermüdete fundierte Arbeit. Ihr macht uns allen eine große Freude damit. Das Heft wandert jedes Mal von Hand zu Hand.

Anna-Maria und Wilhelm Fitzner, Wischenstein

Am 28. und 29. Oktober war ich Gast Eurer Imperialismus-Konferenz. Dank für die inhaltlichen Angebote, den internationalen Charakter, der durch die Anwesenheit von Vertretern linker Parteien nicht nur Europas betont wurde, Dank auch für die Organisation. Darum von Frau Thea Egel und mir etwas Futter für den „RotFuchs“.

Margrit Brückner-Schaumäker, Berlin

Immer wenn der „RotFuchs“ im Briefkasten liegt, kommt eine gewisse Freude auf. Man muß ja nicht stets der gleichen Meinung sein wie die Autorinnen und Autoren, aber eines ist sicher: Eine deutlichere und vor allem ehrlichere Sprache wird wohl kaum an anderer Stelle gesprochen. Der „RotFuchs“ ist mir richtig lieb geworden und neben der UZ unverzichtbarer Bestandteil der politischen Meinungsbildung. Toll wäre es, wenn einmal eine Ausgabe des „RotFuchs“ als Beilage zur UZ mitgegeben werden könnte. Aber, na ja, so weit sind wir wohl noch nicht. Anbei Briefmarken.

Thomas Hilpp, Karlsruhe

Herzlichen Dank für die pünktliche monatliche Zustellung des nach wie vor parteiichen und informativen „RotFuchs“, der in mancher unübersichtlichen politischen Situation für Klarheit sorgt. Für das neue Jahr, mit dem sicherlich nicht das kapitalistische Jahrtausend eingeläutet wird, Gesundheit und politische Erfolge!

Horst Lebrecht, Berlin

Der Wechsel vom 20. ins 21. Jahrhundert veranlaßt mich, an einen größeren Kreis im In- und Ausland - er umfaßt 80 bis 90 Genossen, Freunde, Sympathisanten sowie einstige Blockfreunde aus der DDR - eine Grußbotschaft zu senden. (...) Zehn Jahre nach der Annexion unserer sozialistischen DDR durch die BRD ist es hohe Zeit, die freundschaftlichen Verbindungen wieder aufzunehmen. Mein Rundschreiben ist gewissermaßen eine Art Sondierung und Meinungsforschung: Wie denken und wo stehen meine alten Freunde heute? Andererseits ist es ein Lebenszeichen meinerseits und ein Treuebekenntnis zum Marxismus-Leninismus: Sie sollen wissen - der „Alte“ ist kein Wendehals! Meiner Botschaft habe ich Ablichtungen beigelegt, darunter die „RotFuchs“-Artikel „Der Brand der Belgrader Moneda“ und „Castro in Harlem“. Damit will ich Eure Aufklärungsarbeit unterstützen, soweit es mein Wissen, meine Kraft und mein Gesundheitszustand erlauben. Euch allen - den Aufrechten, den kompromißlosen antiimperialistischen Kämpfern gehört meine uneingeschränkte Hochachtung. Anbei etwas „RotFuchs“-Futter für das 21.

Rot Front und Glück auf!

Herbert Lindner, Eckartsberga

Dem ganzen „RotFuchs“-Kollektiv fröhliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr! Die Worte von Rio Reiser sind uns Ansporn: Der Kampf geht weiter. Als Anlage ein paar Marken.

Dieter Bartsch, Berlin

Vor einiger Zeit erhielt ich über Verwandte einige Exemplare Eurer Zeitschrift „RotFuchs“. Ich war erfreut, feststellen zu können, daß es doch noch ehrliche und aufrechte Menschen in der BRD gibt, die die derzeitige Gesellschaftsordnung nicht als unabänderlich akzeptieren. (...) Mit dem Diskussionsangebot (11 Forderungen) habt Ihr voll ins Schwarze getroffen. Die Propagierung dieser Inhalte und der konsequente Kampf für deren Durchsetzung sind eine solide Grundlage für die Erhöhung der Attraktivität der DKP. (...) Ich schäme mich meiner Biografie nicht und werde die DDR mit all ihren guten Seiten wie mit ihren Fehlern immer als das interpretieren, was sie war: der erste Versuch der werktätigen Massen zur Schaffung eines besseren Deutschlands. (...) Ich stimme dem Genossen Steiniger („Im Klassenkampf besiegt“, RF 34) zu, daß unter den konkret-historischen Bedingungen auch eine makellose DDR im Klassenkampf unterlegen gewesen wäre. Den äußeren Faktoren war wohl nur schwer etwas entgegenzusetzen. Umso mehr beschäftigen mich immer wieder die inneren Gründe des Niedergangs. Sie entstanden keinesfalls über Nacht, sondern entwickelten sich stetig und schleichend. Dabei standen sie oft im Gesprächsmittelpunkt in den verschiedensten Bevölkerungs- und Parteigruppen. Es galt als ein offenes Geheimnis, daß Mitgliedschaft in der SED unter Umständen der Karriere förderlich sein konnte, und nicht wenige bezogen dies in ihre „Lebensplanung“ mit ein. Das Abheben der Parteiführung war spürbar (und dokumentierte sich oft recht bissig im politischen Witz der DDR!). Kritik wurde nicht selten übergangen, zerredet oder beschönigt. Zahlenhascherei war für übergeordnete Parteigremien häufig wichtiger als Inhalt.

Auch das sehr gute und seinesgleichen suchende sozialpolitische Programm war für viele Genossen und Bürger als Leben über den Verhältnissen erkennbar. Viele Werktätige wurden für ihr bloßes Erscheinen am Arbeitsplatz bezahlt, d. h. dem Lohn und den sozialen Leistungen stand oft kein Äquivalent gegenüber.

(...) Ich war in der DDR Hauptmann der Volkspolizei und Leiter der Abteilung Paß- und Meldewesen. Mit Fragen des Genehmigungsverfahrens im Reiseverkehr zwischen DDR und BRD betraut gewesen, bin ich noch heute der Auffassung, daß mehr Großzügigkeit auf diesem Gebiet die günstigere Variante dargestellt hätte. (...) Die Massenpsychosen am Ende des Bestehens der DDR einmal außer Acht lassend, war die Anzahl derer, die unter Ausnutzung einer Reiseerlaubnis ihrer Heimat den Rücken kehrten, eher gering. Die Quote lag, besonders in den 80er Jahren, bei maximal 2-3 %. (...)

Henrik Fuchs, Wurzen

Lieber „RotFuchs“, seit einigen Jahren finde ich Dich regelmäßig in meinem Briefkasten. Mit großem Interesse lese ich die Beiträge, die viele meiner politischen Überzeugungen bestätigen und mir Kraft geben. Selbstverständlich reiche ich diese Exemplare weiter und werbe für Interessenten. Ich wünsche dem „RotFuchs“ für das Jahr 2001 die bewährte Sachlichkeit und allen „RotFuchsen“ nie versiegenden Optimismus in der Auseinandersetzung mit dem Klassengegner und seinen Helfershelfern. Als Dank die beigelegten Briefmarken.

Gerhard Jentsch, Berlin

Ich bedanke mich herzlich für Eure Grüße und guten Wünsche anlässlich meines 80. Geburtstages. Euer Brief zeigt mir, daß die UZ auch in Berlin gelesen wird. (...) Ich betrachte den „RotFuchs“ nicht als Konkurrenz, sondern eher als eine Ergänzung zur UZ. Die UZ hat eine wichtige Aufgabe. Sie ist unser verbindendes Kampforgan für die ganze Bundesrepublik. Sie reicht aber nicht aus. Früher, als sie Tageszeitung war, gab es einmal in der Woche eine Hamburg-Seite. Daß heute so wenig über Hamburg erscheint, liegt an den Hamburger Genossen selbst, die nicht nach Essen berichten. Es ist auch eine finanzielle Frage. (...) Ich finde es großartig, daß sich Berliner Genossen zusammengetan haben, um unsere kommunistische Ideologie in klarer verständlicher Sprache den Menschen zu vermitteln, die nicht gewillt sind, ohne Widerstand den Weg in die Barbarei zu gehen. (...) Zu dem Bericht der Genossin Annemarie Mühlfeldt über die Imperialismus-Konferenz habe ich seufzend gedacht: Wenn du dahättest beisein können! Und ich kann nur wünschen, daß zutrifft, was Annemarie als Schlußsatz ausspricht: daß eine engere Zusammenarbeit aller Kommunisten zustande kommt. Ich denke, auch unser Parteivorstand weißes: Die europäischen Kommunisten müssen eng zusammenstehen, nicht die mitregierenden wie in Frankreich und Italien, die angepaßten oder die angekommenen; die noch kämpfen wollen, die wissen, daß Marx, Engels und Lenin auch heute noch recht haben.

Zu Klaus Steinigers „Im Klassenkampf besiegt“: Ich lese zum ersten Mal von einem ehemaligen DDR-Bürger einen so ehrlichen Bericht. Viele Sätze, wie ich sie vor zehn Jahren schon gesagt habe. Ich lege einige Briefmarken bei.

Elsa Schmidt, Hamburg

Der Besuch der zweiten Konferenz von „RotFuchs“ und „offensiv“ bestärkte mich in der Ansicht, diese Zeilen auf den Weg zu

bringen. (...) In der Veranstaltung zeigte sich in erschreckendem Maße, daß keine einheitliche Kraft existiert, die diesen Prozeß (des gemeinsamen antiimperialistischen Kampfes für eine bessere Gesellschaftsordnung - d. R.) vorantreiben könnte. Wenn die einzelnen kommunistischen Parteien und Strömungen wirklich auf derselben wissenschaftlichen Theorie aufbauen, wieso kann man nicht zu einer geschlossenen Formation finden? (...) Läßt denn die Theorie des M/L solche Spielräume zu, daß keine einheitliche Plattform gefunden werden kann? Ich glaube, hier befindet sich das wichtigste Feld, das bearbeitet werden muß.

Als besonders erfreulich empfand ich, daß im Beitrag von Prof. Huar endlich eine Anpassung des Begriffs Arbeiterklasse an die gegenüber unseren Klassikern veränderte Zeit, eine Weiterentwicklung erkennbar war. Er bezog die Konstrukteure und Ingenieure, also auch Technologen, mit in die Arbeiterklasse ein. Zu DDR-Zeiten taten wir uns damit sehr schwer, sprachen von Schichten und entsetzten dafür viel Unverständnis. Überhaupt müßten sich kommunistische Wissenschaftler viel mehr mit der Weiterentwicklung der Marxschen Ideen befassen, ohne jedoch die Grundgedanken zu verlassen oder zu verletzen. (...)

Wolfgang Düll, Berlin

Am 17. November berichtete die FAZ über Bemühungen der Kreisstadt Seelow, einen werben den Beinamen zu finden. Während die einen mit „Zicken-Seelow“ auf die einst örtlich verbreitet gewesene Ziegenzucht hinweisen möchten, will die PDS mit „Stadt auf den Seelower Höhen“ an die letzte große Schlacht im April 1945 vor der Eroberung Berlins durch die Rote Armee erinnern. „Gute Sache“, denke ich beim Lesen und erfahre dann noch weiter, daß damals 33 000 russische (mußte heißen: sowjetische), 5 000 polnische und 12 000 deutsche Soldaten gefallen sind. Daß auch so viele polnische Soldaten da ihr Leben verloren, das war mir nicht mehr in Erinnerung. Am 18. November unterrichtete mich die FAZ dann davon, Schröder werde am 6. Dezember in Warschau einen „Willi-Brandt-Platz“ einweihen. Zur Erinnerung an den „historischen“ Kniefall des damaligen Kanzlers vor 30 Jahren am Denkmal für die Opfer des Ghetto-Aufstands von 1943. Ich habe diese Geste immer anders gesehen. Für mich war es - im Rahmen der „neuen Ostpolitik“ - der „erste Schritt des wieder-erstandenen deutschen Imperialismus gen Osten“. Nun, wenn die heute in Polen regierenden Leute das anders sehen, ist das ihre Sache. Sache von Schröder wäre es, z. B. am nächsten „Tag der Befreiung“ - so hat nämlich auch er in diesem Jahr den 8. Mai genannt! - am Denkmal für die gefallenen polnischen Soldaten in Berlin einen Kranz niederzulegen. Denn die 5 000 polnischen Toten von den Seelower Höhen - und all ihre Kameraden an sämtlichen Fronten dieses Krieges - sind nicht nur für die Rettung ihres eigenen Landes vor der Hitlerbarbarei gestorben. Sie fielen auch für die Befreiung Deutschlands vom Faschismus.

Rolf Vellay, z. Z. Chile

Die November-Ausgabe 2000 ist wieder sehr gelungen, besonders betrifft das die 11 Forderungen für Ostdeutschland. Ja, mir gefallen diese Forderungen sehr gut, aber ob sie sich verwirklichen lassen? Ihr habt zwar an den Palast der Republik gedacht, aber Generaloberst Bersarin habt Ihr vergessen. Dabei wurde Dieppen doch durch die Mehrheit der Parteien aufgefordert, den ersten sowjetischen Stadtkommandanten Berlins wieder auf die Ehrenbürgerliste zu setzen.

Birgit Schumann, Berlin

In der Tschechischen Republik fanden am 12. und 19. November 2000 Kommunal- und Senatswahlen statt. Zu dieser Zeit befanden wir uns gerade in der CR und konnten die unwürdige Kampagne und den Ablauf der Wahlen über dortige TV-Sender verfolgen. In der deutschen Medienlandschaft herrschte völlige „Funkstille“ - obwohl doch die Verfechter „freier demokratischer Wahlen“ hätten empört sein müssen. Immerhin hatten sie ja bei den jugoslawischen Präsidentschaftswahlen die Sozialisten um Milosevic schon im voraus der Wahlfälschung bezichtigt. Obwohl das raffiniert ausgeklügelte tschechische Wahlgesetz die Verfälschung des Wählerwillens bereits vorprogrammierte, blieben sie diesmal mucksmäuschenstill.

Tatsächlich konnte die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) ihren Stimmenanteil auf 21,1 % erhöhen. Im Kreis Ustin L. kam sie sogar auf den 1. Rang, in vielen der extra neu gebildeten Kreisen nahm sie den 2. und 3. Platz ein. Dennoch entfielen auf die Kommunisten, die nach dem Verhältniswahlrecht 17 Oberhaus-Mandate errungen hätten, nur ganze 3 Senatsitze. Trotz solcher Verfälschungen des tatsächlichen Bildes halten wir den Ausgang der Kommunal- und Senatswahlen in der CR für einen bedeutenden Erfolg der KSCM, da der reale Zugewinn an Stimmen die Tatsache verdeutlichte, daß die Menschen in Tschechien aus ihrer Resignation heraustreten. Außerdem wurde einmal mehr das wahre Wesen „freier demokratischer Wahlen“, wie sie die Bourgeoisie versteht, entlarvt.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Dem „RotFuchs“ und seinem Gestalterkollektiv möchte ich ein erfolgreiches neues Jahr wünschen, und als Leser und gelegentlicher Autor für die vorbildliche agitatorische, propagandistische und bildungspolitische Arbeit aufrichtig danken. (...) Der „RotFuchs“ bestätigt mich als Parteilo sen, der zugleich Marxist ist, mit jeder Ausgabe aufs Neue in meinen Idealen. Besonders möchte ich auch die Leserbriefecke hervorheben: Sie verleiht dem „RotFuchs“ den Charakter einer wahren Volkszeitung. Das ist in der Presse landschaft, soweit ich den Überblick habe, einmalig. (...)

Meine finanzielle Sympathiebekundung für den RF ist kein emotionsloses, lapidares Geschenk, sondern Ausdruck meiner Anerkennung für das, was Ihr leistet.

MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas, Berlin

Eure beiden „RotFüchse“ vom Oktober und November habe ich erhalten und aufmerksam gelesen. Für viele „geistig Obdachlose“ gibt ihr Inhalt eine gute Orientierung. Er aktiviert und hilft, überzeugender aufzutreten. Die Argumente - nicht zuletzt im Leserbriefteil - bestärken mich in der Auffassung, daß man zu den Verhältnissen in unseren Ländern und dem Verhalten von Politikern, die - wie der dicke Saumagenfresser aus Oggersheim - „deutsche Leitkultur“ negativ demonstrieren, nicht schweigen kann.

Werner Jahr, Potsdam

Ich möchte mich hiermit für die regelmäßige Zusendung des „RotFuchs“ bedanken und der Hoffnung Ausdruck geben, daß er auch künftig jeden Monat erscheint. Dazu mein bescheidener Beitrag in Form von Briefmarken.

Siegfried Voigt, Berlin

Es ist immer wieder interessant, den „RotFuchs“ zu lesen, stammt er doch aus dem Teil Deutschlands, in dem sich meine antifaschistische Heimat befand, die mich geprägt hat. Es ist erschreckend, wie sich die in den Westzonen und später dann in

der BRD lange gehegten und gepflegten Traditionen des deutschen Militarismus und Faschismus plötzlich aggressiv offenbaren. Auch „Helden“ aus dem 1. imperialistischen Krieg Deutschlands erfahren Würdigung - darunter der Kampfflieger Immelmann, nach dem in Schleswig-Holstein ein Luftwaffengeschwader benannt wurde. Das ist ein deutlicher Beweis für die nicht bewältigte deutsche Vergangenheit. Die DDR aber soll heute für den neonazistischen Sumpfherhalten. Welch eine Verdrehung der Tatsachen! (...) Gut, daß es den „RotFuchs“ und andere linksgerichtete Pressezeugnisse gibt, die sich der Wahrheit verschrieben haben. Um die Zeitung erhalten zu helfen, etwas Futter zum Weihnachtsfest in Form von Briefmarken.

Günther Trost, Ahrensburg

Es haut immer hin, was Karl-Eduard von Schnitzler schreibt - wie zu Zeiten des „Schwarzen Kanals“, als der erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat noch nicht „heim ins Reich“ (!) geholt worden war. Jeder, der nicht vom Antikommunismus benebelt ist, kann die Täuschungsmanöver der Rechtsnachfolger des Dritten Reiches feststellen. Nicht nur der plötzliche Schrei nach dem NPD-Verbot ist verlogen, sondern auch die gezielte Veränderung gewisser Begriffe. Statt „Opfer des Faschismus und Militarismus“ heißt es jetzt „Opfer von Krieg und Gewalt“. Ähnlich verhält es sich mit der Forderung nach „Nichtwiederholung der Verbrechen des Nationalsozialismus und ähnlicher Diktaturen“, was einen schlecht getamten Seitenhieb gegen den Kommunismus erkennen läßt. Ihn zu treffen - darum geht es der herrschenden Klasse in Wirklichkeit.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Prünzke & Prott:

Ossis auf der Speisekarte

Menü im Kolonialstil

Gerhard Bengsch, der einst mit dem Drehbuch zu „Krupp und Krause“ einen der eindrucksvollsten DDR-Filme über sie und uns entwarf, hat das alte Thema auf den neuesten Stand gebracht. Sein unlängst im Eulenspiegel Verlag erschienener Satireband „Prünzke & Prott“ - eine pralle und drastische Geschichte von Piranhas, die über einen Goldfischteich herfallen - erzählt an einem scheinbar belanglosen Durchschnittsfall, wie die DDR zum Raub des Jahrhunderts wurde. Diesmal stehen sich nicht Bourgeoisie und Proletariat in knallharter Konfrontation gegenüber. Der Klassenkampf findet subtiler und zwischen anderen Kontrahenten statt. Prünzke, ein bis 1990 umworbener Polsterer und Dekorateur aus dem Osten, pfeift nun mit seiner winzigen Zwei-Mann-Klitsche, die von den großen Markteroberern eiskalt an die Wand gedrückt werden soll, auf dem vorletzten Loch. Noch klammert er sich verzweifelt an sein „unabhängiges“ Kleinbürgerdasein. Da naht - dem Zufall sei Dank - in Gestalt des „mittelständischen“ Unternehmers Anton Prott der heißersehnte Retter aus dem Westen. Doch bevor Prünkses Aufatmen beginnen kann, wird dem Geretteten „Hilfe“ zuteil, die ihm zuerst die Laune verdriht und dann die Luft ausgehen läßt. Die neue Welt der Deutschen in einer Nufschale! Das Menü im Kolonialstil, bei dem die Ossis auf der Speisekarte stehen, wird mit Glacéhandschuhen serviert. Eleganz bis zum letzten Zubeißen der Piranhas.

Ein spannendes Buch, das die Spannungen bewußt nicht abbaut. Jeder „RotFuchs“-Leser sollte es als „Pflichtlektüre“ betrachten. **K. S.**

Gerhard Bengsch. Prünzke & Prott. Eulenspiegel. Das neue Berlin 2000. ISBN 3-359-00975-4



Von ganzem Herzen gratulieren wir unserer Genossin

Lena Andrä, die man auch als die „Seele“ des „RotFuchs“-Kollektivs bezeichnen könnte, zu ihrem 80. Geburtstag am 17. Januar 2001.

Weit mehr als ein halbes Jahrhun-

dert steht Lena treu und unerschütterlich in den Reihen der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Als engagierte und verlässliche Kommunistin hat sie im Apparat des ZK der SED und in wichtigen staatlichen Bereichen - so in der Präsidialkanzlei Wilhelm Piecks und im Büro des Ministerrates der DDR - Hervorragendes geleistet. Seit der ersten Nummer unserer Zeitung wirkte sie für deren finanzielle Absicherung und Verbreitung. Ihre reiche Lebenserfahrung, ihre menschliche Wärme und ihre vorbildliche Einsatzbereitschaft haben ihr bei den Genossen der DKP Nordost großes Ansehen und Zuneigung gesichert.

Gruppenvorstand und „RotFuchs“-Redaktion

Lena bittet, von Geschenken und Blumen Abstand zu nehmen. Wer ihr eine Freude bereiten will, möge für den „RotFuchs“ spenden.

Die Gruppe ehrt ihre Jubilare: **Brigitte, Günther und Heinz**. Wir begleiten auch das Älterwerden von **Martin und Sigmar**. Herzlichen Glückwunsch!

Einen Gruß fester kommunistischer Verbundenheit senden wir den Arbeiter-veteranen **Herbert Lindner** in Eckartsberga und **Helmut Kühne** in Berlin, die den „RotFuchs“ zu wiederholten Malen auf besondere Weise solidarisch unterstützt haben.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
6. Dezember 2000

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe:
8. Januar 2001

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSDP):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,

Eberhard Bock

Matthias Bublit

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Ernst Heinz

Heinz Herresbach

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Dr. Annemarie Mühlefeldt

Frank Mühlefeldt

Armin Neumann

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Die Gruppe Nordost lädt alle Genossen, Freunde und Interessenten zu einer öffentlichen Veranstaltung mit Pfarrer i. R. **Dr. Dieter Frielinghaus** zu dem Thema „**Ein Theologe als Kommunist**“ am Dienstag, dem **23. Januar 2001**, 18.00 Uhr, in den Blauen Salon des alten ND-Gebäudes herzlich ein.

Der **Marx-Engels-Club** der DKP Berlin zeigt am **10. Januar 2001** um 19.00 Uhr im alten ND-Gebäude den DEFA-Film von G. Reisch (1965) „**Solange Leben in mir ist**“.

Wir rufen unsere Mitglieder und Sympathisanten zur Teilnahme an der **LLL-Veranstaltung der DKP** am **13. Januar 2001**, um 18.00 Uhr im AMON Hotel im Sportforum, Weißenseer Weg 51/52 auf.

Im Konzert: **Esther & Edna Bejarano** und ihre Gruppe „**Coincidence**“

Eintritt: 15/20 DM

Am **14. Januar 2001** treffen wir uns um 9.30 Uhr am Frankfurter Tor zur **Luxemburg-Liebke-Demo**.

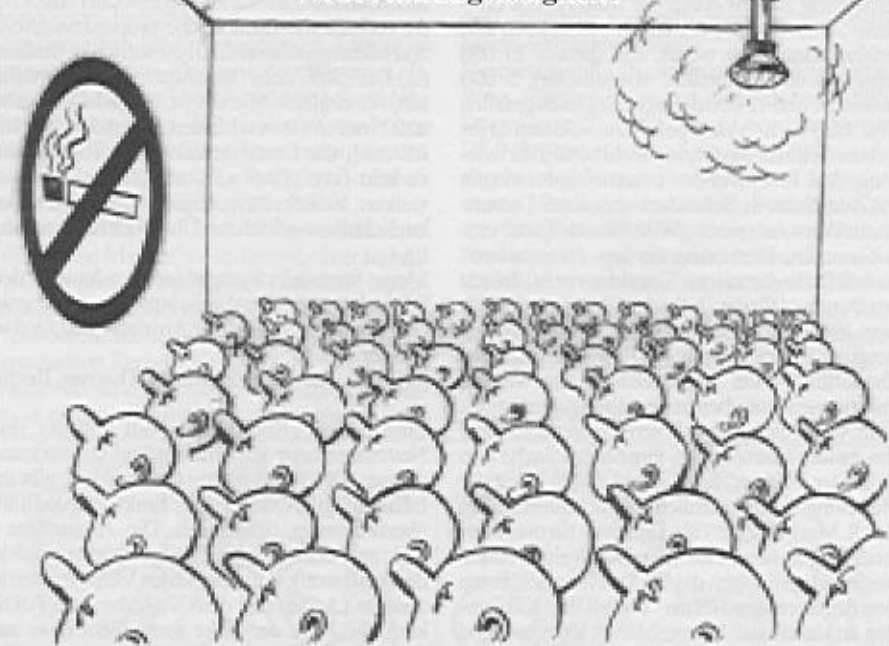
Am **15. Januar 2001**, 18.00 Uhr: Demonstration vom **Olof-Palme-Platz** zu den Denkmälern von Karl und Rosa am Landwehrkanal und am Neuen See.

Wir beglückwünschen unseren Leser, den bekannten Maler und Grafiker **Walter Womacka**, von dem die nebenstehende Arbeit stammt, zu seinem **75. Geburtstag** am **22. Dezember 2000**.

Seine Kunst hat für die DDR Zeugnis abgelegt.



Neue Ahnungslosigkeit?



Grafik: SHAHAR